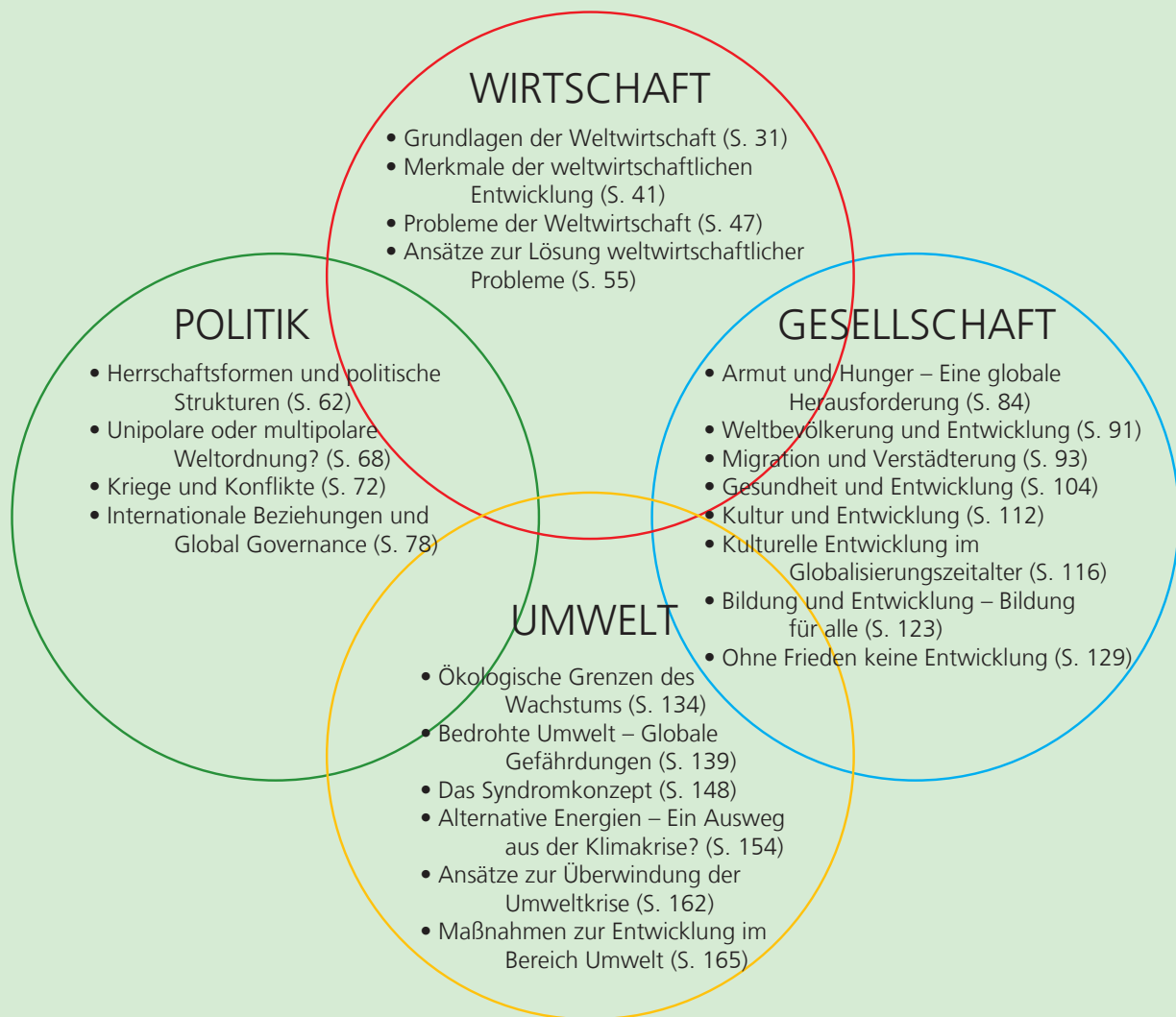


B Entwicklungsdimensionen



Der folgende Teil B ist nach den vier Entwicklungsdimensionen Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Umwelt gegliedert. So lässt sich der Entwicklungsprozess, der globalisierungsbedingt hochkomplex ist, systematisch erschließen, er wird über- und durchschaubar. Die Darstellung beschränkt sich aber nicht auf die Analyse der einzelnen Dimensionen, sondern untersucht auch die zwischen ihnen bestehenden Zusammenhänge. Dabei werden die Strukturen, Prozesse und Akteure der aktuellen Entwicklung erkennbar, aber auch Spannungen, Widersprüche und Konflikte zwischen den vier Bereichen. Auch die Interdependenzen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern sowie das Spannungsverhältnis zwischen der lokalen Ebene (dem Individuum) und der globalen Ebene werden hervorgehoben.

In der Analyse der Ziele und Prozesse Nachhaltiger Entwicklung werden die Anforderungen an jeden Einzelnen in der globalisierten Welt deutlich. Die Auseinandersetzung mit den vier Dimensionen und den Beziehungen und Zusammenhängen zwischen ihnen will zu einer zukunftsorientierten Orientierung in der globalisierten Welt hinführen und zu deren Mitgestaltung befähigen. Das erfordert grundlegende Kompetenzen für

- die Gestaltung des persönlichen und beruflichen Lebens,
- die Mitwirkung im eigenen gesellschaftlichen Umfeld,
- das verantwortliche Handeln im globalen Rahmen.

Kohärenz löst Zielkonflikte

Schon im Zusammenleben der Familie, der kleinsten gesellschaftlichen Einheit, gibt es Interessenunterschiede, die zu Spannungen und Konflikten führen können. Je größer die gesellschaftlichen Entitäten sind, z. B. Betrieb, Gemeinde, Staat, desto komplexer werden die Konflikte. Das Leitbild Nachhaltige Entwicklung verlangt aber Lösungen sogar auf globaler Ebene.

Das Konzept der vier Entwicklungsdimensionen (Abb. unten), das diesen Teil B gliedert, entspricht den weltpolitischen Beschlüssen zur nachhaltigen Entwicklung. Es ermöglicht, die komplexen Prozesse der globalisierungsbedingten Entwicklung zu analysieren und ihnen zugrunde liegende Strukturen, einzelne Prozesse und die verschiedenen (staatlich und zivilgesellschaftlich) operierenden Akteure den jeweiligen Entwicklungsdimensionen und Handlungsebenen zuzuordnen. Eine solche systemorientierte, übergeordnete Zusammenhänge aufdeckende Analyse macht Gemeinsamkeiten, unterschiedliche Interessenlagen, Kommunikationswege und professionelle Denkwelten bzw. Handlungsformen erkennbar, aber auch Spannungs- und Konfliktpotenziale, die bei der Beschränkung auf einzelne Dimensionen oft verborgen bleiben. Die scheinbar anonymen und in ihrer globalen Weitläufigkeit kaum fassbaren Prozesse gewinnen so Konturen; Akteure, Regeln und Mechanismen sowie die eigene Beteiligung und mögliche Mitverantwortung geraten in den Blick. Darüber hinaus werden auch komplexe Zusammenhänge zwischen mehreren Bereichen (Zellen im Diagramm) untersucht, deren Handlungsstränge quer durch die Entwicklungsdimensionen über mehrere Handlungsebenen verlaufen (z. B., wenn es um die hartnäckige Frage der globalen Armut oder Syndrome von Umweltschädigungen geht).

Andererseits kann die systemorientierte Analyse im Einzelfall auch versagen, wenn z. B. einmalige historische Ereignisse, charismatische Persönlichkeiten, politische Wechselfälle oder Naturkatastrophen der Entwicklung einen nicht vorhergesehenen Verlauf geben.

Außerdem lassen sich überwältigende Gegebenheiten wie die Kultur, die unter Globalisierungsbedingungen eine sehr ambivalente Rolle spielt, kaum analysieren. Perspektivenwechsel zu unterschiedlichen Rahmenbedingungen von Kultur und Gesellschaft (Religionen, Ethnien usw.) in anderen Weltregionen müssen hier hinzukommen, um die mögliche „Betriebsblindheit“ der Binnenperspektive zu überwinden.

Nachhaltige Entwicklung erfordert Kohärenz

Die internationalen Nachhaltigkeitsbeschlüsse (S. 23 f.) fordern, dass Entwicklungsdimensionen kohärenter aufeinander abgestimmt und so „nicht-nachhaltige“ Entwicklungen vermieden werden. Dafür gibt es aber keine „Patentrezepte“, dazu sind die globalen Prozesse zu komplex, haben zu viele Beteiligte und sind offen in ihrem zukünftigen Verlauf. Niemand weiß heute, wie die globalisierte Welt „endgültig“ aussehen wird.

Trotzdem müssen allgemein gültige Verfahrensweisen gefunden werden, die konsensfähig sind. Grundlagen dafür sind den Nachhaltigkeitsbeschlüssen zu entnehmen wie z. B.:

- Umwelt und Entwicklung (in Gesellschaft, Wirtschaft, Politik) müssen als gleichrangige und voneinander abhängige Zielbereiche wahrgenommen werden.
- Zielkonflikte zwischen den Dimensionen (und ihren Repräsentanten, Strukturen und Personen), die Entwicklungserfolge gefährden, müssen vermieden bzw. gelöst werden.
- Die Abstimmung von Maßnahmen zwischen den Entwicklungsdimensionen soll die notwendigen Synergien (gegenseitige Absicherung und Verstärkung) für eine nachhaltige Entwicklung sichern.
- Die politische, gesellschaftliche und kulturelle Vielgestaltigkeit (Diversität) der Weltregionen und Länder erfordert mehrfachen Perspektivenwechsel, um die gemeinsame, aber unterschiedliche globale Verantwortung zu erkennen und realistisch einzuschätzen.

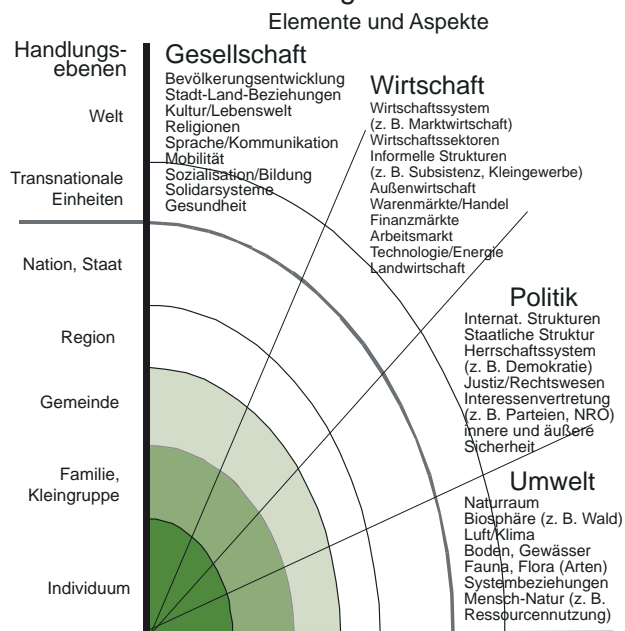
Für das künftige Handeln vor allem junger Menschen sind solche zukunfts offenen Regelungen langfristig relevanter als z. B. die umfangreichen Maßnahmenkataloge, die 2002 in Johannesburg beschlossen wurden.

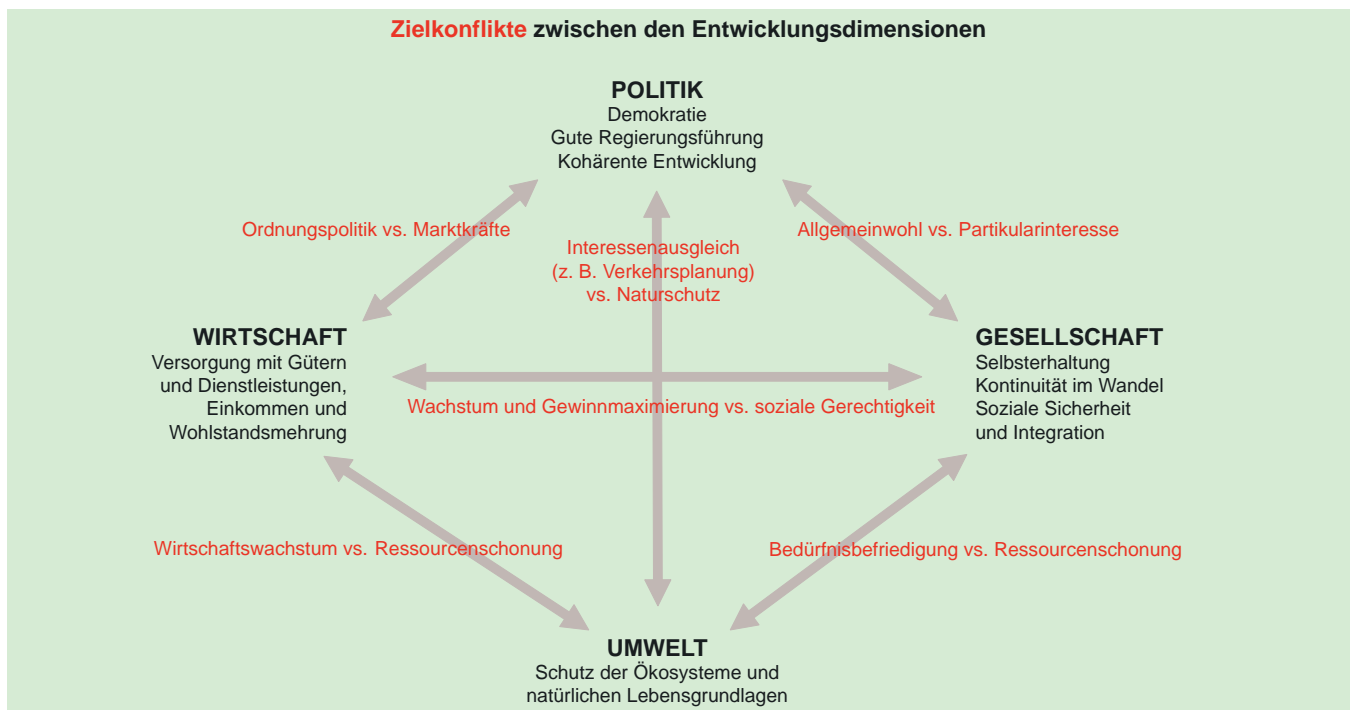
Die Suche nach Kriterien für konkrete Abstimmungsprobleme führt zu verschiedenen Kohärenzmodellen:

Eindimensionale Modelle wie das ökologische Leitplankenmodell oder das aus den Millenniums-Entwicklungszielen abgeleitete Modell zur Überwindung der absoluten Armut definieren ihre Nachhaltigkeitsprinzipien und -strategien aus der jeweiligen Entwicklungsdimension. Sie haben in ihrer Herleitung monolinearen Charakter und widersprechen damit dem Prinzip Nachhaltige Entwicklung. Strategien, die einzelne Sektoren unabhängig voneinander entwickeln wollen, sind schon in der Vergangenheit gescheitert.

Das **ökologische Leitplankenmodell** (U36) erhebt die Bewahrung der Natur zur obersten Priorität, definiert die Grenzen zu nicht-nachhaltiger Entwicklung und bestimmt so einen Entwicklungskorridor. Nur innerhalb dieses Korridors gibt es Spielraum für Maßnahmen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Kri-

Die Entwicklungsdimensionen





tiker verweisen jedoch darauf, dass die internationalen Beschlüsse zur Nachhaltigkeit die Gleichwertigkeit der Entwicklungsdimensionen fordern und halten deshalb auch politische, soziale und wirtschaftliche „Leitplanken“ für erforderlich. So wird z.B. auch Armut, wie in den Millennium Development Goals definiert, de facto von der Weltgemeinschaft als „Leitplanke“ für Entwicklung betrachtet. Jedoch fehlen entsprechende Modelle für die Bereiche Politik und Gesellschaft.

Das **integrative Modell** dagegen unterstützt das Kohärenzprinzip und berücksichtigt auch, ob eine Strategie der Nachhaltigkeit politisch umsetzbar ist. „Eine ökologisch dominierte Nachhaltigkeitspolitik wird im gesellschaftlichen Abwägungsprozess immer dann unterliegen, wenn sich andere Problemlagen als unmittelbarer, spürbarer und virulenter erweisen und damit auch für politisches Handeln dringlicher und attraktiver sind. Selbst wenn sie sich durchsetzen kann, bleibt sie ohne Wirkung, denn letztlich dürfte nur eine Politik der Integration der ... Dimensionen in der Lage sein, die konzeptionelle Schwäche einer von wirtschaftlichen und sozialen Fragestellungen isolierten Umweltdiskussion zu überwinden... In Deutschland reift allmählich die Erkenntnis, dass mit dem Leitbild der nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung wichtige Entwicklungslinien auch jenseits der ökologischen Dimension angesprochen werden. Aufgrund der komplexen Zusammenhänge zwischen den ... Dimensionen bzw. Sichtweisen von Ökologie, Ökonomie und Sozialem müssen sie integrativ behandelt werden.“ (Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ 1998, S. 31 f.).

Zielkonflikte der Entwicklungsdimensionen innerhalb einer Gesellschaft

Ein integratives Kohärenzmodell, das von der Gleichrangigkeit der Entwicklungsdimensionen ausgeht, erfordert die Einschätzung der Abstimmungsmöglichkeiten zwischen den verschiedenen Bereichen. Zielkonflikte nachhaltiger Entwicklung können sich selbst dann ergeben, wenn jede der vier Dimensionen ihre legitimen und gesellschaftlich anerkannten Funktionen wahrnimmt. So stehen z.B. wichtige Ziele verschiedener Politikbereiche (wie Wirtschaft, Landwirtschaft, Entwicklung, Verkehr,

Umwelt, Arbeit und Soziales) nicht automatisch miteinander in Einklang, sondern erfordern schwierige Interessenabwägungen und langfristige Abstimmungsprozesse.

Die Abbildung oben veranschaulicht die wichtigsten Aufgaben und Ziele der Entwicklungsdimensionen. Die Pfeile deuten die Spannungsfelder bzw. Zielkonflikte zwischen je zwei Entwicklungsdimensionen an, die im Einzelfall geklärt bzw. ausgehandelt werden müssen. Spannungen und Zielkonflikte treten aber nicht nur zwischen den Entwicklungsdimensionen auf, sondern auch zwischen den verschiedenen Handlungsebenen. Besonders schwierige Konflikte können entstehen, wenn bei nötigen Entscheidungen die internationalen (globalen) Ebenen beteiligt sind.

Mögliche Zielkonflikte auf den lebensweltlichen Ebenen (Individuum, Familie usw.) können in der pluralistischen Gesellschaft gelöst werden, indem der Einzelne im Rahmen seiner Freiheitsrechte eine möglichst begründete Entscheidung zwischen unvereinbaren Anforderungen trifft oder Alternativen sucht. Auf den institutionellen Ebenen müssen demokratische Entscheidungsverfahren genutzt werden.

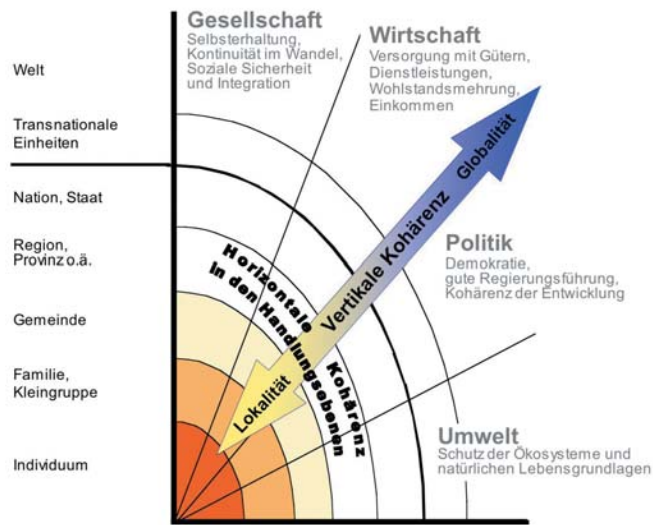
Beide Lösungswege sind u. U. in anderen Weltregionen nicht in gleicher Weise gangbar, weil z. B. Armut, traditionell enge Familienbindungen oder strenge soziale Regeln die Verhaltensmöglichkeiten des Einzelnen einschränken sowie demokratische Entscheidungsverfahren und Rechtssicherheit in autoritären Strukturen nicht gegeben sind.

Mangelnde Kohärenz zwischen heterogenen Strukturen

Die globalen Prozesse bringen heterogene Lebenswelten sowohl zwischen Ländern als auch innerhalb der Länder in eine oft konfliktreiche Verbindung (z. B. hinsichtlich der Sozial- und Umweltstandards) und schaffen Konkurrenzsituationen zwischen Gemeinden oder Staaten (z. B. in Bezug auf Investitionen aus dem Ausland und Wirtschaftsstandorte). Um Möglichkeiten der Einflussnahme abschätzen zu können, muss geprüft werden, ob

- kausale, einseitige Wirkungsbeziehungen (bzw. Machtverhältnisse) oder multivalente Zusammenhänge mit unterschiedlichen Wechselwirkungen bzw.





- zeitliche Abläufe in Prozessform (Regelhaftigkeit, Selbstverstärkung oder Selbstdämpfung, Schwellenwerte usw.) vorliegen.

Viele Entwicklungsländer haben von vornherein stärker damit zu kämpfen, die verschiedenen Bereiche ihrer Entwicklung aufeinander abzustimmen, wenn z.B. eine flächendeckende Staatsstruktur fehlt. Häufig profitieren nur die Eliten von den internationalen Beziehungen und dem Weltmarkt, während sie nach innen ihre Privilegien im Rahmen traditioneller Strukturen schützen. Im Extremfall der so genannten „failed states“ (S. 63) setzen autonome Kriegsherren Recht und Gesetz außer Kraft und betreiben Kriegsökonomien.

Die Abstimmung zwischen den Staaten, insbesondere im wirtschaftlichen und politischen Bereich, ist vor allem Aufgabe internationaler Organisationen (wie UN, WTO) und hochrangiger Konferenzen (z.B. G8-Gipfel). Dabei ist insbesondere die weltwirtschaftliche Strukturpolitik umstritten. Hier steht der Glaube an die Selbstregulierung der Märkte einer zunehmenden Globalisierungskritik entgegen, die wegen der sozialen und ökologischen Probleme sowie Risiken der Weltwirtschaft (wieder) eine stärkere politische Gestaltung der globalen Entwicklung fordert.

Kohärenz zwischen globalen Einflüssen (Globalität) und lokaler Identität (Lokalität)

Globalität und Lokalität müssen auf allen Handlungsebenen fortlaufend ins Gleichgewicht gebracht werden. Es geht um die Wirkungszusammenhänge vom Kleinen zum Großen und umgekehrt, vom eigenen Auto zur globalen Klimafrage oder – in anderer Richtung – von einer WTO-Vereinbarung oder dem Erlass eines Gesetzes zum Handeln des Einzelnen. Oft erscheint dem Einzelnen der eigene Anteil an den übergreifenden Entwicklungen unerheblich; umgekehrt ist es aus der Makroperspektive oft schwer, die Bedürfnisse und Möglichkeiten des Einzelnen angemessen zu berücksichtigen. Horizontale und vertikale Kohärenz (Abb. oben) sind Voraussetzungen für nachhaltige Politik und das zukunftsfähige Verhalten des Einzelnen.

Der Einzelne kann eine tolerante Offenheit gegenüber anderen Weltregionen und Kulturen nur auf der Basis seiner sozialen Verwurzelung in Familie und Gesellschaft, aus der Wertorientierung der eigenen Kultur entwickeln.

Auch die Institutionen wie Staat und Unternehmen müssen laufend das Verhältnis von Globalität und Lokalität austarieren. Dabei bestehen einerseits aktive Gestaltungsmöglichkeiten z.B. der transnationalen Unternehmen oder der Politik (Entwicklungspolitik, Außenwirtschaftspolitik). Andererseits müssen externe

Einflüsse, auf deren Entstehung kein Einfluss genommen werden kann und die oft keine verhandlungsfähigen Urheber erkennen lassen, möglichst optimal genutzt oder in ihren negativen Auswirkungen begrenzt werden.

Für die heutige Generation heißt das ganz konkret, dass sie in Bezug auf ihre Berufswahl und ihre künftige Berufstätigkeit sowie in ihrem bürgerlichen Engagement hinsichtlich der Globalisierungsfragen orientierungsfähig sein müssen. Es steht in ihrer Mitverantwortung, in den jeweiligen Rahmenbedingungen die beruflichen Standards sowie das institutionelle Selbstverständnis in Richtung nachhaltiger Entwicklung weiterzubewegen. Die Bewältigung des gesellschaftlichen und globalen Wandels erfordert ihre handlungsorientierte Mitwirkung im gesellschaftlichen Leben.

Anzustrebende Kompetenzen

Nachhaltige Entwicklung erfordert, dass junge Menschen Kompetenzen erwerben und lebenslang weiterentwickeln müssen, um sie zu befähigen, an der Lösung globaler Probleme mitzuwirken. Im „Orientierungsrahmen für den Lernbereich globale Entwicklung“ wurden dafür 11 Kernkompetenzen formuliert, die auch für die Sekundarstufe II relevant sind.

Kernkompetenzen des Lernbereichs Globale Entwicklung

ERKENNEN

1. Informationsbeschaffung und -verarbeitung

Informationen zu Fragen der Globalisierung und Entwicklung beschaffen und themenbezogen verarbeiten.

2. Erkennen von Vielfalt

Die soziokulturelle und natürliche Vielfalt in der einen Welt erkennen.

3. Analyse des globalen Wandels

Globalisierungs- und Entwicklungsprozesse mit Hilfe des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung fachlich analysieren.

4. Unterscheidung gesellschaftlicher Handlungsebenen

Gesellschaftliche Handlungsebenen vom Individuum bis zur Weltebene in ihrer jeweiligen Funktion für Entwicklungsprozesse erkennen.

BEWERTEN

5. Perspektivenwechsel und Empathie

Eigene und fremde Wertorientierungen in ihrer Bedeutung für die Lebensgestaltung sich bewusst machen, würdigen und reflektieren.

6. Kritische Reflexion und Stellungnahme

Durch kritische Reflexion zu Globalisierungs- und Entwicklungsfragen Stellung beziehen und sich dabei an der internationalen Konsensbildung, am Leitbild nachhaltiger Entwicklung und an den Menschenrechten orientieren.

7. Beurteilen von Entwicklungsmaßnahmen

Ansätze zur Beurteilung von Entwicklungsmaßnahmen unter Berücksichtigung unterschiedlicher Interessen und Rahmenbedingungen erarbeiten und zu eigenständigen Bewertungen kommen.

HANDELN

8. Solidarität und Mitverantwortung

Bereiche persönlicher Mitverantwortung für Mensch und Umwelt erkennen und als Herausforderung annehmen.

9. Verständigung und Konfliktlösung

Soziokulturelle und interessenbestimmte Barrieren in Kommunikation und Zusammenarbeit sowie bei Konfliktlösungen überwinden.

10. Handlungsfähigkeit im globalen Wandel

Die gesellschaftliche Handlungsfähigkeit im globalen Wandel vor allem im persönlichen und beruflichen Bereich durch Offenheit und Innovationsbereitschaft sowie durch eine angemessene Reduktion von Komplexität sichern und die Ungewissheit offener Situationen ertragen.

11. Partizipation und Mitgestaltung

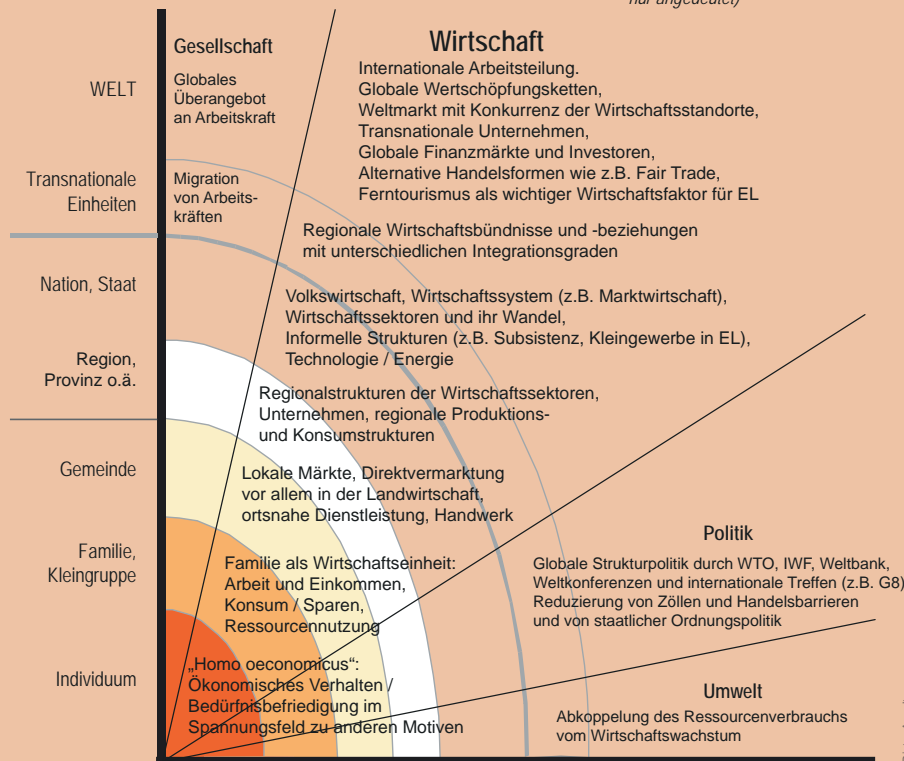
Die Schülerinnen und Schüler können und sind auf Grund ihrer mündigen Entscheidung bereit, Ziele der nachhaltigen Entwicklung im privaten, schulischen und beruflichen Bereich zu verfolgen und sich an ihrer Umsetzung auf gesellschaftlicher und politischer Ebene zu beteiligen.



Wirtschaft und Entwicklung

Die wirtschaftliche Dimension und ihre Ebenen

(Querverbindungen zu den Dimensionen Gesellschaft, Politik und Umwelt sind hier nur angedeutet)



Grundlagen der Weltwirtschaft

Grundlage jeder Wirtschaft ist **Arbeit**. Arbeit ist jede zielgerichtete, planmäßige und bewusste körperliche und geistige Tätigkeit.

Arbeit

In der Volkswirtschaftslehre wird Arbeit als **Produktionsfaktor** bezeichnet; weitere Produktionsfaktoren sind Boden und Kapital (Kapital = Sachkapital: Gebäude, Maschinen, Werkzeuge). Durch die Kombination dieser Faktoren im Produktionsprozess entstehen Produkte. Die Anteile der Produktionsfaktoren an der gesamtwirtschaftlichen Produktion (arbeitsintensive, kapitalintensive Wirtschaft) hängen vom Entwicklungsstand der jeweiligen Volkswirtschaft ab.

Auch für den Menschen selbst ist Arbeit von grundlegender Bedeutung. Sie prägt

sein Selbstverständnis, sein Selbstwertgefühl und sein Selbstbewusstsein; sie dient seiner **Existenzsicherung**, bestimmt seinen Lebensstandard, bringt soziale Kontakte und ermöglicht ihm gegebenenfalls ein hohes Maß an Selbsterfüllung. Während in weniger entwickelten Ländern oft der Besitz von Arbeit und eine damit verbundene Existenzsicherung im Vordergrund stehen, gewinnen mit steigendem Wohlstand die weiteren Funktionen an Bedeutung.

Gegenstände und Bedingungen von Arbeit unterliegen zum einen langfristigen Trends und hängen zum anderen sehr von den jeweiligen Wirtschaftsstrukturen

ab. Zu den langfristigen Trends zählen vor allem die fortschreitende **Arbeitsteilung**, die einerseits zu einer weitgehenden Partialisierung der Arbeitsvorgänge, andererseits aber auch zu einer enorm gestiegenen **Arbeitsproduktivität** geführt hat, und die als **Strukturwandel** bezeichnete Verlagerung der gesamtwirtschaftlichen Gewichte (Wertschöpfung, Beschäftigte) vom Primären Sektor (Land- und Forstwirtschaft) über den Sekundären Sektor (produzierendes Gewerbe) zum Tertiären Sektor (Dienstleistungen) (W1, W2, Kasten S. 32). Während in den Industrieländern heute die Mehrzahl der Erwerbstätigen im Bereich Dienstleistungen und Information

tätig ist, dominiert in den Entwicklungsländern in der Regel der Agrarbereich. Auch die Stellung der Beschäftigten variiert; die in Industrieländern vorherrschende **Erwerbstätigkeit** als abhängig Beschäftigte ist in Entwicklungsländern weit weniger verbreitet. Entsprechend sind in Entwicklungsländern die Anteile der Selbstständigen (Landwirte, Viehwirte, Händler, Handwerker) und mithelfenden Familienangehörigen, insbesondere auch in **Subsistenzwirtschaften**, recht hoch. Unterschiede bestehen auch in der Beteiligung von Männern und Frauen am Erwerbsleben. Während sich die Erwerbsquoten beider Geschlechter in den Industrieländern nicht wesentlich voneinander unterscheiden, herrscht in den Entwicklungsländern, z. T. traditions-, z. T. auch religiös bedingt, noch eine recht starke geschlechtsspezifische Differenzierung der Berufsrollen.

Beträchtliche Unterschiede weisen bei einem weltweiten Vergleich die aus Arbeit erzielten **Einkommen** auf. Das gilt nicht nur für die absoluten Beträge, sondern auch für die Kaufkraft einer Arbeitsstunde. Während in Industrieländern das Arbeitseinkommen in aller Regel nicht nur die Existenz sichert, sondern auch einen bestimmten Lebensstandard erlaubt, deckt in Entwicklungsländern das Personeneinkommen häufig nicht einmal das Überleben ab. Das **Durchschnittseinkommen** (Volkseinkommen je Einwohner) liegt in den ärmsten Ländern der Welt deutlich unter 300 Dollar pro Jahr; in den reichen Industrieländern erreicht es hingegen Werte von über 30000 Dollar (Deutschland 2005: 34 580 Dollar). Die geringe Kaufkraft breiter Bevölkerungskreise erschwert die Entwicklung solider, durch Binnennachfrage gestützter Produktions- und Handelsstrukturen in den Entwicklungsländern. Allerdings bestimmt wegen der weit verbreiteten **Subsistenzwirtschaft** in Entwicklungsländern das „offizielle“ Einkommen nicht allein über den

Wirtschaftssektoren

Die Wirtschaftsstruktur lässt sich nach Sektoren einteilen:

Primärer Sektor (Urproduktion): Land-, Forstwirtschaft, Bergbau

Sekundärer Sektor:
Produzierendes Gewerbe (Handwerk, Industrie, Bau)

Tertiärer Sektor:
Dienstleistungen (Handel, Verkehr, sonstige Dienstleistungen), Informationswirtschaft



Massenproduktion in China. Bild: Fertigung von Taschenrechnern in einer Fabrik in der Provinz Guangdong (2005)

Versorgungsgrad einer Wirtschaftseinheit bzw. über deren Lebensstandard. Anders als in hochentwickelten Ländern werden in Entwicklungsländern die Geldeinkommen in nicht geringem Umfang durch Naturaleinkommen ergänzt.

Während die **Arbeitslosigkeit** in Industrieländern umfassend und nach weitgehend einheitlichen Maßstäben erfasst wird (nach Kriterien der *International Labour Organization*, ILO; dt. Internationale Arbeitsorganisation) liegen über die Arbeitslosigkeit in Entwicklungsländern häufig kaum zuverlässige Daten vor (W3). Tagelöhner, mithelfende Familienangehörige in Subsistenzwirtschaften und ähnliche Arbeitsverhältnisse lassen sich nur schwerlich in einer formalisierten Arbeitslosenstatistik abbilden.

Arbeitslosigkeit ist zumeist mit finanziellen (Verarmung, zumindest Wohlstandsminderung) und sozialen Folgen (Geringe Schätzung, Isolation u. ä.) verbunden. Diese Folgen sind zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern nicht ohne weiteres zu vergleichen. In Industrieländern sind die sozialen Folgen für die Betroffenen oft gravierender als die finanziellen Folgen, die durch soziale Netze zu einem beträchtlichen Teil aufgefangen werden. In den sozial zumeist anders strukturierten Gesellschaften in Entwicklungsländern bildet hingegen die (Groß-) Familie ein finanzielles und soziales Auffangnetz. In Industrieländern ist Arbeitslosigkeit in erster Linie ein individuelles, in Entwicklungsländern ein familiäres Problem.

Schwellen- und Entwicklungsländer verzeichnen traditionell einen hohen Anteil an

Kinderarbeit. Nicht zuletzt auf Druck aus Industrieländern, insbesondere Boykottdrohungen durch Kinderschutzorganisationen, ist die Kinderarbeit jedoch seit einigen Jahren rückläufig (W4). Ebenfalls ein Problem ist der moderne **Skavenhandel**. Amerikanische Behörden schätzen, dass 600 000 bis 800 000 Menschen jährlich als Sklaven ins Ausland verkauft werden; die Internationale Arbeitsorganisation schätzt, dass insgesamt zwölf Millionen Menschen weltweit in einer erzwungenen Knechtschaft leben müssen. Schätzungsweise 80 Prozent der heutigen Sklaven sind weiblich, und bis zu 50 Prozent von ihnen sind jünger als 18 Jahre. Die meisten kommen aus Ländern wie Albanien, Weißrussland, China, Rumänien, Russland und Thailand. Hauptabnehmer sind asiatische und westeuropäische Länder, Nordamerika und einige Länder im Nahen Osten. Gut 40 Prozent der „Sklaven“ müssen als Prostituierte arbeiten, gut 30 Prozent verrichten andere unbezahlte niedrige Arbeiten und der Rest muss beides tun.

Arbeitsteilung

Die menschliche Arbeit unterlag im Laufe der Geschichte tief greifenden Veränderungen. Im Zuge einer immer weiter fortschreitenden **Arbeitsteilung** wurden und werden einstmalige zusammenhängende Arbeitsvorgänge in immer kleineren Einheiten zerlegt. Während früher ein Produkt häufig von einer einzelnen Person allein hergestellt wurde (z. B. ein Pferdewagen) sind heute am Zustandekommen eines Produkts (z. B. eines Autos) in der Re-



Der Containerhafen von Shanghai

gel viele Menschen beteiligt. Eine extreme Form der Arbeitsteilung ist die Fließbandproduktion, die erstmals 1913 in einer Fabrik der Ford-Werke in Chicago (USA) eingeführt wurde.

Hauptgrund für die fortschreitende Arbeitsteilung ist der Wunsch nach einer Steigerung menschlicher Arbeitsleistung. *Adam Smith** hat die durch Arbeitsteilung bewirkte Effizienzsteigerung eines einzelnen Arbeiters (**Produktivität**) anschaulich in seinem „Stecknadelbeispiel“ dargestellt. Vor Einführung der Arbeitsteilung konnten die zehn Arbeiter einer Stecknadelfabrik 200 Stecknadeln pro Tag fertigen; nach Einführung der Arbeitsteilung konnten die zehn Arbeiter 48 000 Stecknadeln pro Tag herstellen. Die Zerlegung eines Arbeitsvorgangs in kleine Schritte war und ist auch Voraussetzung für die Mechanisierung und Automatisierung des Produktionsvorgangs. Für kleine und einfache Teile des Produktionsprozesses lassen sich Maschinen entwickeln, die diese Schritte durchführen können.

Adam Smith erkannte bereits auch die Vorteile der Arbeitsteilung zwischen verschiedenen Ländern (W5). Eine länderübergreifende Arbeitsteilung wird als „**internationale Arbeitsteilung**“ bezeichnet. Das Grundprinzip lautet: Jedes Land stellt die Güter her, die es am besten bzw. am günstigsten herstellen kann und tauscht diese Güter mit Ländern, die andere Güter besser oder günstiger herstellen können. Da auf diese Weise die Güter weltweit zu den jeweils günstigsten Be-

* *Adam Smith* (1723-1790), englischer Philosoph und Nationalökonom; „Vater der Marktwirtschaft“.

dingungen produziert werden, überwiegend für alle Beteiligten die Vorteile. Internationale Arbeitsteilung ist heute ein wesentliches Merkmal der Weltwirtschaft im Allgemeinen und der Globalisierung im Besonderen.

Allerdings kann internationale Arbeitsteilung auch dazu führen, dass in einem Land nur noch wenige Produkte, vorrangig solche, die auf dem Weltmarkt tauschfähig sind, hergestellt werden („wirtschaftliche **Monokultur**“). Ein solches Land gerät leicht in Abhängigkeiten von den Absatzmöglichkeiten dieser wenigen Produkte und den jeweiligen Weltmarktpreisen. Abhängigkeiten entstehen aber auch für Abnehmerländer; sie sind darauf angewiesen, dass das Ausland die benötigten Güter auch liefert (z. B. Energie) (W6). Bei einem Lieferausfall oder einem Lieferstopp würde die Wirtschaft dieser Länder zusammenbrechen.

Die weltweite Arbeitsteilung hat den **internationalen Wettbewerb** verschärft. Gefördert wird er ausdrücklich auch durch internationale Handelsabkommen, deren Ziel es ist, Handelshemmnisse abzubauen. Ein Unternehmen hat heute nicht nur Konkurrenten auf dem heimischen Markt, sondern befindet sich oft in einem weltweiten Wettbewerb. Viele Güter können in anderen Ländern häufig kostengünstiger hergestellt werden als im Inland – z. B. wegen der dort geringeren Arbeitskosten. Da Transportkosten heute insgesamt recht niedrig sind (W22), ist es oft günstiger, ein bestimmtes Produkt in Ostasien zu kaufen als bei einem inländischen Unternehmen.

In neuerer Zeit macht sich verstärkt noch ein weiteres Phänomen der internationalen Arbeitsteilung bemerkbar. Unternehmen kaufen nicht mehr nur Güter bei ausländischen Unternehmen, sondern errichten selbst Produktionsstätten in anderen, kostengünstigeren Ländern (W24). Zum Teil geschieht dies, um zusätzliche Produktionskapazitäten möglichst nahe bei Kunden aufzubauen, zum Teil wird aber auch die Produktion von einem teureren Land in ein billigeres Land verlagert (**Produktionsverlagerung**). Unternehmen prüfen bei ihren Standortüberlegungen heute genau, wo sich ihre Vorstellungen von Absatzmöglichkeiten, Produktionskosten, Fachkräften, Steuerbelastungen usw. am besten verwirklichen lassen. Da die Unternehmen an ihrem Standort Arbeitsplätze schaffen und Steuern zahlen, bemühen sich die Länder in einem internationalen **Standortwettbewerb** intensiv um die Ansiedlung von Unternehmen (W9).

Welt im Wandel – Welt im Handel

Arbeitsteilung setzt zum einen **Handel** voraus und verstärkt zum anderen den Güteraustausch. Handel gibt es, seitdem es Menschen gibt und Waren produziert werden. Waren wurden früh auch schon über große Entfernungen getauscht. Seit etwa 10 000 v. Chr. kann **Fernhandel** durch archäologische Funde belegt werden (W7). Entdeckungen und Erschließungen von Regionen und Kontinenten hatten ihre Ursache vor allem im Wunsch der Menschen, Rohstoffe und Waren zu erhalten und Verkehrswege aufzubauen. Die ersten großen Fernstraßen waren Fernhandelsstraßen; sie wurden oft nach dem Handelsgut benannt, das vorzugsweise auf ihnen transportiert wurde: Seidenstraße, Salzstraße, Bernsteinstraße usw. Heute werden Rohstoffe, Vorprodukte, Halbfabrikate und Fertigprodukte in riesigen Mengen rund um den Globus transportiert. Von 1950 bis 2005 hat sich die Weltproduktion nur um etwa das Achtfache erhöht; der Welthandel (gemessen am Exportvolumen) hat im gleichen Zeitraum fast um das Dreißigfache zugenommen (W8). Wichtigste Warengruppen des Welthandels sind Rohstoffe (Energie, Bergbauprodukte), Maschinen, Kraftwerke, Flugzeuge, Schiffe, EDV-Produkte, Chemierprodukte und Kraftfahrzeuge.

Zum Wachstum des Welthandels haben vor allem auch die Entwicklungen bei den Transport- und Kommunikationsmöglichkeiten beigetragen. Ein Segelschiff benötigte in früheren Jahrhunderten mehrere



Containershipf der Hapag-Lloyd

Monate, um von Europa nach Australien zu gelangen; eilige Fracht kann heute mit dem Flugzeug innerhalb von 24 Stunden an fast jeden Ort der Welt gebracht werden. Selbst große Containerschiffe benötigen heute für die Reise von Europa nach Australien nur noch vergleichsweise kurze Zeit und befördern dabei noch ein Vielfaches an Fracht im Vergleich zu den früheren Segelschiffen (W10, W11).

Güter werden grenzüberschreitend gehandelt, weil sie im Inland nicht verfügbar sind und/oder weil sie im Ausland kostengünstiger hergestellt werden können. Die unterschiedlichen **Produktionskosten** rühren vor allem von unterschiedlichen Faktorausstattungen her (= Faktorkosten); eine besondere Rolle spielen dabei die Kosten für den Produktionsfaktor Arbeit. **Kostenvorteile** können sowohl absolut als auch komparativ (= vergleichbar, relativ) bestehen (W13). Nichtverfügbarkeit von Gütern und Kostenunterschiede legen eigentlich den Schluss nahe, dass vor allem unterschiedliche Güter zwischen Ländern getauscht werden, z. B. Autos gegen Erdöl. Diese Überlegung gilt in erster Linie für Länder mit unterschiedlichen Wirtschaftsstrukturen, Entwicklungsständen und Konsumkulturen. Zwischen Ländern mit ähnlichen Wirtschaftsstrukturen werden hingegen jeweils ähnliche Güter exportiert und importiert, z. B. Autos gegen Autos. Die Nachfragewünsche sind vielfältig und differenziert. **Präferenzenvielfalt** auf der Nachfrageseite und die **Produktdifferenzierung** auf der Angebotsseite bedingen und beeinflussen einander wechselseitig und erklären, warum Gütertausch

vor allem zwischen Ländern mit ähnlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen stattfindet.

Außenhandel ist zu allen Zeiten mehr oder weniger stark staatlich beeinflusst worden. Grundlegende Konzepte der Außenhandelspolitik sind Freihandel und Protektionismus (W14). **Freihandel** bezeichnet eine liberale Außenhandelspolitik, bei der der internationale Güter- und Kapitalverkehr wenig oder gar nicht vom Staat gesteuert wird. **Protektionismus** bezeichnet eine interventionistische Außenhandelspolitik, bei der der internationale Güter- und Kapitalverkehr durch staatliche Maßnahmen beschränkt und reguliert wird. Freihandel bringt grundsätzlich allen beteiligten Ländern so genannte **Wohlfahrtsgewinne**. Allerdings kann es auch gute Gründe geben, schwächere Länder in ihrer frühen Entwicklungsphase zu schützen und sie nicht dem harten internationalen Wettbewerb auszusetzen („**Schutzzollargument**“).

Nebeneffekte des weltweiten Handels sind Geldwertstabilität und Frieden. Seit den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts weisen die Industriestaaten konstant geringe **Inflationsraten** auf; seit der Jahrtausendwende beträgt die durchschnittliche Inflation rund 2%. Seit den neunziger Jahren ist die Inflation auch in den Schwellen- und Entwicklungsländern auf dem Rückzug; lag die Inflation in den 18 wichtigsten Schwellenländern 1996 noch bei durchschnittlich 23,5%, betrug sie 2005 lediglich 5,9%. Im Zuge der internationalen Arbeitsteilung versorgen kostengünstige Länder die Welt mit preiswerten Waren und zunehmend auch mit Dienstleistungen. Nach Angaben der Europäischen Zentralbank führt beispielsweise der Euro-Raum fast die Hälfte seiner Güter aus Niedriglohnländern ein. Neben diesen direkten Preiswirkungen ist es vor allem der schärfere internationale Wettbewerb, der die Preise – mit Ausnahme der Preise für Rohstoffe und Energie – vergleichsweise stabil hält und teilweise sogar sinken lässt.

Nach einschlägigen Ergebnissen der Kriegsursachenforschung sind Länder, die intensiv in die weltweiten wirtschaftlichen Beziehungen eingebunden sind, seltener in Kriege verwickelt als ärmere und wirtschaftlich eher abgeschottete Nationen. In Ländern, die kaum Außenhandel trieben, war ein militärischer Konflikt in der Zeit von 1950 bis 1992 dreimal wahrscheinlicher als zwischen relativ offenen Volkswirtschaften (**Friedensdividende**) (W12).

Währungen, Währungspolitik, Zahlungsbilanzen

Heutige Volkswirtschaften sind Geldwirtschaften, d. h. Tauschvorgänge werden in aller Regel mit Hilfe des Zwischentauschmittels „Geld“ abgewickelt. Wenn Tauschvorgänge zwischen verschiedenen Ländern abgewickelt werden, sind zu meist unterschiedliche Währungen beteiligt. Als **Währung** wird das Geld bezeichnet, das in einem bestimmten Land in Umlauf ist (Euro, Dollar usw.). Um die zunächst in unterschiedlichen Währungen ausgedrückten Preise der Güter miteinander in Beziehung setzen zu können, müssen sie in *eine* Währung umgerechnet werden; die Umrechnung geschieht mit Hilfe von Wechselkursen. Die **Wechselkurse** der meisten Währungen, insbesondere der wichtigen Weltwährungen Dollar, Euro und Japanischer Yen, bilden sich am Devisenmarkt. Die Höhe des Wechselkurses entscheidet mit über die preisliche Wettbewerbsfähigkeit von Gütern auf internationalen Märkten. Mit steigendem Kurs der eigenen Währung werden Importgüter billiger, die eigenen Exportgüter jedoch teurer; mit sinkendem Kurs der eigenen Währung werden Importgüter teurer, die eigenen Exportgüter jedoch billiger. Je nach Zielsetzungen in der **Währungspolitik** ist ein Land möglicherweise eher an hohen oder eher an niedrigen Wechselkursen interessiert. Bei festgelegten Wechselkursen wird es entsprechende Setzungen vornehmen oder versuchen, entsprechende Vereinbarungen zu treffen. Bei freien Wechselkursen sind die staatlichen Einflussmöglichkeiten geringer; durch gezielte Eingriffe am Devisenmarkt, über ihre Zinspolitik und andere Schritte können jedoch Staaten, insbesondere über ihre Zentralbanken, den Wechselkurs ihrer Währung in einem gewissen Umfang beeinflussen.

Die grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Vorgänge werden in der **Zahlungsbilanz** erfasst. Die Erfassung der Vorgänge und die Struktur der Zahlungsbilanz sind weltweit – zumindest in den Mitgliedslän-

Der Wechselkurs

gibt die Menge ausländischer Währungseinheiten an, die einer inländischen Währungseinheit entsprechen:
1 Euro = x Fremdwährungseinheiten.

Ein Eurokurs von 1,30 zum US-Dollar (USD) bedeutet, dass 1 Euro 1,30 USD entspricht bzw. 1 USD 0,77 Euro.

dern des IWF – einheitlich und richten sich nach dem „Balance of Payments Manual“ („Handbuch zur Zahlungsbilanzstatistik“) des Internationalen Währungsfonds (IWF). Besondere Aufmerksamkeit verdient die **Leistungsbilanz**, da in ihr die eigentlichen wirtschaftlichen Leistungen festgehalten werden. Wenn allgemein von einer nicht ausgeglichenen Zahlungsbilanz gesprochen wird, ist zumeist eine nicht ausgeglichene Leistungsbilanz gemeint. Bei einem **Leistungsbilanzüberschuss** fließen zusätzliche Devisen ins Inland, die dort die Geldmenge vermehren; ein **Leistungsbilanzdefizit** muss durch Ankauf von Devisen finanziert werden, was in der Regel mit einer Verschuldung im Ausland verbunden ist.

Entwicklungsländer und Weltwirtschaft

Die Einbindung von Entwicklungsländern in eine auf weltweiten Wettbewerb ausgerichtete Weltwirtschaft ist wegen oft fehlender Infrastruktur, unzureichenden politisch-administrativen Rahmenbedingungen, geringem Bildungsstand und einer vorwiegend vom Agrarsektor geprägten Wirtschaft zum Teil recht schwierig. Allerdings findet sich in etlichen Entwicklungsländern auch ein Nebeneinan-

der von modernen, dynamischen Wirtschaftsbereichen, die erfolgreich in die Weltwirtschaft integriert sind, und unterentwickelten, traditionellen Wirtschaftsbereichen mit einem geringen Wertschöpfungspotenzial. So findet sich in einigen Ländern sowohl eine mit modernsten Produktions- und Logistikmitteln arbeitende Erdölindustrie als auch eine archaische Land- und Viehwirtschaft. Eine solche ungleichmäßige Entwicklung, bei der sich die unterschiedlichen Wirtschaftssektoren unabhängig voneinander und nach eigenen Gesetzmäßigkeiten entwickeln, wird in der Entwicklungstheorie als **Dualismus** bezeichnet.

Die Ursachen von Unterentwicklung sind vielfältig und oft auch von Land zu Land verschieden. Neben wirtschaftlichen Faktoren sind auch historische und kulturelle Einflüsse beteiligt. Historische Grün-

de macht vor allem die so genannte **Dependenz-Theorie** geltend. Danach ist die Unterentwicklung zahlreicher Länder eine Folge der Kolonialpolitik der Industrienationen (mehr als 100 heutige Entwicklungsländer sind ehemalige Kolonialgebiete). Die Industrienationen haben die Wirtschaft in ihren Kolonien vorrangig nicht nach den Bedürfnissen vor Ort, sondern als Ergänzung der einheimischen Wirtschaft und für die einheimische Nachfrage entwickelt (**Komplementärwirtschaft**). Neben der Wirtschaftsstruktur insgesamt ist dadurch vor allem die Außenhandelsstruktur der Entwicklungsländer nachhaltig geprägt worden.

Hemmnisse für die Entwicklung sind auch die unregelmäßigen wirtschaftlichen Aktivitäten. Dazu gehören u.a. Schattenwirtschaft, Vetternwirtschaft, Clan-Wirtschaft und Korruption. Diese Phänomene zeigen sich zwar auch in Industrieländern, sind jedoch – aus unterschiedlichen Gründen – in Entwicklungsländern deutlich stärker ausgeprägt. Insbesondere **Korruption** ist ein weit verbreitetes und entwicklungsschädliches Übel. Nach Erhebungen von Transparency International (TI) besteht ein enger Zusammenhang zwischen Korruption und Armut (W15). Auf einen möglichen Zusammenhang von wirtschaftlicher Entwicklung und kulturellem **Wertesystem** hat vor allem *Max Weber** hingewiesen. Religiöse Überzeugungen, kulturabhängige Wertmuster und traditionelle Lebensstile prägen danach die Einstellung zur Arbeit, zum Gewinn und zu anderen entwicklungsrelevanten wirtschaftlichen Faktoren.

Für die Entwicklung einer Wirtschaft gilt eine eherne ökonomische Grundregel: Es muss mehr produziert werden als konsumiert wird. Der Überschuss muss für **Investitionen**, d.h. für zusätzliche Produktionsgüter verwendet werden, mit deren Hilfe die Pro-Kopf-Produktion in der nächsten Periode gesteigert werden kann. Einem solchen Entwicklungsszenario steht vor allem der **Kapitalmangel** in den Ent-

* Max Weber (1864 – 1920), deutscher Jurist, Nationalökonom und Soziologie

Zahlungsbilanz	Leistungsbilanz	Außenbeitrag	Außenhandel (Waren)	
			Dienstleistungen	
		Erwerbs- und Vermögenseinkommen		
	Bilanz der Vermögensübertragungen		Laufende Übertragungen	
	Kapitalbilanz		Veränderung der Währungsreserven	
	Restposten (statistisch nicht aufliegere Transaktionen)			

Was sind Kapitalbilanzkrisen?

Die jüngsten Finanzkrisen in Schwellenländern, etwa in Mexiko in den Jahren 1994 und 1995, in Ostasien zwischen 1997 und 1998, in ... Brasilien und der Türkei im Zeitraum von 1999 bis 2001 und in Argentinien seit 2001, weisen eine Reihe wichtiger gemeinsamer Merkmale auf. Sie waren von einer plötzlichen Umkehr der Kapitalzuflüsse aus dem Ausland, einer erheblichen Kapitalflucht, einem Abwertungsdruck auf die Inlandswährung, einem deutlichen Preisverfall der inländischen Vermögenswerte, einer äußerst ungünstigen Entwicklung der Finanzvariablen, Banken Krisen und einem Rückgang der inländischen Produktion gekennzeichnet. Da die Krisen ihren Ursprung hauptsächlich in der Kapitalverkehrsbilanz der Zahlungsbilanz hatten, werden sie in der Regel als Kapitalbilanzkrisen bezeichnet; frühere Krisen wurden hingegen meist durch negative Leistungsbilanzentwicklungen ausgelöst. Die hohen Kosten, die den betroffenen Volkswirtschaften sowie der Weltwirtschaft im Allgemeinen dabei entstehen,

haben das Bewusstsein der Weltgemeinschaft für die Notwendigkeit einer besseren Krisenprävention und -bewältigung geschärft: Die internationale Gemeinschaft hat daraufhin bereits vorhandene Instrumente zur Krisenprävention überprüft und eine Reihe neuer Instrumente entwickelt. So haben beispielsweise die verstärkte Überwachung der Finanzsektoren in den Kreditnehmerländern durch den IWF, die Entwicklung von Frühwarnsystemen, eine größere Transparenz der Tätigkeiten des IWF... zu einer effektiveren Krisenprävention beigetragen... Aufgrund der Eigenart von Kapitalbilanzkrisen gestaltet sich die Bestimmung des besten Weges zur raschen und geordneten Wiederherstellung von gesamtwirtschaftlicher und finanzieller Stabilität sowie der internen und externen Schuldentragfähigkeit – unter voller Berücksichtigung der Gläubigerrechte – in Krisenländern schwierig.

Quelle: Europäische Zentralbank, Monatsbericht November 2003



In vielen Ländern Afrikas kann man Lebensmittel aus Europa kaufen, die subventioniert exportiert wurden und deshalb billiger sind als einheimische Agrarprodukte. Im Bild: Ein Supermarkt in Burkina Faso

wicklungsländern im Wege. Entwicklungsländer bleiben gewissermaßen arm, weil sie arm sind: das Pro-Kopf-Einkommen ist gering, also kann wenig gespart und demzufolge kaum investiert und die Produktion nur geringfügig erhöht werden. Zu der hohen Konsumquote in Entwicklungsländern trägt auch das große **Bevölkerungswachstum** bei (S. 91 ff., G10, G14). Ein beträchtlicher Teil der Mehrproduktion wird für Konsumzwecke benötigt, um die Existenz der zusätzlichen Bevölkerung zu sichern.

Entwicklungsländer haben von der weltwirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre unterschiedlich profitiert (W16). Länder wie China, Indien, Südkorea, Singapur und einige südamerikanische und afrikanische Länder konnten ihre wirtschaftliche Entwicklung deutlich beschleunigen, während vor allem die ärmsten Länder kaum Fortschritte erzielen konnten.

Als Erfolgsfaktoren haben sich vor allem Investitionen in Bildung (S. 123 f.) und Infrastruktur, Rechtsstaatlichkeit und „gutes Regierungshandeln“ (Good Governance) erwiesen (S. 62 ff.). Für den Außenhandel der Entwicklungsländer ist vor allem der Güteraustausch mit Industrieländern von Bedeutung. Entwicklungsländer, die über Rohstoffe und weltmarktfähige Agrarprodukte verfügen, haben in diesen Bereichen grundsätzlich gute Chancen, leiden jedoch unter oft zu niedrigen und zum Teil stark schwankenden Weltmarktpreisen für ihre Produkte (A22).

Bei industriellen Produkten sind es vor allem die hohen Anforderungen an Qualität und Komplexität, die es den Entwicklungsländern schwer machen, mit eigenen Produkten wettbewerbsfähig zu sein. Allerdings locken sie mit geringen Arbeitskosten durchaus ausländische Unternehmen an. Unternehmen aus Industrieländern errichten jedoch häufig nur Fertigungsstätten zur kostengünstigen Unterstützung der heimischen Produktion – eine moderne Form der Komplementärwirtschaft.

Produktionspalette, Produktionsvolumen und Produktionsverfahren sind an den Interessen des Industrieland-Unternehmens ausgerichtet und tragen dadurch nicht unbedingt zu einer harmonischen wirtschaftlichen Entwicklung und zum Anschub einer Entwicklung „aus eigener Kraft“ bei. Bei Dienstleistungen spielen Sprachbarrieren und kulturelle Distanzen eine nicht unerhebliche Rolle (W17).

Schwierigkeiten internationaler Vergleiche

Aussagen zur Situation in Entwicklungsländern und zu Beziehungen zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern machen internationale Vergleiche notwendig. Solche Vergleiche sind mit erheblichen Schwierigkeiten behaftet. Die Möglichkeiten zur statistischen Erfassung und Auswertung wirtschaftlicher Daten sind in Entwicklungsländern oft nur unzureichend vorhanden; bestimmte Größen werden

– trotz Bemühungen um internationale Vereinheitlichung – von Land zu Land oft unterschiedlich gemessen. Subsistenzwirtschaftliche Leistungen und Anteile der so genannten **Schattenwirtschaft** an der Gesamtwirtschaftsleistung können in der Regel nur geschätzt werden; sie sind von Land zu Land unterschiedlich und in Entwicklungsländern mit Sicherheit deutlich höher als in Industrieländern.

Die Daten aus unterschiedlichen Ländern können auch nicht unmittelbar miteinander verglichen werden. Eine beliebte Größe bei internationalen Vergleichen ist beispielsweise das **Pro-Kopf-Einkommen** (Weltkarte S. 25). Eine solche rechnerische Durchschnittsgröße lässt jedoch demografische Faktoren wie Anteile von Kindern und Erwachsenen an der Bevölkerung unberücksichtigt; sie sagt auch nichts über die Verteilung des Volkseinkommens aus – ein hohes Pro-Kopf-Einkommen schließt nicht aus, dass ein kleiner Teil der Bevölkerung sehr viel Geld hat und ein großer Teil in Armut lebt.

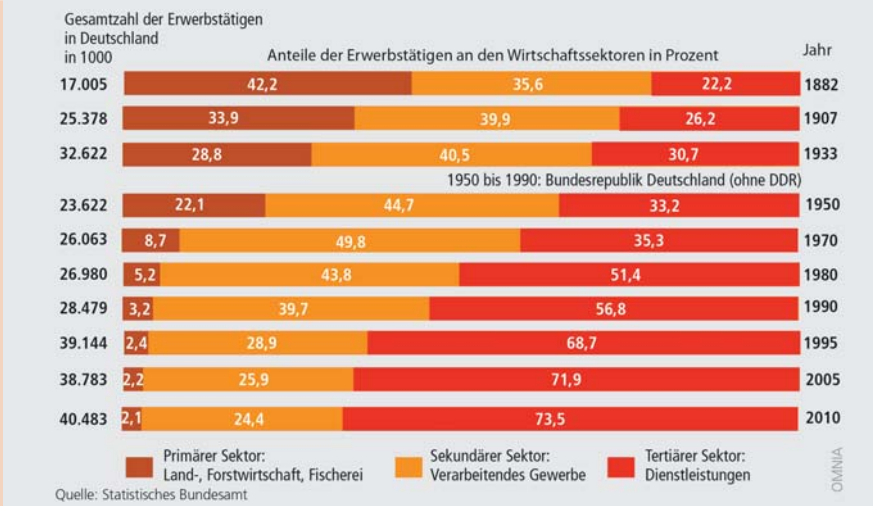
Ursprungsdaten liegen in der Regel in unterschiedlichen Währungen vor und müssen umgerechnet werden. Wechselkurse unterliegen jedoch politischen, spekulativen und anderen Einflüssen und spiegeln daher nicht immer realistische Tauschverhältnisse wider. Zur Abbildung realer Austauschverhältnisse beim Außenhandel dienen die so genannten **Terms of Trade** (ToT). Sie geben an, wie viele Importgüter ein Land für ein bestimmtes Exportgüterbündel eintauschen kann; an ihren Veränderungen lässt sich ablesen, ob sich die Außenhandelsposition verbessert oder verschlechtert hat (W18).

Neben unterschiedlichen Währungen besitzen die Länder auch unterschiedliche Preisniveaus und Lebensstandards. Um zu einigermaßen realen Vergleichen zu kommen, werden so genannte **Kaufkraftstandards** (KKS) verwendet (Kasten unten).

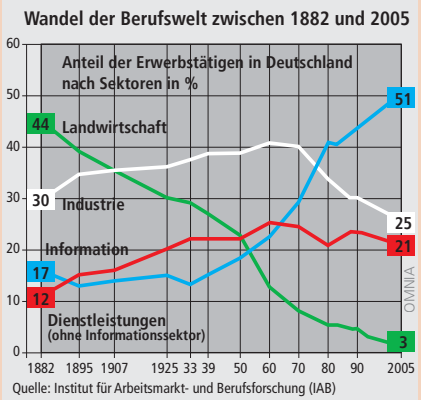
Kaufkraftstandards

Bei internationalen Vergleichen werden Länder mit z. T. sehr unterschiedlichen Preisniveaus miteinander verglichen; außerdem sind die Preise in unterschiedlichen Währungen ausgedrückt, deren Wechselkurse schwanken. Kaufkraftstandards (KKS) sind Umrechnungsfaktoren, mit deren Hilfe Preisniveauunterschiede und Wechselkursschwankungen bei internationalen Vergleichen ausgeschaltet werden. Die Kaufkraftparitäten ergeben sich aus dem Verhältnis zwischen den in Landeswährung ausgedrückten Beträgen, die erforderlich sind, um in den verschiedenen Ländern einen Korb vergleichbarer und repräsentativer Waren zu erwerben.

W1 Strukturwandel in der Berufswelt

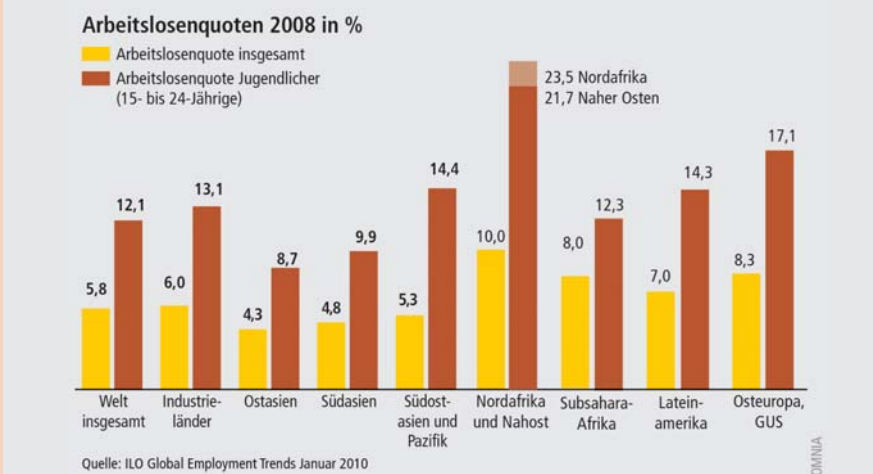


W2 Berufswelt im Wandel



Bei diesem „Vier-Sektoren-Modell“ wird der Bereich „Produktion, Verarbeitung und Vermittlung von Information“ aus dem sekundären und tertiären Bereich ausgegliedert.

W3 Welt ohne Arbeit



W4 Rückgang der Kinderarbeit

Die Zahl der Kinderarbeiter ist nach einer Erhebung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in vier Jahren weltweit um elf Prozent zurückgegangen. Die Zahl der Kinder mit gefährlicher Arbeit nahm demnach um 26 Prozent, in der Altersgruppe der Fünf- bis Vierzehnjährigen sogar um ein Drittel ab. Den stärksten Rückgang gab es in den Ländern der Karibik sowie in Lateinamerika... Ähnliche Erfolgszahlen gab es für Asien, wo allerdings mit 122 Millionen der größte Teil der fünf- bis vierzehnjährigen Kinderarbeiter lebt. In Schwarzafrika müssen 26 Prozent aller Kinder – etwa 50 Millionen – arbeiten.

Quelle: dpa, April 2006

W6 Europa ist von Energie-Importen abhängig (Stand 2008)



W5 Vorteile von Arbeitsteilung

„Bei jedem klugen Hausvater ist es eine Regel, niemals etwas im Hause machen zu lassen, was ihn weniger kosten würde, wenn er es kaufte. Dem Schneider fällt es nicht ein, seine Schuhe zu machen, sondern er kauft sie vom Schuhmacher; dem Schumacher fällt es nicht ein, sich seine Kleider zu machen, sondern er beschäftigt den Schneider, und dem Landmann fällt es nicht ein, sich eines oder das andere zu machen, sondern er setzt jene beiden Handwerker in Nahrung. Alle diese Leute finden es in ihrem Interesse, ihren Gewerbefleiß ganz auf diejenige Art anzuwenden, in der sie etwas vor ihrem Nachbarn voraus haben, und dann ihren übrigen Bedarf mit einem Teile ihres eigenen Erzeugnisses ... zu kaufen.“

Was aber in der Handlungsweise einer Familie Klugheit ist, das kann in der eines großen Reiches wohl schwerlich Torheit sein. Wenn uns ein fremdes Land mit einer Ware wohlfeiler versehen kann, als wir sie selbst zu machen imstande sind, so ist es besser, dass wir sie ihm mit einem Teile vom Erzeugnis unseres eigenen Gewerbefleißes, in welchem wir vor dem Auslande etwas voraus haben, abkaufen.“

Quelle: Adam Smith: Der Reichtum der Nationen, 2. Band, 1776

W7 Früher Fernhandel

1978 wurde in Hochdorf bei Stuttgart das unversehrte Grab eines Keltenfürsten entdeckt, der um 530 v. Chr. begraben wurde. In dem Grab wurden u.a. folgende Beigaben gefunden: eine 3 Meter lange bronzene Liege aus dem Südostalpenraum, ein großer Bronzeessel, der in der Mitte des 6. Jh. v. Chr. in Griechenland angefertigt wurde, Stickereien aus chinesischer Rohseide, griechische Münzen.

W9 Standortbedingungen

Die Weltbank bewertet jährlich die unternehmerischen Rahmenbedingungen in 145 Ländern anhand von 23 Einzelindikatoren in sieben Bereichen (s. unten). Für das Jahr 2004 hat das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln hieraus ein Gesamtranking ermittelt (je höher der Rang, desto besser die Standortbedingungen):

- | | |
|------------------|-----------------------|
| 1 Neuseeland | 16 Belgien |
| 2 Singapur | 17 Dänemark |
| 3 USA | 18 Puerto Rico |
| 4 Kanada | 19 Österreich |
| 5 Großbritannien | 20 Taiwan |
| 6 Norwegen | 21 Lettland |
| 7 Hongkong | 22 Spanien |
| 8 Australien | 23 Südkorea |
| 9 Japan | 24 Deutschland |
| 10 Schweden | 25 Botswana |
| 11 Niederlande | 26 Chile |
| 12 Finnland | 27 Tunesien |
| 13 Schweiz | 28 Malaysia |
| 14 Irland | 29 Thailand |
| 15 Litauen | 30 Armenien |

In den sieben Bereichen nimmt Deutschland folgende Ränge ein:
 Kreditverfügbarkeit: 4
 Konkursrecht: 22
 Durchsetzbarkeit von Verträgen: 25
 Offenlegungspflicht von Aktiengesellsch.: 25
 Aufwand für Registrierung von Immobilien: 30
 Bedingungen für Unternehmensgründung: 50
 Arbeitsmarktflexibilität: 111

Insgesamt: 24

W11 Containerhäfen

Die größten Containerhäfen der Welt

Containerumschlag 2006 – 2009 in Millionen Standardcontainern*

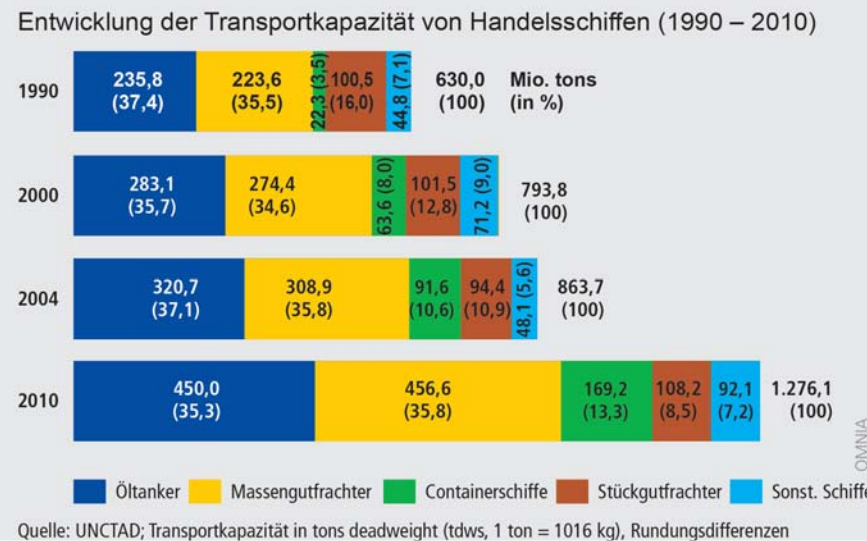
	2006	Rang	2007	Rang	2008	Rang	2009	Rang
Singapur	24,8	1	27,9	1	29,9	1	25,9	1
Hongkong	23,5	2	23,9	3	24,2	3	21,0	3
Shanghai	21,7	3	26,2	2	28,0	2	25,0	2
Shenzhen, China	18,5	4	21,1	4	21,4	4	18,3	4
Pusan, Südkorea	12,0	5	13,3	5	13,4	5	12,0	5
Kaohsiung, Taiwan	9,8	6	10,3	8	9,7	11	8,6	11
Rotterdam	9,6	7	10,8	6	10,8	9	9,7	10
Hamburg	8,9	8	9,9	9	9,7	12	7,0	15
Dubai, VAE	8,8	9	10,7	7	11,8	6	11,1	7
Los Angeles	8,5	10	8,4	13	7,8	14	6,7	16
Qingdao, China	7,7	11	9,5	10	10,3	10	10,3	9
Long Beach USA	7,3	12	7,3	15	6,5	15	5,1	18
Ningbo, China	7,1	13	9,3	11	11,2	7	10,5	8
Antwerpen	7,0	14	8,2	14	8,7	13	7,3	13
Guangzhou China	6,6	15	9,2	12	11,0	8	11,2	6

*Standardcontainer: Twenty Foot Equivalent Unit (TEU)
 neu: Kaohsiung, Taiwan 12
 Port Kelang, Malaysia 14
 Tanjung Pelapas, Malaysia 17
 Quelle: Hafen Hamburg Marketing

W8 Entwicklung von Weltwirtschaft und Welthandel



W10 Giganten auf den Meeren



W12 Globalisierung stiftet Frieden

Globalisierung stiftet Frieden

Internationale Handelsverflechtungen fördern den Frieden, lautet eine These. Um sie zu überprüfen wurden Paarungen benachbarter Staaten daraufhin untersucht, ob in den Jahren von 1950 bis 1992 militärische Konflikte zwischen ihnen stattfanden. Dem gegenübergestellt wurde jeweils das durchschnittliche Verhältnis des Außenhandels (Mittelwert aus Export und Import) zum Bruttoinlandsprodukt im selben Jahr – diese Größe misst den Offenheitsgrad einer Volkswirtschaft (W21). Die Grundgesamtheit umfasst 8115 unterschiedliche Konstellationen von Ländern und Jahren. Es zeigte sich, dass militärische Auseinandersetzungen tatsächlich umso seltener vorkamen, je bedeutender der Außenhandel für die beteiligten Volkswirtschaften war.

Offenheitsgrad der Volkswirtschaft	Konstellationen insgesamt	In so viel Prozent der Konstellationen kam es in den Jahren von 1950 bis 1992 zu militärischen Konflikten
unter 10 Prozent	1812	7,6
10 bis 20 Prozent	2315	7,3
20 bis 30 Prozent	1873	4,8
30 bis 40 Prozent	1033	2,7
über 40 Prozent	1082	2,4

Offenheitsgrad: Mittelwert des Verhältnisses von Export und Import zum Bruttoinlandsprodukt, hier jeweils Durchschnittswert des Länderpaars.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft, Deutscher Instituts-Verlag 2005

W13 Absolute und komparative Kostenvorteile

Absolute Kostenvorteile

Unmittelbar einleuchtend sind die Vorteile eines Güteraustausches bei wechselseitigen absoluten Kostenvorteilen. Wenn Land A Weizen und Land B Stahl günstiger herstellen kann, lohnt es sich für beide Länder, sich jeweils auf die Produktion des kostengünstigeren Gutes zu konzentrieren und diese Güter auszutauschen.

Komparative Kostenvorteile

David Ricardo* konnte nachweisen, dass ein Austausch auch dann beiden Ländern Vorteile bringt, wenn alle Güter in einem Land günstiger hergestellt werden können als in dem anderen Land. Voraussetzung ist, dass die Produktionskostenrelationen in den beiden Ländern unterschiedlich sind. *Beispiel (Zwei-Länder-Zwei-Güter-Modell)*
Stahl und Weizen werden im Inland und im Ausland hergestellt. Die Kosten und die Kostenrelationen sind jeweils unterschiedlich (Vereinfachung: Kosten = Preis).

	Inland	Ausland
Kosten für 1 kg Stahl	10	30
Kosten für 1 kg Weizen	20	40

Das Inland hat bei beiden Gütern absolute Kostenvorteile gegenüber dem Ausland. Die Produktion von Weizen ist im Inland doppelt so teuer wie die von Stahl; im Ausland ist die Produktion von Weizen nur um ein Drittel höher als die von Stahl. Es bestehen unterschiedliche Kostenrelationen.

Inland	Ausland
1 kg Stahl = 0,5 kg Weizen	1 kg Stahl = 0,75 kg Weizen
1 kg Weizen = 2 kg Stahl	1 kg Weizen = 1,33 kg Stahl

Vorteil Inland:

Wenn das Inland 1 kg Stahl mehr produziert, muss es auf 0,5 kg Weizen verzichten. Transportiert es den Stahl ins Ausland und tauscht ihn dort gegen Weizen, erhält es 0,75 kg Weizen. Der Tauschgewinn für das Inland beträgt 0,25 kg Weizen (ohne Transportkosten).

Vorteil Ausland:

Wenn das Ausland 1 kg Weizen mehr produziert, muss es auf 1,33 kg Stahl verzichten. Transportiert es den Weizen ins Ausland und tauscht ihn dort gegen Stahl, erhält es 2 kg Stahl. Der Tauschgewinn für das Ausland beträgt 0,67 kg Stahl (ohne Transportkosten).

Autorentext

* David Ricardo (1772–1823), engl. Nationalökonom; entwickelte die „Theorie der komparativen Kosten“.

W14 Freihandel / Protektionismus

• Freihandel (liberale Außenwirtschaftspolitik)

Ein vollständig freier internationaler Güteraustausch besteht in der Realität nicht. In irgendeiner Weise greifen alle Staaten in den Außenhandel ein; es geht also nur um einen mehr oder weniger freien Handel.

Eine durch Freihandel geprägte Außenwirtschaftspolitik basiert auf der Annahme, dass die Vorzüge internationaler Austauschbeziehungen am größten sind, wenn der grenzüberschreitende Verkehr zwischen den Ländern ungehindert erfolgen kann.

Ein möglichst freier weltweiter Handel ist erklärtes Ziel der Welthandelsorganisation (WTO). Allerdings ist dieser Grundsatz nicht völlig unumstritten. So spricht vieles dafür, dass von einem freien Welthandel starke Länder mehr profitieren als schwache Länder. Nicht zuletzt aus diesem Grunde verlangen die Entwicklungsländer, auch innerhalb der WTO, das Recht, ihren Handel stärker schützen zu dürfen.

• Protektionismus (interventionistische Außenwirtschaftspolitik)

In der Realität wird der internationale Handel durch verschiedene staatliche Maßnahmen reguliert und gesteuert. Hauptargumente für staatliche Eingriffe sind:

- Schutz der heimischen Wirtschaft vor ausländischer Konkurrenz;
- Schutz von Arbeitsplätzen;
- Verbraucherschutz;
- Sanierung der Zahlungsbilanz;
- Erschließung von Einnahmequellen für den Staat durch Erhebung von Zöllen;
- Vermeidung von Abhängigkeiten.

• Handelspolitische Instrumente

Das Arsenal staatlicher Maßnahmen zur Steuerung des Außenhandels ist umfangreich. Angestrebt wird entweder eine Beeinflussung der Preise (preisregulierend) oder der Mengen (mengenregulierend).

Die wichtigsten Instrumente sind:

Preisregulierende Instrumente (Tarifäre Handelshemmnisse)

- Zölle. Zölle (engl.: tariffs) sind Steuern auf den grenzüberschreitenden Warenverkehr; zu meist auf Importe (Importsteuer), aber auch auf Exporte möglich (Exportsteuer).
- Subventionen. Subventionen verbilligen Exporte (Exportsubventionen) oder Importe (Importsubventionen).

Mengenregulierende Instrumente (Nichttarifäre Handelshemmnisse)

Mengenregulierende Instrumente sind vielfältiger, diffiziler und heute weiter verbreitet als die preisregulierenden Instrumente. Im einzelnen gehören dazu:

- Verbote (Exportverbote, Importverbote).
- Mengenmäßige Beschränkungen von Importen und Exporten (Kontingente, Quoten).
- „freiwillige“ Lieferbeschränkungen („Selbstbeschränkungsabkommen“).
- Administrative Maßnahmen (Einführung besonderer Normen und Sicherheitsbestimmungen; besondere Regelungen beispielsweise für Lebens- und Arzneimittel; einschränkende Devisenregelungen; umständliche Genehmigungsverfahren usw.).

Autorentext

W15 Korruption weltweit

Einschätzung des Korruptionsgrades 2010

Rang		Punktwert
1	Dänemark	9,3
1	Neuseeland	9,3
1	Singapur	9,3
4	Finnland	9,2
4	Schweden	9,2
6	Kanada	8,9
7	Niederlande	8,8
8	Australien	8,7
8	Schweiz	8,7
10	Norwegen	8,6
11	Island	8,5
11	Luxemburg	8,5
13	Hong Kong	8,4
14	Irland	8,0
15	Österreich	7,9
15	Deutschland	7,9
172	Sudan	1,6
172	Turkmenistan	1,6
172	Usbekistan	1,6
175	Irak	1,5
176	Afghanistan	1,4
176	Myanmar (Birma)	1,4
178	Somalia	1,1

Quelle: Transparency International 2011

W16 Nützt Globalisierung den Entwicklungsländern?

Warum Entwicklungsländer von der Globalisierung profitieren

Im Zuge der Globalisierung können sich die einzelnen Länder auf Güter konzentrieren, bei deren Herstellung sie gegenüber anderen Staaten Vorteile haben. Die Industrieländer beispielsweise verfügen über reichlich Kapital und Know-how. Daher gehen dort vor allem Produkte vom Band, die intensive Forschung, gut ausgebildete Mitarbeiter und komplexe Maschinen benötigen. In den Entwicklungsstaaten dagegen mangelt es derzeit noch an Bildung und Investitionen – dafür werden relativ geringe Löhne gezahlt. Dementsprechend lohnt es sich für diese Nationen, insbesondere arbeitsintensive Güter wie Bekleidung, Spielzeug oder Agrarprodukte auf dem Weltmarkt anzubieten.

Vorteile für alle Beteiligten

Wenn nun jeder das tut, was er am besten kann, holen alle das meiste aus ihren Möglichkeiten heraus – sprich: die volkswirtschaftlichen Ressourcen werden so effizient wie möglich genutzt.

Den in Entwicklungsländern beheimateten Unternehmen bieten sich vielfach nur sehr einge-

Fortsetzung auf Seite 40

Fortsetzung W16 von Seite 39

schränkte Absatzmöglichkeiten. Zu klein sind die heimischen Märkte, zu arm ist die Bevölkerung. Gelingt den Firmen dagegen der Sprung auf den Weltmarkt, können sie mehr produzieren und dadurch in der Regel ihre Stückkosten reduzieren – was den Menschen in Afrika, Asien oder Südamerika in Form fallender Preise zugute kommt und die Wettbewerbsfähigkeit der Firmen erhöht.

Wissen kommt ins Land

Zudem schwappt im Gefolge von Dollar und Euro noch ein weiterer unverzichtbarer Treibstoff für die Wirtschaft ins Land: Wissen. Denn große multinationale Firmen führen an ihren Standorten in Asien oder Südamerika vielfach auch moderne Herstellungsverfahren ein und schulen das Personal. Zudem zeigen sie ihren Zulieferbetrieben, wie man hohe Qualitätsstandards erfüllt. Ein solcher Lernprozess fruchtet allerdings nur in Ländern, in denen die Menschen bereits einen ausreichenden Bildungsstand haben, um das neue Wissen anzuwenden.

Ohne Reformen geht gar nichts

Trotz des eindeutigen Plädoyers für die Globalisierung, das sich sowohl aus den Zahlen als auch aus der Theorie herauslesen lässt, wäre es jedoch verfehlt, die wirtschaftliche Integration in den Weltmarkt als alleinigen Heilsbringer zu loben. Vielmehr muss sie flankiert werden durch Reformen, die ein Land fit machen für den grenzenlosen Handel.

So gilt es etwa, hohe Inflationsraten in den Griff zu bekommen, Staatsdefizite abzubauen, die Eigentumsrechte und Rechtssysteme zu stärken sowie die Korruption zu bekämpfen und schließlich die Märkte durch Bürokratieabbau und Stärkung des Wettbewerbs flexibler zu machen.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft, Wirtschaft und Unterricht Nr. 5/2006

W17 Hintergründe der ungleichen Entwicklung

Insgesamt gesehen konnte die Gruppe der Entwicklungsländer von der stärkeren weltweiten Integration von Handel, Produktion und Kapital profitieren. Sie konnten ihren Anteil am Weltmarkt ... erhöhen ... und konnten ihr reales Pro-Kopf-Einkommen in den letzten dreißig Jahren verdoppeln. Auch das stärkere Wachstum in Entwicklungsländern gegenüber demjenigen in Industrieländern spricht für die Gewinner-These. Allerdings profitierten einige mehr, andere gar nicht vom weltwirtschaftlichen Austausch...

Die Ursachen für die Polarisierung zwischen erfolgreichen und erfolglosen Entwicklungsländern in den letzten Dekaden liegen wesentlich in den unterschiedlichen Politiken dieser Staaten, deren Wirkungen aber von Globalisierung verstärkt wurden. Denn in dem Maß, in dem Kapital und Produktion global mobil wurden, vergrößerten sich die Anreize für eine „gute Politik“ in Form von Zuflüssen globaler Ressourcen, aber auch die Kosten für eine „schlechte Politik“... Bei einer anderen Politik hätten nicht nur einige asiatische und lateinamerikanische NICs [Newly Industrializing Countries] von „Globalisierung“ profitiert, sondern auch afrikanische und südasiatische Länder. Ausnahmen wie Uganda und Ghana bestätigen, dass potenziell jedes Land die Chancen des Weltmarktes nutzen kann – wenn es die „richtige Politik“ betreibt. Vergleicht man den Kurs der

jenigen Entwicklungsländer, die in den letzten Jahren ökonomisch erfolgreich waren, mit der Politik der wenig erfolgreichen, so ergibt sich ein eindeutiges Bild: Entwicklungsfortschritte machten Staaten, die auf Stabilität setzten, die weitgehende Offenheit praktizierten, wenig Staatsinterventionismus ausübten, Rechtssicherheit aufwiesen und die Betriebe, die Gewinne nur auf Grund staatlicher Privilegien erzielten (rent-seeker), zurückdrängen konnten sowie in Ausbildung investierten. Dabei ist wichtig, dass eine dieser Maßnahmen für sich genommen nicht ausreicht, um Wachstum zu erreichen: Positive Wirkungen ergeben sich nur, wenn alle Maßnahmen der „good governance“ (gute Regierungsführung) zusammenkommen. Ebenfalls ist zu berücksichtigen, dass Entwicklungsfortschritte, gemessen am gesamtwirtschaftlichen Wachstum oder dem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen, noch nichts über die interne Verteilung dieser Erfolge aussagen. Auf Grund der oftmals sehr ungleichen Verteilungsstrukturen in Entwicklungsländern kann die Bevölkerungsmehrheit selbst dann in Armut verbleiben, wenn das Pro-Kopf-Einkommen insgesamt zunimmt.

Quelle: St. A. Schirm, Globalisierung – eine Chance für Entwicklungsländer? In: Globalisierung. Informationen zur politischen Bildung 263/1999, S. 27 f.

Aufgaben

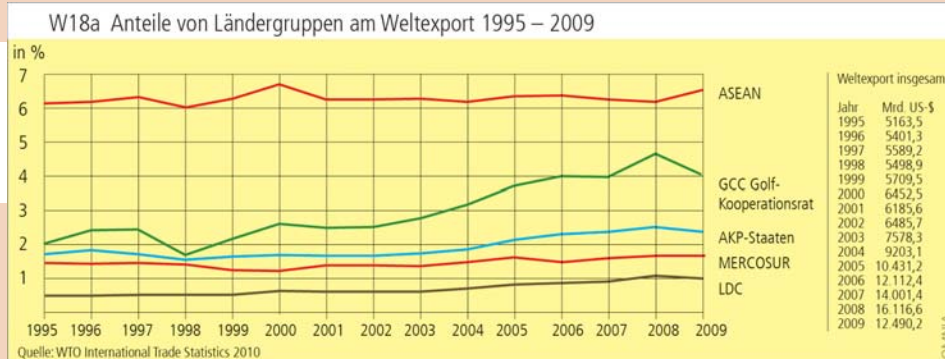
1. Beschreiben Sie die langfristigen Trends „Arbeitsteilung“ und „Strukturwandel“ und erläutern Sie deren Auswirkungen auf die menschliche Arbeit. Versuchen Sie, bei den Auswirkungen Unterschiede zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern herauszuarbeiten.
2. Eine wachsende Arbeitsproduktivität hat unterschiedliche Wirkungen. Beschreiben Sie Vor- und Nachteile einer wachsenden Arbeitsproduktivität. Versuchen Sie, dabei zu unterscheiden zwischen Wirkungen für den Einzelnen, für den Betrieb und für die Volkswirtschaft.
3. Erläutern sie, gegebenenfalls mit Hilfe von Beispielen, warum internationale Arbeitsteilung für alle Beteiligten Vorteile bringen kann. Nennen Sie jedoch auch einige Nachteile internationaler Arbeitsteilung.
4. Weisen Sie mit Hilfe eines Zahlenbeispiels nach, dass ein steigender Wechselkurs Importgüter verbilligt und Exportgüter verteuert und dass ein sinkender Wechselkurs Importgüter verteuert und Exportgüter verbilligt.
5. Erläutern Sie, warum eines der wirtschaftspolitischen Ziele „Außenwirtschaftliches Gleichgewicht“ heißt und nicht „möglichst hohe außenwirtschaftliche Überschüsse“.
6. Nennen Sie einige Gründe für die wirtschaftliche Unterentwicklung der „Entwicklungs“länder.
7. Begründen Sie, warum internationale Vergleiche nicht ohne weiteres möglich sind. Erläutern Sie zwei Kennziffern, mit deren Hilfe solche Vergleiche aussagefähiger gemacht werden sollen.

W18 Terms of Trade

Jahr	alle IL	alle EL	Ölexport-teure	EL ohne Ölexport-teure
2003	1,1	0,9	3,5	-0,1
2004	-0,4	2,7	11,5	-0,4
2005	-1,8	5,7	22,5	-0,6
2006	-1,3	3,4	9,2	0,5
2007	0,5	0,5	2,8	-0,5
2008	-2,4	3,3	15,7	-1,6
2009	4,0	-5,4	-22,3	2,3
2010	-1,2	-0,6	8,0	-4,3

Quelle: IWF, World Economic Outlook

W18a Anteile von Ländergruppen am Weltexport 1995–2009



Quelle: WTO International Trade Statistics 2010

Jahr	Mrd. US-\$
1995	5163,5
1996	5401,3
1997	5589,2
1998	5498,9
1999	5709,5
2000	6452,5
2001	6185,6
2002	6485,7
2003	7578,3
2004	9203,1
2005	10 431,2
2006	12 112,4
2007	14 001,4
2008	16 116,6
2009	12 490,2

OM/11/A

„Was die Weltwirtschaft angeht, so ist sie verflochten.“

Kurt Tucholsky: Kurzer Abriss der Nationalökonomie, 1931

Merkmale der weltwirtschaftlichen Entwicklung

Hervorstechendes Merkmal der weltwirtschaftlichen Entwicklung ist ihre als „Globalisierung“ bezeichnete enge Vernetzung.

Globalisierung

Unter **Globalisierung** versteht man den Prozess der zunehmenden internationalen Verflechtung in Wirtschaft, Politik und Kultur. Auf wirtschaftlichem Gebiet äußert sich die Globalisierung vor allem in einer zunehmenden internationalen Verflechtung der Handels-, Produktions- und Finanzmarktbeziehungen. Bei diesem Prozess handelt es sich um eine langfristige Entwicklung, deren Ausmaß und Geschwindigkeit in den letzten Jahrzehnten jedoch rasant zugenommen haben (W19).

Wesentliche Ursachen der wirtschaftlichen Globalisierung sind die Entwicklung neuer Informations- und Kommunikationstechniken (Computer, Internet, Handy, Satelliten), Entwicklung und Ausbau leistungsfähiger und kostengünstiger Transportsysteme („**Container-Revolution**“) (W22) sowie die Liberalisierung des Welt Handels durch Abbau von Zöllen und Handelsbeschränkungen. Die Grenzen von Zeit und Raum gelten nicht mehr; die eine Welt ist zusammengewachsen (ausführlicher S. 12 ff.: Dynamik und Ambivalenz des globalen Wandels).

Die Stärke der Einbindung einer Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft wird als „**Offenheitsgrad**“ bzw. als **Marktoffenheit** bezeichnet. Diese Kennziffer drückt die Höhe des Außenhandels (Exporte + Importe) im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt aus (seltener zum Bruttonational-einkommen):

$$\text{Offenheitsgrad} = \frac{\text{Exporte} + \text{Importe}}{\text{Bruttoinlandsprodukt}} \times 100$$

Ein Vergleich der Offenheitsgrade verschiedener Länder macht deutlich, dass die Trennlinie keineswegs zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern verläuft. Es gibt sowohl unter den Industrie- als auch den Entwicklungsländern Staaten mit einer hohen und mit einer weniger hohen Marktoffenheit (W21). Der Offenheitsgrad gibt also nicht in erster Linie Auskunft über den Entwicklungsstand eines Landes, sondern über seine Öffnung für den Weltmarkt, aber auch über seine Abhängigkeit vom Weltmarkt.

Die globale Vernetzung der Wirtschaft zeigt sich in der Internationalisierung von Produktion, Handel, Kapitalmärkten, Standortentscheidungen und Arbeitsmärkten. Die **Internationalisierung von Produktion und Handel** führt zunehmend zu globalen Wertschöpfungsketten. Als Wertschöpfungskette wird der Weg eines Produktes vom Rohstoff bis zum Endprodukt bezeichnet. Unternehmen produzieren weltweit oder kaufen Rohstoffe, Vorprodukte und Halbfertigprodukte weltweit ein und fügen sie zum Endprodukt zusammen (**Produktionsverflechtung**) (W24). Auch Unternehmensdienstleistungen werden oft in anderen Ländern erbracht; so verlagern beispielsweise etliche Firmen ihre Datenverarbeitung, ihre Buchhaltung und andere Dienstleistungsbereiche nach Indien oder in andere Länder, in denen diese Arbeiten preiswerter, aber inzwischen ebenso gut durchgeführt werden können wie im Inland („**offshoring**“). **Multinationale Konzerne** verfügen über Produktionsstätten in vielen Ländern dieser Erde. Der internationale Handel beruht heute zu einem nicht unwesentlichen Teil auf dem

Güteraustausch zwischen international verstreuten Teilen ein und desselben Unternehmens. So geht inzwischen ca. die Hälfte aller US-Importe aus Deutschland auf das Konto firmeninterner Einkäufe von in den USA angesiedelten Töchtern deutscher Unternehmen (W23). In den Exportgütern eines Landes befinden sich auf diese Weise zunehmend Anteile, die nicht mehr im Inland gefertigt wurden, sondern vom Ausland bezogen und lediglich in das Endprodukt eingefügt wurden („**Basar-Ökonomie**“).

Besonders weit fortgeschritten ist die **Internationalisierung der Kapitalmärkte**. Das hat natürlich auch mit dem leichten und schnellen Transport, der Transferierbarkeit von Geld zu tun. Seit weltweit kaum noch Kapitalverkehrsbeschränkungen existieren, können Anleger minutenschnell ihr Geld international umschichten oder in verschiedenen Währungen anlegen. Täglich fließen gewaltige Summen um den Globus. Ziel ist es, Zins- und Wechselkursunterschiede (**Arbitrage**) zwischen verschiedenen Währungsräumen gewinnbringend zu nutzen. Im Jahr 2005 lagen die Umsätze an den Devisenmärkten bei schier unvorstellbaren 1 880 Mrd. US-Dollar – pro Tag! Die Umsätze an den Devisenmärkten entsprechen damit dem 42fachen des Welthandels. Annähernd 90 Prozent dieser Devisentransaktionen sind nicht durch realwirtschaftliche Geschäfte bedingt, sondern beruhen auf Spekulationen über Wechselkursschwankungen, deren Ausnutzung angesichts der hohen Summen erhebliche Renditen verspricht.

Die zunehmende **Internationalisierung von Unternehmen** ist oft mit

Standortentscheidungen verbunden (W9). Multinationale Unternehmen, die so genannten **Global-Players** oder **Welt-AGs**, operieren nicht nur weltweit, sie produzieren auch weltweit in eigenen Produktionsstätten. So ist beispielsweise die Firma Siemens in über 190 Ländern dieser Erde mit Produktionsstätten, Forschungs- und Entwicklungsstandorten sowie Vertriebsstätten vertreten (Kasten rechts). In vielen multinationalen Unternehmen ist inzwischen die Beschäftigtenzahl im Ausland größer als im Inland.

Weltweit operierende Unternehmen unterliegen keiner wirksamen gesellschaftlichen Kontrolle. Sie können sich – zumindest teilweise – gewerkschaftlichen Einflüssen, nationalen Steuergesetzen, Umweltauflagen, Mitbestimmungsregelungen u. a. entziehen. Durch internationale Streuung der Aktien und sonstiger Beteiligungen sind die Eigentumsverhältnisse in der Regel ebenfalls international.

Das Hauptinstrument internationaler Unternehmenstätigkeit sind **Direktinvestitionen**. Dahinter verbergen sich grenzüberschreitende Engagements, Firmenübernahmen oder -zusammenschlüsse. Nach Angaben der UNCTAD belief sich der weltweite Bestand an Direktinvestitionen im Jahr 2005 auf rund 10 Billionen (10000 Milliarden) US-Dollar; 90 Prozent davon stammen aus Industrieländern. Beweggründe für Direktinvestitionen sind die gleichen, die auch für die Internationale Arbeitsteilung allgemein gelten: Erschließung neuer Märkte, Nähe zu Absatzmär-

Siemens-AG: Ein Global-Player

- Firmensitz in Berlin und München.
- Weltweit rund 600 Fertigungsstätten,
- Standorte für Forschung und Entwicklung sowie Vertrieb in über 190 Ländern.
- Rund 80 Prozent des Umsatzes werden im Ausland erzielt.
- 461 000 Mitarbeiter, davon 64 Prozent im Ausland.
- 900 000 Aktionäre; gut 55 Prozent des Aktienkapitals werden außerhalb Deutschlands gehalten.

ten und Produktionskostenvorteile an anderen Standorten.

Im Jahre 2005 wurden über 916 Milliarden Euro grenzüberschreitend investiert; 60 Prozent davon entfielen auf Industrieländern wie China, Hongkong, Taiwan, Singapur, Südkorea, Mexiko, Südafrika und Russland treten jedoch inzwischen häufiger als multinationale Akteure in Erscheinung; im Gegenzug können diese Länder, allen voran China, Indien und mittel- und osteuropäische Länder einen beträchtlichen Anteil der Direktinvestitionen auf sich ziehen (W25, W34).

Auch die **Internationalisierung der Arbeitsmärkte** schreitet voran. Nationale Regulierungen sowie kulturelle und sprachliche Barrieren behindern jedoch das Zusammenwachsen der Arbeitsmärkte. Allerdings sind die Anforderungen an die Mobilität von Arbeitskräften angesichts der hohen Mobilität anderer Standortfaktoren nicht so groß. Kapital kann heute

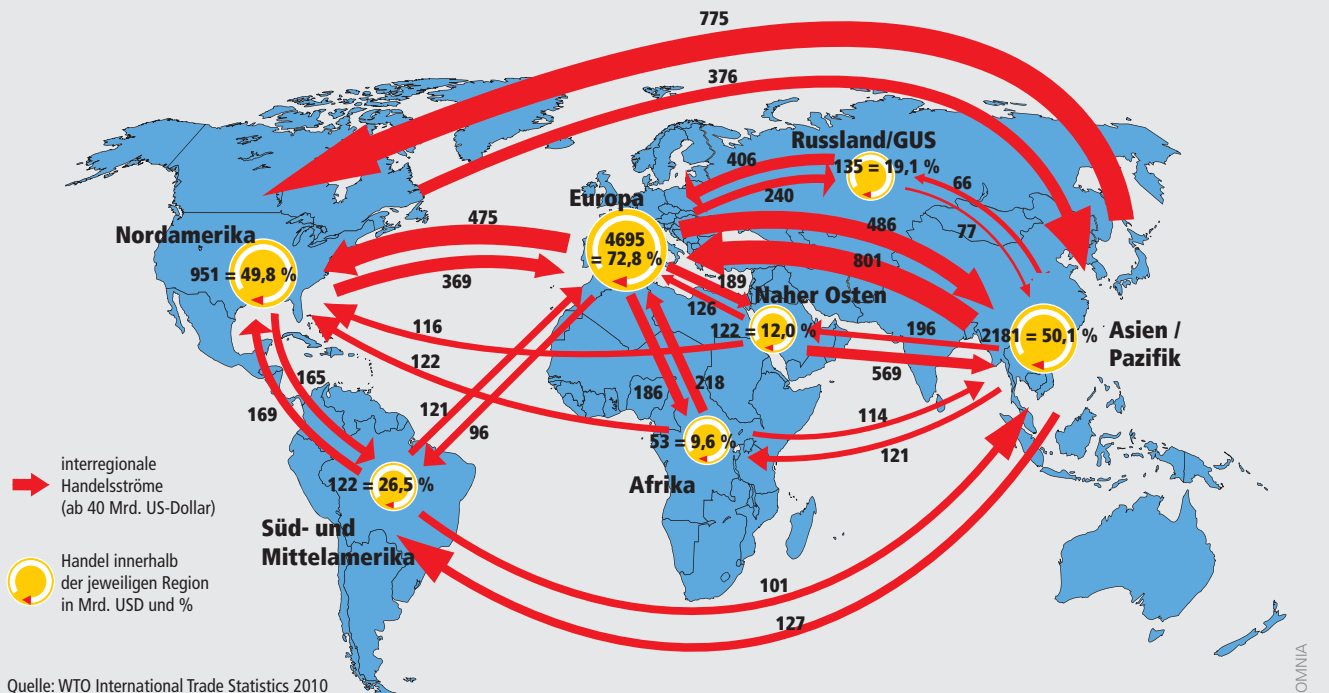
praktisch innerhalb von Sekunden weltweit eingesetzt werden. Vor allem große, zunehmend aber auch kleine und mittlere Unternehmen überlegen heute, ob sie ihre Produktion nicht dort stattfinden lassen, wo günstige Arbeitsmarktverhältnisse bestehen. Wenn die Produktion zu den Arbeitskräften wandert, müssen nicht die Arbeitskräfte zur Produktion wandern. Multinationale Unternehmen nutzen auf diese Weise nicht nur weltweit Vorteile bestimmter Absatz- und Arbeitsmärkte, sie können dadurch auch nationalen Tarifvereinbarungen, Steuersätzen, Arbeitnehmerschutzregelungen, Sozial- und Umweltstandards ausweichen; „**Steuerdumping**“ und „**Sozialdumping**“ sind häufig benutzte Charakterisierungen für diese Situation.

Regionalisierung

Parallel zur Globalisierung finden auch Prozesse der **Regionalisierung** statt (W28). Zum einen lassen sich Verdichtungen durch Konzentration wirtschaftlicher Aktivitäten zwischen Regionen (interregional), zum anderen verstärkt innerhalb von Regionen (intraregional) beobachten. Weltwirtschaftliche Schwerpunktregionen (**Clusterbildung**) sind die Großräume Europa, Nordamerika und Asien/Pazifik. Sie bestreiten 80 Prozent des gesamten Welt Handels, wobei ein intensiver Handel sowohl innerhalb der Regionen als auch zwischen den Regionen stattfindet (s. Weltkarte unten).

Globale Handelsströme

Inter- und intraregionaler Warenhandel 2008 in Milliarden US-Dollar





Chinas wachsende Industrie braucht Erdöl. Auf der Suche nach neuen Quellen sind Chinesen in Afrika fündig geworden: Sie bieten dem Sudan den Bau einer neuen Raffinerie an. Bild: Treffen des chinesischen Präsidenten Hu Jintao (rechts) mit Omar al-Baschir, dem Präsidenten des Sudan, in Khartum (auch Bild S. 64).

Die Entwicklungsländer haben an der weltwirtschaftlichen Entwicklung nur einen begrenzten Anteil. Während Lateinamerika in den letzten Jahren etwas aufholen konnte, ist Afrika weiter zurückgefallen. Das gilt insbesondere für die Länder südlich der Sahara. Die fehlende regionale Vernetzung von Wirtschaft und Verkehr und interne Strukturprobleme (z. B. Korruption, ausgebliebene Agrarreformen, Bürgerkriege, zwischenstaatliche Spannungen) verhindern eine den Handelsblöcken vergleichbare Regionalisierung. Darüber hinaus fehlt ihnen wegen wirtschaftlicher Unterentwicklung, hoher Auslandsverschuldung und starken Bevölkerungswachstums eine ausreichende Kapital- und Finanzierungsbasis; sie sind deswegen von den modernen technologie- und kapitalintensiven Entwicklungen der Weltwirtschaft weitgehend ausgeschlossen. Ansätze zur regionalen Kooperation von Entwicklungsländern untereinander (z. B. MERCOSUR) bzw. von Industrieländern mit Entwicklungsländern (z. B. NAFTA) zeigen jedoch erste Erfolge. Auch im Osten bzw. Südosten Afrikas bahnen sich unter Einbeziehung des höher entwickelten Südafrika verheißungsvolle Süd-Süd-Kooperationsansätze an (SADC) (Weltkarte S. 5).

Gewichtverlagerungen

In engem Zusammenhang mit der Regionalisierung stehen regionale **Gewichtverlagerungen**. Die südostasiatischen

Länder und China bilden heute eine der dynamischsten Regionen der Weltwirtschaft. Besonders auffallend sind die Entwicklungen in China und Indien (A7–A9, A23). Allein der chinesische Außenhandel ist seit den neunziger Jahren mehr als doppelt so schnell gewachsen wie der weltweite Handel insgesamt. Frühere Entwicklungsländer (z. B. Südkorea, Taiwan, Singapur, Malaysia) haben den Sprung in die Gruppe der Industrieländer geschafft (**Newly Industrializing Countries NIC**). Andere haben als so genannte **Schwellenländer** den Pfad der industriellen Entwicklung beschritten (z. B. Chile, Mexiko, Südafrika, Thailand).

Viele Entwicklungsländer haben es jedoch nach der Unabhängigkeit nicht vermocht, die Rolle als Rohstofflieferanten zu überwinden und ihre Wirtschaft auf eine breitere Basis zu stellen; sie sind „Entwicklungsländer“ im traditionellen Sinne geblieben (z. B. Ghana, Kenia, Madagaskar, Guatemala, Bolivien, Ecuador). Die 50 ärmsten dieser so genannten „Entwicklungsländer“ bilden die Gruppe der **Least Developed Countries** (LDC oder LLDC, am wenigsten entwickelte Länder).

Sie haben eine auf niedrigem wirtschaftlichem Niveau stagnierende Entwicklung oder gar einen negativen Entwicklungstrend. Ihr durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen pro Jahr liegt unter 750 US-Dollar (z. B. Äthiopien, Tschad, Mali, Tansania, Nepal).

(Liste der Entwicklungsländer S. 58)

Dienstleistungen und Informationen statt Waren

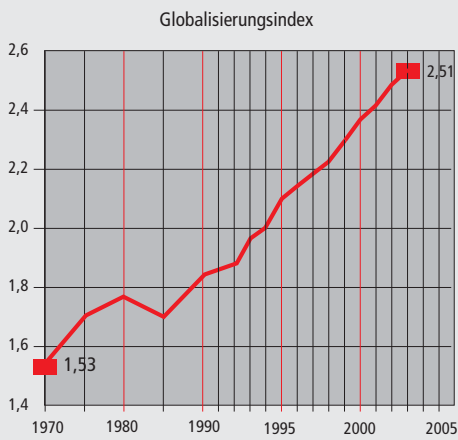
Ein weiteres Merkmal der weltwirtschaftlichen Entwicklung ist die zunehmende Bedeutung der Dienstleistungen und ein entsprechender Bedeutungsrückgang des industriellen Sektors (W26, W27). **Dienstleistungen** sind die Güter, bei denen die Arbeitsleistung von Menschen im Vordergrund steht (Tätigkeiten von Ärzten, Rechtsanwälten, Programmierern, Pflegekräften usw.). Während der Anteil der Industrie an der globalen Wirtschaftsleistung von 1980 bis 2004 von 38 auf 28 Prozent fiel, nahm der Anteil der Dienstleistungen an der Weltwirtschaftsleistung im gleichen Zeitraum von 56 auf 68 Prozent zu. In dieser Verschiebung zeigt sich der weltweite **Strukturwandel** von Industriegesellschaften zu Dienstleistungsgesellschaften (W1).

Im Welthandel ist die Veränderung weniger deutlich zu spüren als in der Weltproduktion. Der Anteil der Dienstleistungen an den globalen Exporten stieg von 1980 bis 2005 lediglich von 15,2 auf 19,2 Prozent (W27, W29, W30). Die geringere Rolle der Dienstleistungen im internationalen Gütertausch ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die an Personen gebundenen Leistungen oftmals für den Export nicht geeignet sind.

Auch sprachliche und kulturelle Gründe stellen eine erhebliche Hürde für den grenzüberschreitenden Dienstleistungsaustausch dar. Ein vergleichsweise intensiver Austausch findet im (weltweit englischsprachigen) Bereich der Datenverarbeitung statt; hiervon profitieren vor allem Schwellenländer mit entsprechend ausgebildeten Arbeitskräften. Nach wie vor bestehen auch zahlreiche Restriktionen, die den Dienstleistungsaustausch behindern. Im Interesse einer Liberalisierung dieses Bereichs hat das GATT, die Vorläuferorganisation der WTO, bereits 1994 zum Abschluss der so genannten Uruguay-Runde das GATS (General Agreement on Trade and Services = Allgemeines Abkommen über Handel und Dienstleistungen) beschlossen.

Die Teilnahme am internationalen Informationsaustausch, für den das Internet das augenfälligste Beispiel ist, ist heute zu einem bedeutsamen wirtschaftlichen Faktor geworden. Hier hinken die Entwicklungsländer den Industrieländern noch weit hinterher; vor allem fehlt es an der notwendigen Hardware und der Infrastruktur (W31).

W19 Die Globalisierung nimmt zu



Der Globalisierungsindex wird aus 23 Einzelindikatoren von mehr als 120 Staaten ermittelt. Dazu zählen ökonomische Daten wie Intensität der Handels- und Investitionsströme oder Handelsbeschränkungen, soziale Indikatoren wie Entwicklung des weltweiten Telefon- und Internetverkehrs sowie politische Faktoren wie Mitgliedschaft in internationalen Organisationen oder Teilnahme an Missionen des UN-Sicherheitsrates. Die Skala reicht von 0 bis 10: Ein höherer Wert bedeutet mehr Welt-offenheit aller Staaten und damit mehr Globalisierung. Der Index wurde von der Konjunkturforschungsstelle der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich ermittelt.

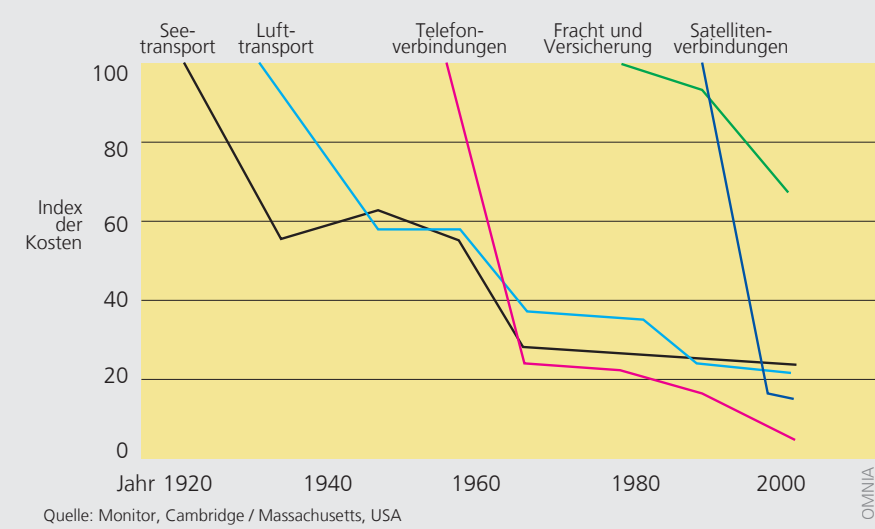
Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)

W20 Globalisierung pur

Wenn wir von Globalisierung sprechen, denken wir an einen Finanzkapitalismus, der nach grenzenlosem Gewinn strebt, sich nicht mehr in einer Kultur des Maßes gebunden weiß, um der Rendite willen jede Erwerbsquelle akzeptiert, die Verantwortung des Eigentümers für die Nutzung und Wirkung seiner Kapitalmacht ausblendet und nur nach der Höhe des Ertrages pro Quartal oder pro Jahr fragt. Ob ein Fonds das Geld durch Produktion von Weizen oder von Waffen verdient, ist unerheblich; Ziel ist der Zuwachs an Ertrag. Das Gesetz dieser Globalisierung ist das Mehr, nie das Genuß.

Quelle: Paul Kirchhof, Globalisierung und christliche Botschaft. In: Rheinischer Merkur Nr. 50 / 2006 vom 14. 12. 2006, S. 10

W22 Kostensenkungen im Welthandel



Quelle: Monitor, Cambridge / Massachusetts, USA

Ein Beispiel für Kostensenkung: Das Laden und Entladen eines Schiffes kostete früher mit Schauerleuten (Hafenarbeitern) etwa 8 Euro pro Tonne, heute mit Containern und Kränen rund 40 Cent.

W21 Marktoffenheit

	1995	2000	2003
Welt	43,7	50,3	52,3
OECD-Staaten	38,0	43,5	42,2*
Ostasien/Pazifik	67,1	73,3	79,1
Lateinamerika	34,5	44,9	50,0
Arabische Staaten	59,5	58,8	62,4
Süd-asien	27,5	31,2	33,1
Subsahara-Afrika	62,9	69,6	70,5
Deutschland	47,8	67,0	67,9
Frankreich	43,9	55,4	50,5
Italien	50,9	56,1	50,8
Großbritannien	57,3	57,8	52,1
USA	23,6	25,9	23,2*
Japan	16,7	19,9	21,6
Brasilien	17,5	23,5	30,3
China	46,5	49,7	66,3
Indien	23,5	28,8	31,3
Mexiko	60,9	65,6	63,2
Südkorea	59,0	78,8	73,4

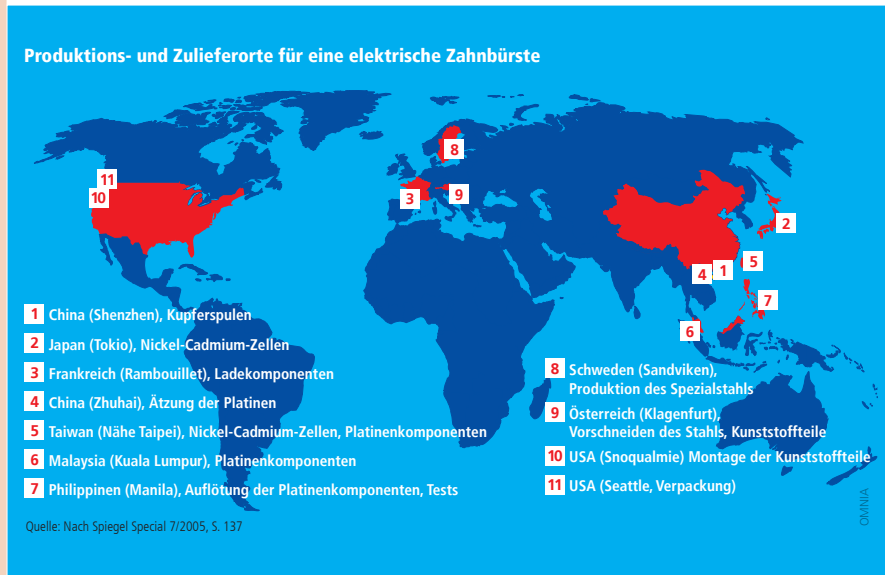
Quelle: Weltbank, World Development Indicators *2002

W23 Tochterfirmen statt Export

	Mrd. US-Dollar 2004
US-Umsatz von allen Töchtern ausländischer Unternehmen in den USA	2 521
Warenimporte der USA insgesamt	1 525
US-Umsatz von Töchtern deutscher Unternehmen in den USA	333
Warenimporte der USA aus Deutschland	79

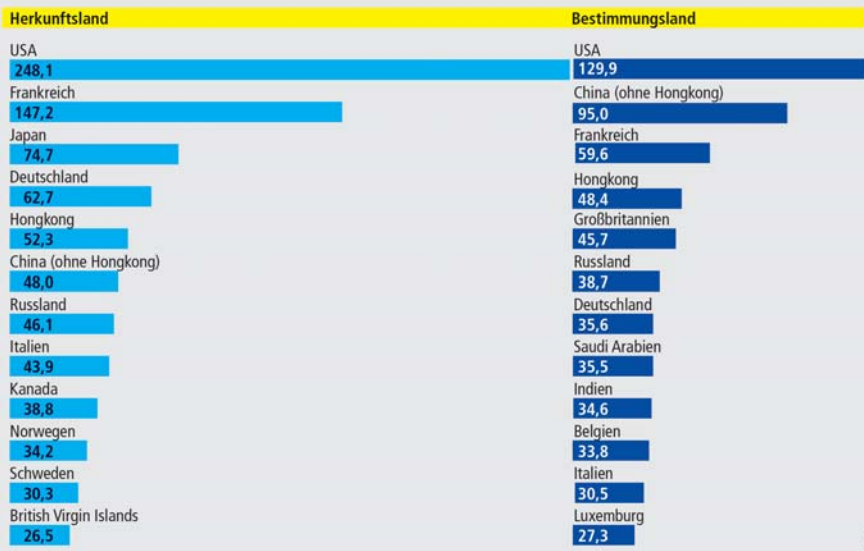
Quelle: OECD; US Census Bureau

W24 Produktionsverflechtung: Die globalisierte Zahnbürste



W25 Das globale Kapital

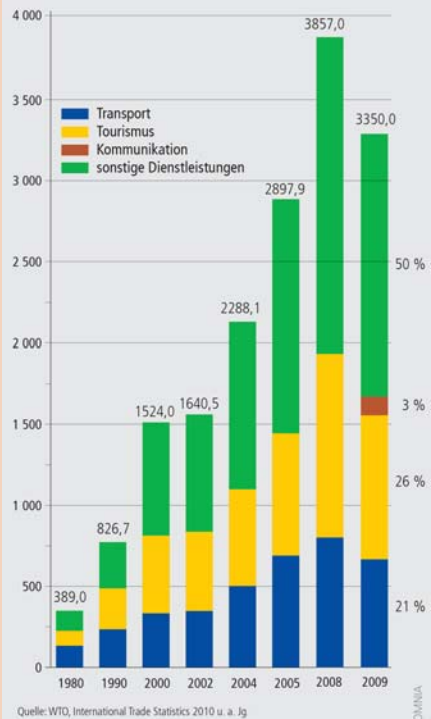
Ausländische Direktinvestitionen 2009 (in Milliarden US-Dollar) (vgl. auch W34)



Quelle: UNCTAD

W26 Dienstleistungen wachsen

Kommerzielle Dienstleistungen weltweit Export in Mrd. US-Dollar



Quelle: WTO, International Trade Statistics 2010 u. a. Jg.

W27 Welthandel nach Sektoren

Der Welthandel mit Dienstleistungen nimmt zu
Prozentualer Anteil der Wirtschaftssektoren am Weltexport

	1980	1985	1990	1995	2000	2005
Agrarprodukte	12,5	11,4	9,8	9,3	7,0	6,8
Industrieerzeugnisse	68,9	68,9	68,1	67,2	70,0	72,1
Sonstige Waren	3,5	3,4	3,7	4,9	4,3	1,9
Dienstleistungen	15,2	16,3	18,5	18,7	18,8	19,2
Anteile an den Dienstleistungen:						
Transportdienstleistungen	5,6	5,3	5,3	4,8	4,4	4,5
Tourismus	4,3	5,0	6,3	6,4	6,0	5,4
Übrige kommerzielle Dienstleistungen	5,3	6,0	6,9	7,5	8,4	9,2
Welthandel insgesamt in Milliarden Dollar	2.300,0	2.335,6	4.229,5	6.346,9	7.943,2	12.574,0

Quelle: iwd - Institut der deutschen Wirtschaft Köln

W28 Regionalisierungstendenzen in der Weltwirtschaft

In den 1990er Jahren [schreitet] die Regionalisierung der Weltwirtschaft in Europa, Nord- und Südamerika, in Afrika sowie dem asiatisch-pazifischen Becken weiter voran. Allein seit 1990 wurden über 35 Freihandelszonen und Zollunionen gebildet. Globalisierung und

Regionalisierung gehen also Hand in Hand. Die regionale Integration geht von den wettbewerbsstarken Ländern (Deutschland, Frankreich, USA, Japan) aus. Vor allem in ihren Regionen wächst in den 90er-Jahren der intraregionale Handel noch stärker als der Welthandel. >>>

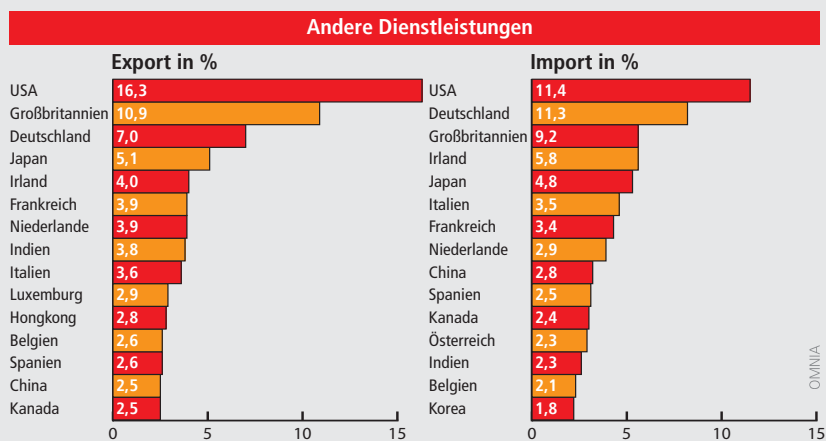
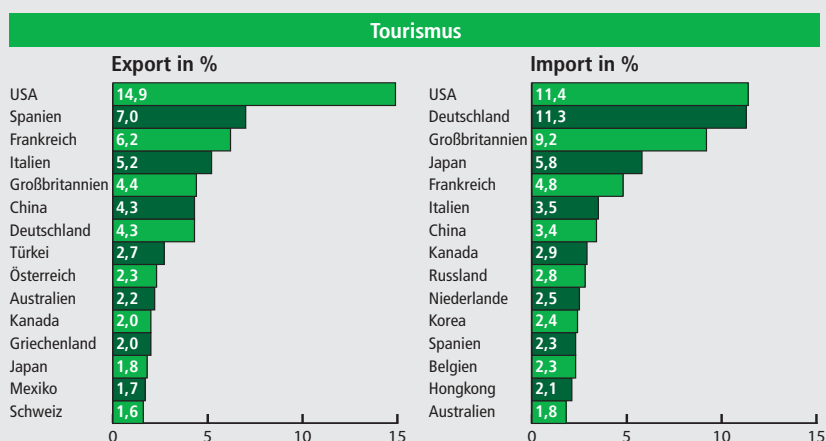
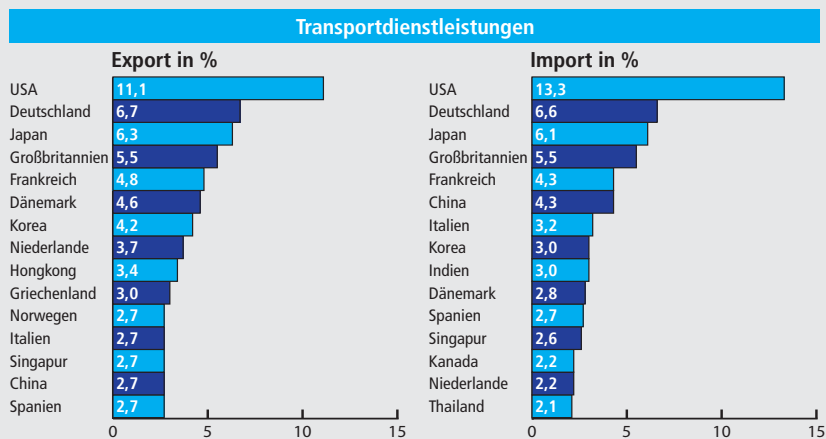
>>> Die wichtigsten neuen Integrationsprojekte sind:

- 1992 beschlossen die sechs ASEAN-Länder, bis 2008 eine Freihandelszone zu schaffen (ASEAN Free Trade Area: AFTA). Fernziel ist die Schaffung einer „ASEAN Economic Community“, die sich an dem Integrationskonzept der Europäischen Union orientiert.
- Die Staats- und Regierungschefs der APEC-Länder (Organisation für Asiatisch-Pazifische Wirtschaftskooperation: ASEAN-Staaten, China, Japan, Hongkong, Südkorea, Taiwan, Australien, Neuseeland, Kanada, USA) beschlossen 1995 die Einrichtung einer Freihandelszone und unbehinderte Investitionen bis 2010 bzw. 2020.
- Die Staats- und Regierungschefs aller amerikanischen Länder beschlossen 1994 die Schaffung einer – weit über NAFTA (USA, Kanada, Mexiko) hinaus reichenden – amerikanischen Freihandelszone bis zum Jahr 2005 (Free Trade Area of the Americas: FTAA).
- Im Süden Lateinamerikas formieren Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay seit Anfang der 90er-Jahre den MERCOSUR, der zu einer Zollunion entwickelt werden soll.
- Seit Anfang 1995 werden Vorschläge zur Schaffung einer transatlantischen Freihandelszone (Transatlantic Free Trade Area: TAFTA) bzw. eines transatlantischen Wirtschaftsraums diskutiert. [Vieles spricht] dafür, dass die Weltwirtschafts- und Handelsordnung am Anfang des 21. Jahrhunderts durch drei große regionale Kooperations- und Integrationsprojekte gekennzeichnet sein wird: Europäische Union, (erweiterte) NAFTA, asiatischer Wirtschaftsraum...

Quelle: Stiftung Entwicklung und Frieden, Globale Trends 1998, S. 157 f. (auch: Weltkarte S. 5)

W29 Export und Import von Dienstleistungen

Die führenden Länder im Welthandel mit Dienstleistungen



Quelle: OECD

W30 Umbruch im Welthandel

Die Struktur der internationalen Arbeitsteilung ist in der aktuellen Globalisierungsetappe weitreichenden Veränderungen unterworfen. Der „klassische“ Außenhandel mit Waren wird zunehmend durch den Handel mit Dienstleistungen ergänzt, der mit wachsender Produktkomplexität und -differenzierung immer wichtiger wird. Durch die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie, die in größerem Maße als bisher eine räumliche Trennung zwischen der Bereitstellung und dem Konsum von Dienstleistungen erlaubt, werden Dienstleistungen verstärkt international „handelbar“. Von 1980 bis 2002 ist der weltweite Dienstleistungshandel um mehr als das Vierfache gewachsen, nämlich von 364 auf 1538 Milliarden US-Dollar. Damit ist er deutlich stärker als der Weltwarenhandel angestiegen, der sich um mehr als das Dreifache erhöht hat, nämlich von 2034 auf 6424 Milliarden US-Dollar...

Je anspruchsvoller die zu vermarktenden Produkte sind, desto wichtiger wird es für ihren Absatz Erfolg fern der heimischen Basis, dass sich das Unternehmen vor Ort auch um Werbung, Beratung, Finanzierung, Versicherung, Anlieferung, Reparaturservice und Entsorgung kümmert...

Darüber hinaus bilden Dienstleistungen ... eine wichtige Voraussetzung für die Ausweitung internationaler Wertschöpfungsketten in und zwischen Unternehmen. Ganze Unternehmensfunktionen (wie Forschung und Entwicklung oder Produktion) und einzelne Unterfunktionen (wie Herstellung von Vorprodukten und Montage der Endprodukte) werden dabei in verschiedenen Ländern durchgeführt; die Wertschöpfungskette wird international „aufgespalten“. Derartige Produktions-, Leistungs- und Wissensverbünde (funktionale Netzwerke) sind ein wesentliches Strukturelement der „neuen“ internationalen Arbeitsteilung.

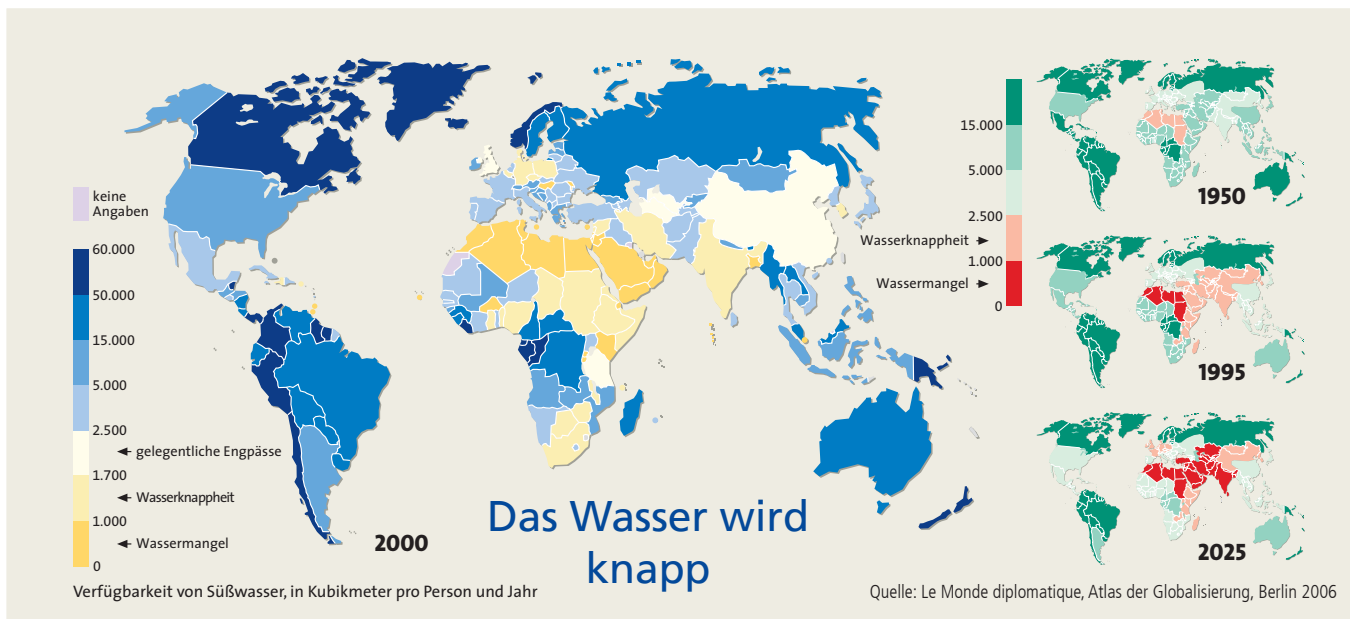
Quelle: G. Koopmann/F. Franzmeyer, Weltwirtschaft und internationale Arbeitsteilung. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Informationen zur politischen Bildung Nr. 280/2003

Aufgaben

- Beschreiben Sie möglichst knapp und präzise, was unter „Globalisierung“ verstanden wird und nennen Sie einige Ursachen für diese Entwicklung.
- Was sagt der „Offenheitsgrad“ einer Wirtschaft aus?
- Erläutern Sie, was als „internationale Wertschöpfungskette“ bezeichnet wird und erklären Sie die Bezeichnung „Basar-Ökonomie“.
- Nennen Sie mindestens drei Gründe, die Unternehmen dazu bewegen können, ihre Produktion ins Ausland zu verlagern.
- Worauf ist es zurückzuführen, dass der Dienstleistungsaustausch weniger stark gewachsen ist als die Dienstleistungsproduktion?
- Beschreiben Sie, wie sich strukturelle Veränderungen der Weltwirtschaft a) in Ihrem Lebensalltag, b) in Ihrer Gemeinde auswirken.

W31 Verbreitung von Kommunikationsmitteln (2004 pro 1000 Einwohner)

Region	Telefonanschlüsse	Mobiltelefone	Internetnutzer
OECD-Länder	491	714	484
Entwicklungsländer	122	175	64
Arabische Staaten	91	169	55
Subsahara-Afrika	..	77	19
Lateinamerika	179	319	115
Ostasien	199	262	91
Südasiens	35	42	29
Welt	190	276	138



Probleme der Weltwirtschaft

Zu den größten Problemen der Weltwirtschaft gehören ungleiche Verteilungen; das gilt für natürliche Ressourcen (Bodenschätze, Klima, Böden, Wasser usw.), aber auch für Einkommen, Kaufkraft, Kapital und zahlreiche andere wirtschaftliche Faktoren.

Ungleiche Verteilungen

Während auf die Entwicklungs- und Reformländer rund 85 Prozent der Bevölkerung entfallen, erbringen sie (nach Wechselkursen berechnet) nur etwa 22 Prozent der Weltwirtschaftsleistung und nur rund 25 Prozent der Weltexporte (W32).

Besonders augenfällig sind die Einkommensunterschiede. Während das jährliche Pro-Kopf-Einkommen in den fortgeschrittenen Industrieländern bei zum Teil deutlich über 30 000 US-Dollar liegt (berechnet nach Wechselkursen), erreicht es in den ärmsten Ländern der Welt nicht einmal 300 Dollar (W33). In den letzten Jahren hat sich weder das Einkommensgefälle zwischen reichen und armen Ländern verringert, noch waren den Bemühungen um eine Bekämpfung der **Massenarmut** bisher nennenswerte Erfolge beschieden (W47). Weltweit mussten 1990 1,25 Milliarden Menschen mit weniger als einem Dollar pro Tag auskommen (berechnet nach Wechselkursen), 2004 waren es noch über 980 Millionen (W47, G1, G4), die



Knappheit an Wasser wird eines der größten Probleme des 21. Jahrhunderts werden. Heute leiden 15 Länder der Erde unter Wassermangel, in 20 Jahren werden es über 40 sein.

meisten von ihnen leben in Südasien und in Afrika südlich der Sahara. Das auf dem Millenniumsgipfel im Jahre 2000 von fast 150 Staaten deklarierte (erste von acht) Millenniumsziel (S. 88) „Beseitigung der extremen Armut und des Hungers“ muss weiterhin als nicht erfüllt betrachtet werden. Nur in China, wo sich in den letzten Jahren ein enormer Aufschwung vollzogen hat, ist die Anzahl der Armen erheblich gesunken.

Auffallend ist auch die **Ungleichverteilung der Einkommen** – auch und gerade in Entwicklungsländern. Es scheint, als würden im Zuge der Globalisierung die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer. Während in Deutschland auf das reichste Zehntel der Bevölkerung 22 Prozent der Einkommen entfallen, sind es beispielsweise in Namibia 65 Prozent der Einkommen. Auch in mittel- und südamerikanischen Ländern besteht ein enormes Einkommensgefälle in der Bevölkerung (W35). Verbreitete Armut und Ungleichverteilung der Einkommen führen zu einem empfindlichen Verlust an Mas-

senkaufkraft in den Entwicklungsländern. Diese von den Ökonomen als „**Marktenge**“ bezeichnete Situation behindert den Aufbau einer heimischen Güterproduktion, die einerseits über Beschäftigung zusätzliche Einkommen schaffen und andererseits durch Güterexporte dringend benötigte Devisen ins Land holen könnte. Neben Kriegen ist vor allem die Armut im Heimatland ein Hauptgrund für Flucht und weltweite Migration (S. 96 ff.).

Der in Entwicklungsländern bestehende chronische **Kapitalmangel** könnte durch **Direktinvestitionen** aus entwickelten Ländern gemildert werden. Doch ähnlich wie beim Gütertausch findet auch beim Kapital ein Austausch vorwiegend zwischen den Industrieländern – und in Grenzen mit und zwischen Schwellenländern – statt. Entwicklungsländern fehlt dadurch nicht nur dringend benötigtes Investivkapital (W34). Da die multinationalen Unternehmen mit ihren Direktinvestitionen in aller Regel auch ihre fortgeschrittene Technik in die Gastgeberländer exportieren, entgeht den Entwicklungsländern auch der damit verbundene Transfer von Know-how (**Spillover-Effekt**). Der Kapitalmangel wird verschärft durch die in etlichen Entwicklungsländern, aber auch Schwellen- und Transformationsländern verbreitete **Kapitalflucht**; sie mindert die Steuereinnahmen der betroffenen Länder und erhöht deren Auslandsverschuldung. Die heimischen Eliten haben zuweilen in erster Linie ihren eigenen Vorteil im Auge und verlagern ihr Kapital in ausländische Steuer- oder Sicherheitsoasen, anstatt es im eigenen Lande zu investieren. Die Kapitalflucht aus Entwicklungsländern übersteigt die Mittel der Entwicklungszusammenarbeit. Staatliche Misswirtschaft, Prestigedenken und andere Gründe führen häufig zu einer nicht optimalen **Kapitalallokation**, d. h. Gelder werden nicht dort eingesetzt, wo sie im Interesse des Landes am dringendsten benötigt werden, und sie werden auch nicht mit dem höchstmöglichen Wirkungsgrad gemanagt.

Die Exportmöglichkeiten der Entwicklungsländer leiden aber nicht nur unter dem Mangel an eigenen weltmarktfähigen Produkten. Nach wie vor schotten die Industrieländer ihre Märkte gegenüber den Entwicklungsländern stark ab; sie tun dies zum einen durch **Zölle** und zum anderen durch hohe **Subventionierung** der eigenen Produktion. Dies gilt vor allem für Textilien und insbesondere für Agrarprodukte, auf deren Exporte viele Entwicklungsländer besonders angewiesen sind, weil dort rund zwei Drittel der Menschen



Entsorgung von Müll ist ein wachsendes Problem der Weltwirtschaft. Hier in Süchina warten Berge von Computerschrott, aus der ganzen Welt importiert, auf ihr Recycling.

von der Landwirtschaft leben. Sowohl in den USA als auch in der EU erreichen die Zölle (bzw. die zollähnlichen Abschöpfungen) auf Agrarprodukte ein Mehrfaches der Zölle für Industriegüter. Verstärkt werden die Importbarrieren durch massive Subventionen für die Landwirtschaft in Form von Finanzhilfen sowie Exportsubventionen, mit denen Butterberge und Milchseen auf dem Weltmarkt abgesetzt werden. Obwohl auf die Land- und Forstwirtschaft in den 27 EU-Ländern lediglich 2 Prozent der Wirtschaftsleistung und 5 Prozent der Arbeitsplätze entfallen, machen die jährlich rd. 50 Milliarden Euro Agrarsubventionen knapp die Hälfte des gesamten EU-Haushalts aus. Auf der im Dezember 2005 abgeschlossenen WTO-Handelskonferenz in Hongkong hat sich die EU verpflichtet, ihre Agrar-Exportsubventionen, die derzeit noch 3 Mrd. Euro im Jahr betragen, bis 2013 auslaufen zu lassen. Die USA haben zugesichert, die Exportkredite für ihre Farmer zu begrenzen.

Unkontrollierte weltweite Finanztransaktionen

Der im Zuge der Globalisierung technisch und administrativ weitgehend liberalisierte **Kapitalverkehr** birgt ein nicht unerhebliches Risiko für die Weltwirtschaft in sich. Neben den gigantischen Summen, die weltweit täglich an den Börsen fließen, bereitet insbesondere der hohe Anteil spekulativen Kapitals zunehmend Unbehagen. Hierzu gehören vor allem die seit den achtziger Jahren geschaffenen hochspekulativen **Derivate** und **Hedgefonds**. Die rund um den Globus vagabundierenden Finanzmittel können in der sensiblen weltwirtschaftlichen Architektur leicht zu

Instabilitäten der Finanzmärkte, im schlimmsten Falle zum Zusammenbruch von Unternehmen und ganzen Volkswirtschaften führen. Mitunter fließen riesige Geldströme in Länder, in denen sie vorübergehend einen hohen Gewinn versprechen, um dann bei einer Veränderung der Renditesituation eben so schnell wieder abgezogen zu werden. Insbesondere finanzschwache Länder sind durch diese Devisenspekulationen und dadurch möglicherweise hervorgerufene **Währungskrisen** gefährdet. (W36) Nicht zuletzt um dieser Gefahr entgegenzuwirken, werden in letzter Zeit Stimmen laut – von Politikern, Ökonomen und Nichtregierungsorganisationen –, diese Finanzströme einer internationalen Kontrolle zu unterwerfen. Unter anderem wird gefordert, durch eine Besteuerung reiner Finanztransaktionen, ähnlich wie sie der amerikanische Ökonom James Tobin verlangt, deren Umfang zu reduzieren.

Tobin-Steuer (Tobin Tax)

Bereits 1972 schlug der amerikanische Nationalökonom James Tobin eine Steuer auf internationale Devisengeschäfte vor. Er wollte damit kurzfristige Spekulation auf Währungsschwankungen eindämmen und erreichen, dass die Wechselkurse von Währungen stärker langfristige realwirtschaftliche Phänomene als kurzfristige spekulative Erwartungen widerspiegeln. In neuerer Zeit hat sich vor allem Attac die Forderung nach einer Regulierung der Finanzmärkte durch eine Devisenumsatzsteuer („currency transaction tax – ctt“) zu eigen gemacht.

Verschuldung

Vor allem die mangelnde Fähigkeit, Importgüter mit eigenen Exporten zu bezahlen, führt zu einer hohen Verschuldung insbesondere der Entwicklungsländer (W37, W38, W39). Die kontinuierlichen Importüberschüsse führen zu Zahlungsbilanzungleichgewichten, die die ärmeren Länder in eine inzwischen gigantisch hohe **Auslandsverschuldung** treiben. Aus eigener Kraft kann ein Entwicklungsland einer zunehmenden Auslandsverschuldung nur durch Einschränkung der Importe (mit den entsprechenden Folgen für die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern und der Unternehmen mit Investitionsgütern) und/oder durch eine Entwicklung seines Exportsektors entgegenwirken, was aber entsprechende Investitionen voraussetzt. Viele Entwicklungsländer befinden sich buchstäblich in einer **Schuldenfalle**: Mit den Schulden steigen naturgemäß auch die Verpflichtungen aus Zinsen und Tilgung. Die für den Kapitaleinsatz notwendigen Mittel fehlen dann wieder für den wirtschaftlichen Aufbau im eigenen Land. Während für die besonders armen Länder die Auslandsverschuldung – trotz Schuldenerlassen und Schuldenreduktion durch die Gläubigerländer – nach wie vor eines der größten wirtschaftlichen Probleme darstellt, haben die Schwellenländer im letzten Jahrzehnt ihre Schulden in fremder Währung zum Teil deutlich verringern können (W40, W41, W42, W44).

Gebremst wird der wirtschaftliche Aufbau in vielen Entwicklungsländern, und

gerade auch in den am wenigsten entwickelten, durch gravierende Probleme im politischen Steuerungs- und Regelungssystem (**Governance-Defizite**; Governance = Lenkung und Leitung eines Staates). Allgemeine Misswirtschaft, Korruption bis in höchste Regierungskreise, Bürgerkriege und Stammesfehden, Clan-Wirtschaft und andere hemmende Faktoren führen dazu, dass in zahlreichen Staaten nicht die von der Faktorausstattung her mögliche wirtschaftliche Entwicklung stattfindet. Dies gilt vor allem für die afrikanischen Länder südlich der Sahara, für einige Länder in Südasien und für etliche Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion.

Wasser- und Energieknappheit

Zu einem der größten Probleme des 21. Jahrhunderts dürfte sich die **Wasserknappheit** entwickeln. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) hat seinen „Bericht über die menschliche Entwicklung“ des Jahres 2006 ganz diesem Thema gewidmet. Im Jahre 2000 waren 15 Länder von Wasserknappheit massiv betroffen. Im Jahre 2025 wird Wasser voraussichtlich in 44 Ländern Mangelware sein (Weltkarte S. 47). Nach einer mittleren Projektion der Vereinten Nationen werden dann rund 2,9 Milliarden Menschen in Ländern mit Wasserknappheit leben. Die Verteilungskämpfe um sicheren Wasserzugang könnten zum größten Konflikttherd dieses Jahrhunderts werden. Die Wasserknappheit, genauer: der Mangel an Zugang zu ausreichendem und ein-

wandfreiem Wasser, hat zweifellos mehrere Ursachen. Die wachsende Bevölkerung, gerade auch in wasserarmen Gegenden, zunehmende Verstädterung, globaler Klimawandel, aber auch die mangelhafte Allokation des vorhandenen Wassers, fehlendes internationales Wassermanagement, Kriege und politische Konflikte haben dazu beigetragen. Nicht zuletzt sind aber auch durch die fortschreitende Industrialisierung und durch Entwicklungen im Agrarbereich Wasserverbrauch und Wasserverschmutzung enorm angestiegen. Vor allem in einigen Ländern Afrikas ist Trinkwasser ein Luxusgut. So haben in Somalia nur knapp 30 Prozent und in Äthiopien nur etwa 20 Prozent der Bevölkerung Zugang zu sauberem Wasser (W43, W45, W50).

Die Wasserknappheit wird begleitet von einer absehbaren **Energieknappheit**. Der durch die fortschreitende Industrialisierung und Zivilisierung von Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländern ständig steigende Energiebedarf kann zu Versorgungsengpässen führen, zumindest aber die Preise für Energieträger so ansteigen lassen, dass die ärmeren Länder kaum noch in der Lage sein werden, die für ihre Entwicklung benötigte Energie zu bezahlen.

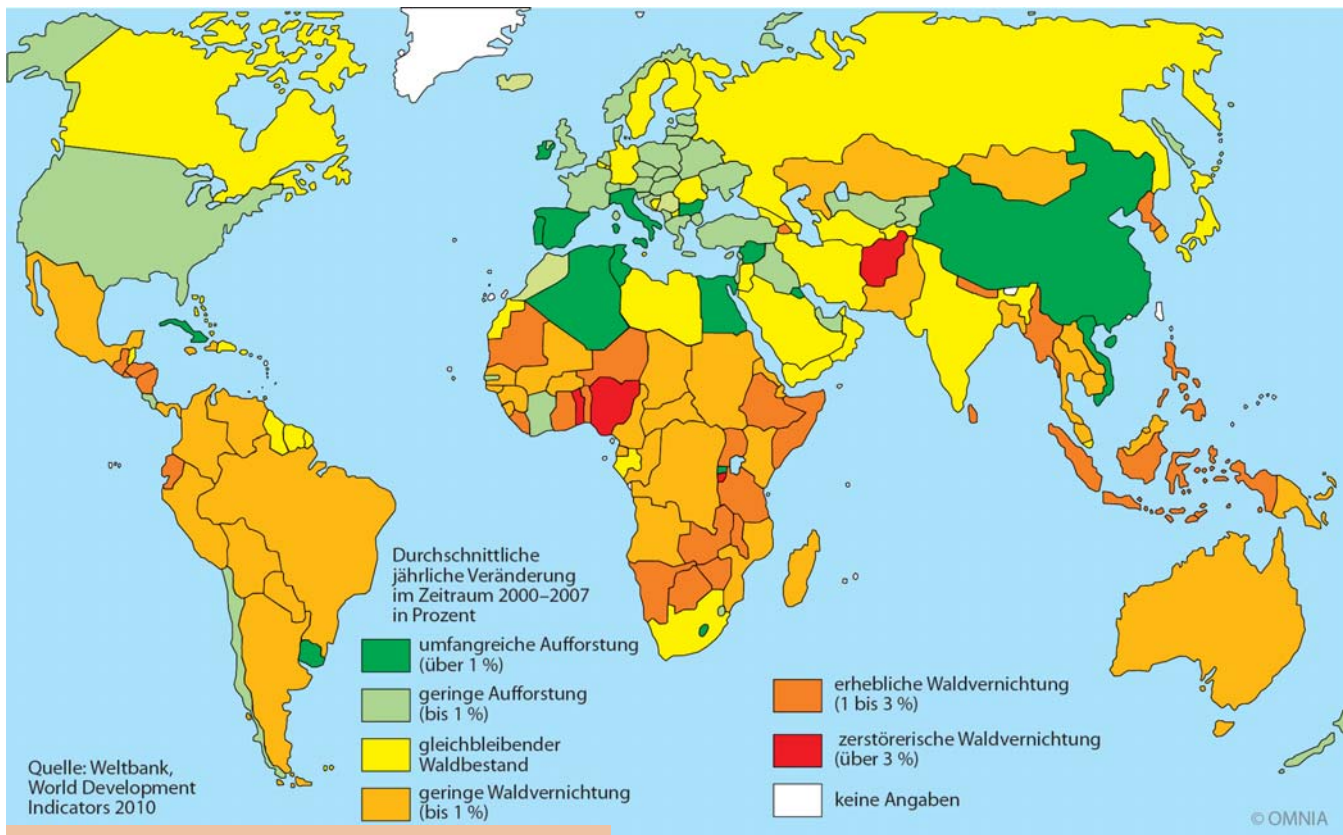
Wirtschaftlich bedingte Umweltprobleme

Die globale wirtschaftliche Entwicklung bleibt nicht ohne Folgen für die Umwelt; sie ist mehr denn je gefährdet, weil nahezu alle Länder über das ökologisch vertretbare Maß hinaus ihre natürlichen Ressourcen beanspruchen. Die drängendsten **Umweltprobleme** sind heute Klimaveränderungen, Bodenerosion und Desertifikation, Belastung der Weltmeere, Wasserknappheit und Verbrauch nicht erneuerbarer Rohstoffe. Diese Umweltprobleme sind zwar nicht ausschließlich, aber doch zu einem großen Teil Folge wirtschaftlicher Aktivitäten. Die Umwelt erfüllt zwei miteinander kaum vereinbare Funktionen: zum einen ist sie ein Wirtschaftsfaktor, der abgebaut, bebaut und durch zahlreiche Emissionen belastet wird, und zum anderen ist sie Grundlage menschlicher Existenz, die erhalten werden muss und in ihrer Qualität nicht wesentlich beeinträchtigt werden darf (Kapitel Umwelt, S. 134 ff.).

Dramatisch ist auch der Verlust an Ackerland. Innerhalb der nächsten zwanzig Jahre wird voraussichtlich die Anzahl der Länder, in denen nicht mehr genügend



Holz ist, wie Wasser, in vielen Regionen der Welt eine immer knapper werdende Ressource. Bild: Kinder aus einem Flüchtlingslager in der Nähe von Gulu, Uganda (Foto: 10. 5. 2007).



Abholzung und Aufforstung des Waldbestandes

Ackerland für die Ernährung der Bevölkerung zur Verfügung steht, von 20 auf 29 Länder zunehmen. Ähnlich ist die Situation beim Wald- und Baumbestand. Weltweit trägt die bedenkenlose Abholzung – insbesondere auch der Regenwälder – zum globalen Klimawandel bei (W48). In vielen der ärmsten Länder, in denen Holz oft die einzige Energiequelle ist, führt der steigende Bedarf an Brenn- und Bauholz bereits heute zu einer ernsthaften Versorgungskrise (Weltkarte S. 155).

Die Verwirklichung des Millenniums-Entwicklungsziels 7 („Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit“) erfordert eine wirtschaftliche Umweltethik, die zum einen Inanspruchnahme und Belastung der Umwelt auf das für die wirtschaftliche Entwicklung unbedingt notwendige Mindestmaß reduziert und sich zum anderen am Leitbild einer „nachhaltigen Entwicklung“ („sustainable development“) orientiert. Dieses Leitbild fordert von der Wirtschaftspolitik, aber auch vom wirtschaftlichen Handeln jedes Einzelnen, die natürlichen Ressourcen zu schonen und nachfolgenden Generationen gleiche Chancen für ihre Nutzung einzuräumen (S. 23 ff.). Nachhaltiger Umgang mit Rohstoffen, Eindämmung des Landschaftsverbrauchs, Reduzierung von Emissionen und Klimaschutz sind hierbei die wichtigsten Forderungen.

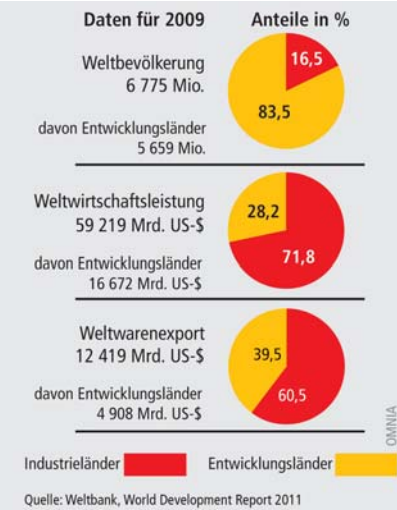
Globale Umweltprobleme wurden in der Vergangenheit hauptsächlich von den Industrieländern verursacht; inzwischen nehmen aber auch die Belastungen durch die NIC und Schwellenländer zu, zumal deren Industrien noch zum großen Teil mit älteren, wenig umweltfreundlichen Technologien ausgestattet sind. Nicht wenige Industrieunternehmen mit einem hohen Verbrauch an Umweltressourcen weichen auch den strengeren Auflagen in Industrieländern aus und verlagern diese Produktionen in Entwicklungsländer mit niedrigeren Umweltstandards.

Die Weltwirtschaft wächst zwar ungleichgewichtig, aber sie wächst. Die Industrieländer streben – aus verschiedenen Gründen – weiteres Wirtschaftswachstum an; Entwicklungs- und Schwellenländer können ihren Entwicklungsstand nur durch weiteres Wirtschaftswachstum verbessern. Auch die noch zunehmende internationale Arbeitsteilung und der zunehmende weltweite Güteraustausch führen zu ökologisch nachteiligen Folgen. Wenn wir Weihnachten frische Erdbeeren essen und Wein aus Neuseeland trinken, zahlt nicht zuletzt die Umwelt den Preis dafür (W49).

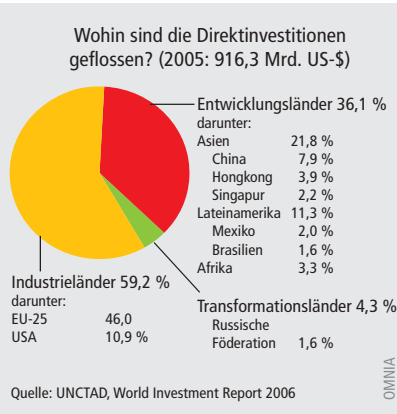
China versucht, der Wüstenbildung durch Aufforstung zu begegnen. Links: eine Baumpflanzaktion in der Provinz Hebei; rechts: in der Nähe eines Atomkraftwerkes.



W32 Ungleiche Verteilung



W34 Direktinvestitionen



W36 Ursachen von Finanzkrisen

Die Finanzkrisen der vergangenen Jahrzehnte – in Form der Schuldenkrise der 80er Jahre, der Währungskrisen in Europa zu Beginn der 90er Jahre, der Finanzkrisen in Mexiko, Asien, Russland, Brasilien, Argentinien, der Türkei oder ... in Japan – können nicht auf eine Ursache zurückgeführt werden. Bei genauem Hinsehen können nationale Fehlentwicklungen identifiziert werden. Doch diese sind in Zeiten der Globalisierung niemals unabhängig von der Entwicklung globaler Parameter wie Preisen (Terms of Trade), Wechselkursen und Zinsen. Auf diese Parameter können nationale Ökonomien, und hier insbesondere die kleineren, keinen oder nur einen höchst geringen Einfluss ausüben. Unter diesen Bedingungen bleibt nur die Option der wirtschaftspolitischen Anpassung und damit die Akzeptanz dessen, was Paul Krugman ... „the Impossible Trinity“ genannt hat: Bei voller Konvertibilität der Währung und freier Kapitalbewegung ist eine autonome Geld- und Fiskalpolitik nur bei frei schwankenden Wechselkursen möglich... Wenn aber der Wechselkurs gegen eine Ab- bzw. Aufwertung stabilisiert werden soll – wie es nicht zuletzt der IWF vielen Ländern der Dritten Welt in der ersten Hälfte der 90er Jahre nahegelegt hatte – muss die Geld- und Fiskalpolitik den externen Bedingungen angepasst werden. Die nationalstaat-

W33 Die Reichsten und die Ärmsten

Volkseinkommen pro Kopf in Kaufkraftparitäten zum US-Dollar 2009

Die 20 reichsten Länder der Erde



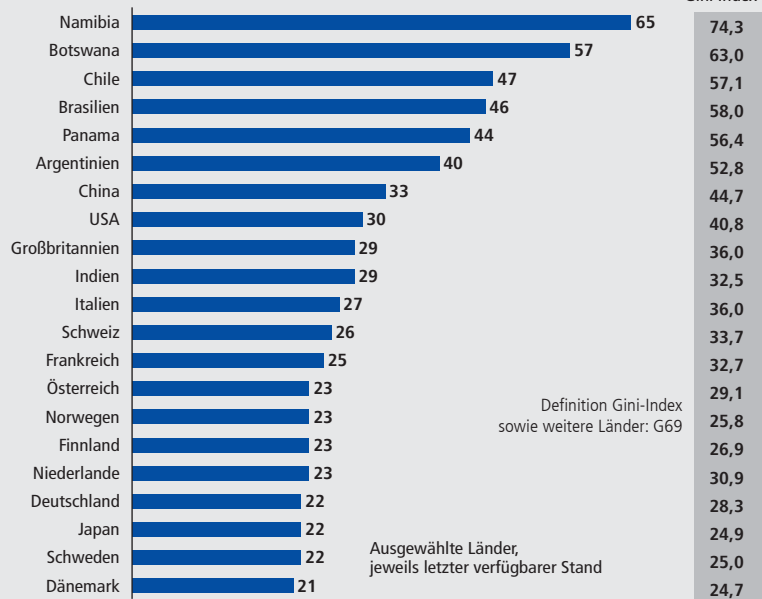
Die 20 ärmsten Länder der Erde



Quelle: Weltbank, Weltentwicklungsbericht 2011

W35 Der Reichtum der Reichen

So viel % der gesamten Einkünfte eines Landes entfallen auf das reichste Zehntel der Bevölkerung



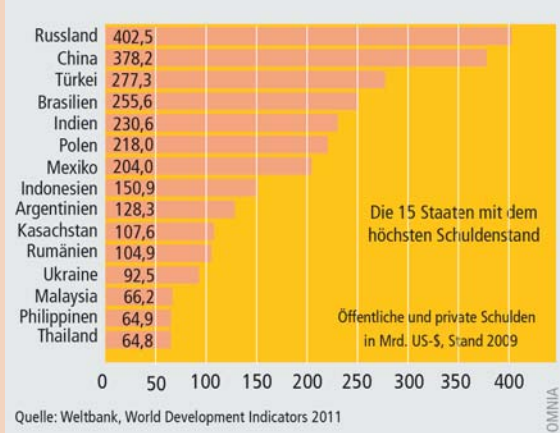
Quelle: UNDP, Bericht über die menschliche Entwicklung 2006

liche Wirtschaftspolitik verliert ihre Autonomie und mit ihr die Regierung ihre Souveränität gegenüber den Kapitalmärkten, es sei denn, die Kurse werden evtl. in regionalen Währungssystemen gegen die erratischen Schwankungen durch Koordination der Interventionen stabilisiert. Damit sind viele Probleme verbunden. Regierungen können nicht nur auf die Signale der Kapitalmärkte reagieren, sondern sie müssen soziale und politische Belange der Bevölkerung ernst nehmen – von langfristigen ökonomischen Projekten, die quer zu den kurzfristigen Erwartungen von Kapitalanlegern liegen können, ganz abgesehen. Der „Washington-Kon-

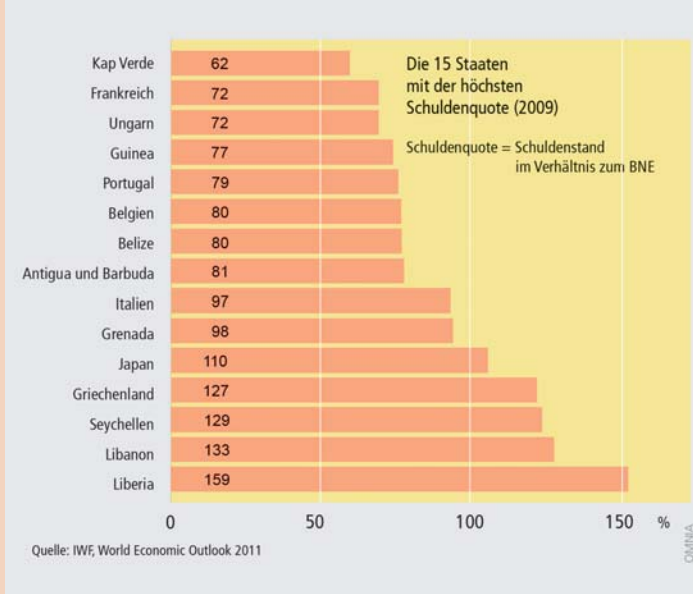
sens“ der internationalen Finanzmarkt-Institutionen (IWF und Weltbank) hat das Dilemma eindeutig zu Gunsten der Funktionserfordernisse von Finanzmärkten gelöst. Die Unterwerfung unter das Regelwerk des Washington-Konsens hat jedoch nicht dazu geführt, dass Finanzkrisen hätten vermieden werden können. Daher wird nun auch den sozialen und ökologischen Belangen in einem „Post-Washington-Konsens“ Rechnung getragen.

Quelle: Deutscher Bundestag (Hg.): Schlussbericht der Enquete-Kommission Globalisierung der Weltwirtschaft. Opladen 2002, S. 73 f. Washington-Konsens W55, S. 60

W37 Schuldenlast...



W38 ...und Schuldenquote



W39 Entwicklung des Schuldenstands

	Gesamte Auslandsschulden (in Mrd. US-\$)			
	1980	1990	2000	2008
Afrika südl. der Sahara	60,6	176,9	211,3	195,7
Ostasien und Pazifik	89,5	234,1	500,7	771,6
Südasien	38,1	124,4	156,2	326,3
Naher Osten und Nordafrika	83,9	139,6	144,6	131,5
Lateinamerika u. Karibik	253,3	444,9	755,1	894,4
Europa und Zentralasien	57,2	217,2	510,8	1 399,0
Zusammen	586,7	1 337,1	2 282,6	3 718,5

Quellen: Weltbank: World Development Indicators 2010 u. a. Jg.

W40 Folgen der Verschuldung

Die Verschuldung der Entwicklungsländer hat vielfältige Folgen: Hohe Schuldendienstquoten zur Bewältigung von Lasten aus der Vergangenheit belasten die Zukunft: Konsum, Energieverbrauch und Investitionen müssen eingeschränkt werden. Selbst bei der Ersatzteilbeschaffung für importierte Maschinen und Fahrzeuge treten Engpässe auf, weil Devisen nicht vorhanden, zumindest aber knapp sind. Produktionskapazitäten können nicht ausgelastet werden.

Schuldenprobleme treffen die Armen besonders hart: Arbeitslosigkeit, nachlassende Kaufkraft und abnehmende soziale Leistungen, unzureichende Ernährung usw.

Die Regierungen vieler Entwicklungsländer sind durch die Fehlentscheidungen in der Vergangenheit in ihrer Bewegungsfreiheit eingeeignet. Die Fehlleitung des Produktivkapitals (Kredite und Beteiligungen), das Zurückdrängen eigenverantwortlicher privater Investitionsentscheidungen sowie eine erzeugerfeindliche Preispolitik im Agrarbereich haben in vielen Ländern die Ernährungssicherung aus eigener Kraft und die soziale Stabilität geschwächt und die Gefahr sozialer und politischer Konflikte geschürt. Insbesondere bei der ländlichen Bevölkerung regt sich Unzufriedenheit gegen die Städte und die Herrschenden, denn Zinsen und Tilgungen müssen durch Zwangssparen (= Erlöse unterhalb der Gestehungskosten, Verzicht auf Basisinvestitionen) insbesondere von der Landwirtschaft und der ländlichen Bevölkerung erwirtschaftet wer-

den, ohne dass ihnen ausländisches Investivkapital in nennenswertem Maße zugeflossen wäre.

Die Schuldenkrise der Entwicklungsländer hatte und hat Rückwirkungen auch auf die Industrieländer. Der Rückgang des Außenhandels mit wirtschaftlich geschwächten Entwicklungsländern hat die von Strukturveränderungen geprägten Schwierigkeiten einiger Wirtschaftszweige und -regionen in den Industrieländern verschärft; und die jüngste Wirtschaftskrise in Ost- und Südostasien hat gezeigt, dass undurchschaubare Entwicklungen auf den Finanzmärkten die weltwirtschaftliche Stabilität bedrohen.

Ausländische Kreditgeber gewähren zahlungsunfähigen Schuldnerländern keine neuen Kredite.

Die Verschuldung der Entwicklungsländer hat in den 70er Jahren durch verstärkten Import den wirtschaftlichen Aufschwung der Industrieländer unterstützt. Die gleichen Industrieländer betrachten heute – bei veränderter Konjunkturlage – die Anstrengungen der Entwicklungsländer, ihre Auslandsschulden durch erhöhte Erlöse aus Ausfuhren von billiger produzierbaren Gütern zu bedienen, als Bedrohung von Produktionszweigen und Arbeitsplätzen und wehren sich teilweise durch massive Handelshemmnisse.

Quelle: Autorentext

W41 Interne Ursachen der Verschuldung

Obwohl Preiserhöhungen, hohe Realzinsen und Protektionismus fast alle Entwicklungsländer treffen, sind nicht alle überschuldet und in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Und nicht alle hochverschuldeten Entwicklungsländer stecken in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Neben externen Ursachen, unterschiedlicher Ressourcenausstattung und Produktionsstruktur sind weitere interne Gründe für die unbefriedigende Entwicklung verantwortlich:

- Viele Entwicklungsländer haben es versäumt, Auslandskredite produktiv einzusetzen, d. h. die Produktion auf eine breitere Produktbasis zu stellen, Überschüsse zu erwirtschaften und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Stattdessen sind große Kreditbeträge dazu verwandt worden,
 - ein hohes Konsumniveau durch fremdfinanzierte Importe von Konsumgütern (hauptsächlich für die Eliten und die organisierte städtische Bevölkerung) aufrechtzuerhalten;
 - staatliche Verwaltungen aufzublähen und unproduktive staatliche oder halbstaatliche Unternehmen (Parastatels) zu stützen;
 - fällige Zinsen und Tilgungen zu bezahlen und unabdingbare Anpassungsmaßnahmen vor sich herzuschieben.
- Viele Regierungen benutzten Bank- und Handelskredite zur Finanzierung ehrgeiziger, unangepasster Prestigeprojekte.
- Mit knappen Devisen wurden Rüstungsgüter gekauft.
- Häufig führte eine auf die nationalen Märkte orientierte Industrialisierung (um Importe zu ersetzen) zur Vernachlässigung der Exporte und des Technologietransfers und verringerte die internationale Wettbewerbsfähigkeit.
- Unsicherheit beim Einschätzen der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung des Heimatlandes hat Bessergestellte zum

Fortsetzung auf Seite 53

Fortsetzung W41 von Seite 52

Transfer von Geld ins Ausland veranlasst (Kapitalflucht).

- Staatliche Eingriffe in das Marktgeschehen führten zu Preisverzerrungen und Inflation mit negativen Folgen für die Volkswirtschaft; die Neigung nach Auslandsfinanzierung verstärkte sich. Die Vernachlässigung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft hat bei gleichzeitiger Bevölkerungszunahme und Verstädterung zu steigenden Importen von Grundnahrungsmitteln gezwungen.
- Unterbliebene Anpassung der Wechselkurse an sich verändernde wirtschaftliche Bedingungen (Inflation, Außenhandels- und Zahlungsbilanzdefizite) verteuerte die Exporte und verbilligte die Importe.
- Die Handlungsschwäche zahlreicher Regierungen ist verantwortlich dafür, dass die inländischen Finanzierungsreserven nicht ausgeschöpft wurden (unzureichende Besteuerung der Reichen) und deshalb ausländische Kredite aufgenommen werden mussten.

Der Einfluss von Wechselkursen

Anfang 1984 kosteten 1000 leere Dosen für die Konservierung von Rindfleisch in Tansania 5000 TSh (Tansania-Shilling). Gleichwertige Dosen, aus Europa eingeführt, kosteten damals 500 US-\$. Der Wechselkurs war 10:1, ein Dollar kostete also 10 TSh. Die Preise für inländische und importierte Dosen waren demnach gleich.

Ein Jahr später waren die Preise für Inlandsdosen wegen der Inflationsrate von 50% auf 7500 TSh gestiegen, der Weltmarktpreis hingegen war stabil geblieben. Da der Wechselkurs nicht verändert worden war, waren importierte Dosen 1985 um 2500 TSh billiger als die im Inland hergestellten. Die tansanische Herstellerfirma, die rund die Hälfte ihrer Dosenproduktion im Ausland abgesetzt hatte, blieb auf einem großen Teil sitzen, weil ihre Dosen wegen unterbliebener Anpassung der Währungsparitäten (= Abwertung) an die Inflationsentwicklung auf dem Exportmarkt 750 US-\$ pro Tausend kosteten und damit gegen die ausländische Konkurrenz nicht ankommen konnten. Die Folge war, dass die Importe stiegen, die Exporte zurückgingen. Es wurden mehr Devisen ausgegeben und weniger Devisen erwirtschaftet.

Quellen: Autorentexte

W44 Debt-for-Nature-Swaps

Der Debt-for-Nature Swap (Tausch Schulden gegen Natur) wird als Instrument zur Bekämpfung der Schulden- und Umweltkrise in der „Dritten Welt“ eingesetzt. Es sieht einen partiellen Schuldenerlass für Entwicklungsländer vor, sofern der Gegenwert des stornierten Betrages in heimischer Währung für Umweltmaßnahmen verwendet wird. In den meisten Fällen treten westliche Nicht-Regierungsorganisationen (NROs) als Käufer der Forderungen (Zessionare) auf, die sich für die nachhaltige Nutzung der Naturressourcen in einem bestimmten Staat engagieren wollen... Treten Regierungen als Ankäufer der Forderungen gegenüber Entwicklungsländern auf oder gewähren sie Zuschüsse für den Ankauf der Schulden, lässt sich das Transaktionsvolumen deutlich erhöhen.

Quelle: J. Laser, Debt-for-Nature Swaps. In: WISU kompakt 5/1998, S. 563

W42 Entschuldung und Armutsbekämpfungsstrategien

Die derzeit laufende Entschuldung hoch verschuldeter armer Länder (HIPC) geht zurück auf einen Beschluss, den die G7/G8-Staaten u. a. auf deutschen Vorschlag hin 1999 anlässlich des Kölner Gipfels getroffen haben. Danach werden die Schulden der ärmsten Länder durch Schuldenerlasse aller Gläubiger auf ein tragfähiges Niveau abgesenkt. Die dadurch freierwerdenden Mittel sollen dazu genutzt werden, einen substantiellen Beitrag zur Bekämpfung der Armut zu leisten...

Die Entschuldung ist an Armutsbekämpfungsstrategien (Poverty Reduction Strategy Papers, PRSP) gekoppelt, die die Länder selbst unter Beteiligung ihrer Zivilgesellschaft ausarbeiten. In den PRSP werden die Maßnahmen des jeweiligen Landes zur Bekämpfung der Armut festgelegt. Dabei werden sowohl zur Verfügung stehende Finanzmittel aus der Entschuldung als auch zusätzliche landeseigene sowie neue Gebermittel berücksichtigt. Die PRSPs sind Grundlage für die Unterstützungsbeiträge von Weltbank, IWF und anderen bi- und multilateralen Gebern, nicht nur in HIPC-Ländern, sondern sukzessive in allen anderen ärmeren Ländern. Dadurch, dass auch der IWF die eigenen Armutsbekämpfungsstrategien der Entwicklungs-

länder unterstützt, ist der an rein makroökonomischen Zielgrößen orientierte, herkömmliche Ansatz der Strukturanpassung überwunden...

Das geschätzte Entlastungsvolumen der erweiterten HIPC-Initiative liegt bei 70 Mrd. US-Dollar. Der deutsche Anteil daran beträgt ca. zehn Mrd. DM, ergänzt um ca. 650 Mio. DM aus dem Haushalt zur Finanzierung der Entlastung multilateralen Gläubiger und der EU. Zusammen mit den sonstigen bilateralen Schuldenerlassen des Pariser Clubs wird sich der Schuldenstand der HIPCs insgesamt um ca. zwei Drittel reduzieren. Der laufende Schuldendienst dürfte nach Weltbankangaben auf etwa 10% der Exporte oder sogar etwas darunter fallen. Das Entschuldungsvolumen eines HIPC kann ggf. an Verschlechterungen der Terms of Trade angepasst werden, die durch extern ausgelöste Schocks (z. B. starker Exportpreisverfall) verursacht werden...

Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass auch Länder mittleren Einkommens Armutsbekämpfungsstrategien erarbeiten, da ein Drittel aller Armen in diesen Ländern lebt.

Quelle: BMZ, Armutsbekämpfung – eine globale Aufgabe. Bonn 2001, S. 13 f.

W43 Wasserknappheit

Die Mehrheit der Weltbevölkerung wird bald auf dem Trockenen sitzen. Es leben jetzt rund 6,2 Milliarden Menschen auf der Erde. Gegenwärtig müssen sich rund 1,7 Milliarden von ihnen mit Wasserknappheit arrangieren. In weniger als dreißig Jahren könnten es bereits fünf Milliarden von den dann vermutlich acht Milliarden sein, so die Befürchtungen der Klimaforscher. „Trinkwasserknappheit“, heißt es in einem kürzlich der UN-Menschenrechtskommission präsentierten Expertenbericht, „stellt die größte Bedrohung dar, der die menschliche Spezies je ausgesetzt war.“ ...

Kraftvolle, von Diesel- oder Elektromotoren angetriebene Pumpen fördern bereits in vielen Ländern mehr Grundwasser zutage, als sich von Niederschlägen gespeist, neu bildet – eine alles andere als „nachhaltige“ Praxis, um das Zauberwort des Johannesburger Weltgipfels zu verwenden. Die Wasserprobleme Mexikos gelten als legendär; während die Bevölkerung jährlich um zwei Millionen wächst, sinkt der Grundwasserspiegel in der Kornkammer der Provinz Guanajuato jährlich um bis zu 3,3 Meter... Nun gibt es „Wasserflüchtlinge“, die der Dürre wei-

chen... Die UN schätzt die Zahl derer, die es wegen Dürre anderswo hinzieht, auf 25 Millionen – größer als die der registrierten Kriegsflüchtlinge...

Als seien die Wassernöte nicht schon groß genug, wird das wichtigste aller Lebensmittel fast überall auch noch verschmutzt. Weltweit werden nur zehn Prozent aller Abwässer irgendwie gesäubert. Auch viele Jahre nach diversen Weltumweltgipfeln werden auf sämtlichen Kontinenten Industrieabwässer mit mehr als 100 000 verschiedenen chemischen Ingredienzien einfach in Flüsse und Seen gekippt...

Der Rio Bogotá in Kolumbien ist mittlerweile dermaßen kontaminiert, dass er keinem einzigen Wesen noch Lebensraum bietet... Dabei gibt es, rein theoretisch, Wasser genug auf dem Wasserplaneten Erde... Allerdings sind die dauerhaft nutzbaren Wasservorräte – ebenso wie fruchtbare Ackerkrume oder mineralische Bodenschätze – ungleich verteilt. Zwei von drei Menschen leben in Gegenden, auf die nur ein Viertel aller Niederschläge fällt...

Quelle: Fritz Vorholz, „Die große Flut, die große Dürre“. In: Die Zeit Nr. 35 vom 29. 8. 2002.

W45 Ursachen der Wasserknappheit

... Dann aber ging langsam der Karawanenhandel auf der Weihrauchstraße zugrunde, sodass auch das ausgeklügelteste Bewässerungssystem der Antike verfiel. Für das Gebiet des heutigen Jemen war es das Ende der nachhaltigen Wasserwirtschaft. Heute gehört der Jemen zu den wasserärmsten Ländern der Welt und beutet seine letzten Reserven völlig unkontrolliert aus. In Marib tuckern seit den Siebzigerjahren Dieselpumpen, die aus großen Tiefen Grundwasser

für die Felder fördern. „Alles, was heute von der Oase bleibt, wird durch Pumpen bewässert“, sagt Hitgen, der in Marib für das Deutsche Archäologische Institut arbeitet. „Der Grundwasserspiegel ist dramatisch gefallen, und die Felder versalzen.“

In der Oase ist zu beobachten, was deutsche Entwicklungshelfer von der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) für den

Fortsetzung auf Seite 54

W46 Folgen der Armut

- 2,4 Mrd.** Menschen haben keinen Zugang zu funktionierenden sanitären Einrichtungen.
- 2,0 Mrd.** Menschen werden nicht mit kommerzieller Energie versorgt.
- 1,1 Mrd.** Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser.
- 800 Mio.** Menschen leiden an Unterernährung.
- 211 Mio.** Menschen sind jedes Jahr von Naturkatastrophen betroffen.
- 1,0 Mio.** Menschen sterben jährlich an Malaria.

Quelle: WWAP Sekretariat

W47 Absolute Armut

1990 mussten 1,81 Milliarden Menschen in Entwicklungsländern mit weniger als 1,25 US-Dollar Kaufkraft pro Tag auskommen, 2005 waren es noch 1,36 Milliarden

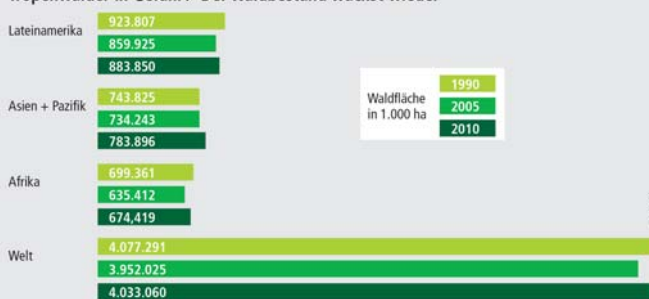
davon in	1990	2005	Veränderung in %	in % der Bevölkerung	
				1990	2005
Südasien	579	596	+ 2,9	51,7	40,3
Subsahara-Afrika	297	388	+ 30,6	57,6	50,9
Ostasien und Pazifik	873	316	- 63,8	54,7	16,8
Lateinamerika und Karibik	50	45	- 10,0	11,3	8,2
Nordafrika und Naher Osten	10	11	+ 10,0	4,3	23,6

Quelle: Weltbank 2010

OMNIA

W48 Tropenwälder in Gefahr?

Tropenwälder in Gefahr? Der Waldbestand wächst wieder



Quelle: FAO, State of the World's Forests 2011 u.a. Jg.

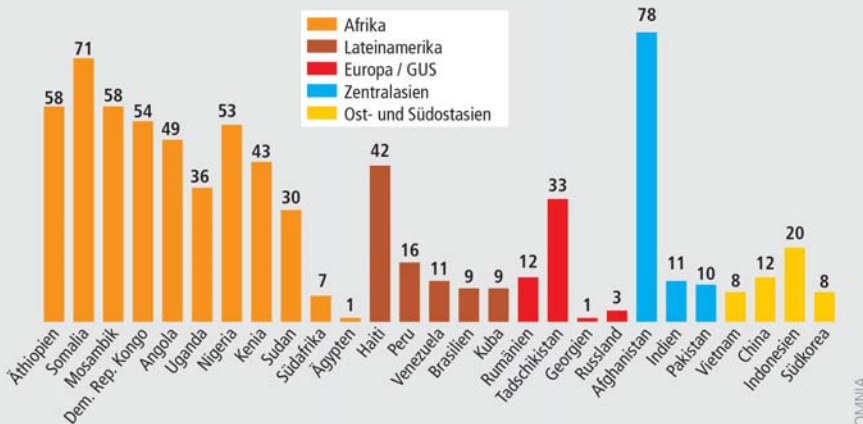
OMNIA

W 49 Nur ein Yoghurt

Die Erdbeeren für den Yoghurt im Stuttgarter Supermarkt stammen aus Polen, die Bakterienkulturen aus Schleswig-Holstein, die Milch kommt aus dem Schwarzwald, die Aluminiumdeckel werden im Rheinland hergestellt, die Kunststoffbecher in Tschechien. Lastwagen fahren dafür mehr als 9000 km.

W50 Kein Zugang zu Trinkwasser

Von je 100 Einwohnern haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser



Quelle: UNFPA Weltbevölkerungsbericht 2010 - Ausgewählte Länder

Fortsetzung W45 von Seite 53

ganzen Jemen ausgemacht haben: Noch vor 40 Jahren wurde eine Million Hektar landwirtschaftliche Fläche mit aufgefangenem Regenwasser bewässert und nur 30000 Hektar durch hochgepumptes Grundwasser. Dann aber begann die Subvention von Bohrprojekten, und die Relation kehrte sich um. Die angestochenen Grundwasserblasen bewässern eine Million Hektar, und die alten Regenwasser-Bewässerungssysteme werden vernachlässigt. Mit 75 Millionen Dollar Spenden aus Abu Dhabi baute die Regierung zwar 1986 drei Kilometer oberhalb der antiken Schleusentore von Marib einen modernen Damm – doch das

meiste Wasser verdunstet ungenutzt, weil die Beduinenstämme sich nicht auf einen Verteilungsschlüssel einigen können. Hitgen ist sich sicher: „Diese uralte Oase wird es nicht mehr sehr lange geben.“

In einigen Teilen des Jemen ist der Grundwasserspiegel in den letzten Jahrzehnten auf unter 1000 Meter abgefallen. Die Regierung sieht hilflos zu. Der Wassermangel ist nur eines von vielen, großen Problemen, die sie bewältigen muss. Der Jemen ist eines der ärmsten, korruptesten und unregierbarsten Länder der Erde.

Quelle: Hilmar Poganatz, Und ewig tuckern die Pumpen. In: Rheinischer Merkur Nr. 50 / 14. 12. 2006

Aufgaben

1. Was wird unter „Markteng“ verstanden? Erläutern Sie ihre einkommensbedingten Ursachen und ihre Folgen.
2. Erläutern Sie den Begriff „Spillover-Effekt“ und stellen Sie dar, warum vor allem Entwicklungsländern von ihm betroffen sind.
3. Häufig wird beklagt, dass Entwicklungsgelder nicht optimal eingesetzt werden und in ihrer Wirkung ganz oder teilweise verpuffen. Nennen Sie hierfür Beispiele.
4. Der umfangreiche und unkontrollierte weltweite Handel mit Derivaten und Hedgefonds wird als Gefahr für die Weltwirtschaft gesehen. Informieren Sie sich, was Derivate und Hedgefonds sind und erläutern Sie, warum von ihnen weltwirtschaftliche Gefahren ausgehen können.
5. Warum besteht insbesondere für Entwicklungsländer die Gefahr, in die so genannte „Schuldenfalle“ zu geraten?
6. Beschreiben Sie das Dilemma, das sich aus der Doppelfunktion der Umwelt, gleichzeitig Produktionsfaktor für die Wirtschaft und Existenzgrundlage für die Menschen zu sein, ergibt.
7. Welche Maximen lassen sich aus dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung für das persönliche Handeln, für unternehmerisches Handeln und für die Wirtschaftspolitik ableiten?

Ansätze zur Lösung weltwirtschaftlicher Probleme

Ein friedliches, harmonisches und solidarisches Zusammenleben von Völkern und Staaten ist nicht möglich, wenn gravierende wirtschaftliche Ungleichheiten bestehen.

Ein erklärtes Ziel der Europäischen Union ist es, „*Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen und den Rückstand der am stärksten benachteiligten Gebiete ... zu verringern*“ (Art. 158 EG-Vertrag). Was für die Europäische Union gilt, gilt auch weltweit. Eine tragfähige und dauerhafte Weltwirtschaftsordnung setzt ebenso wie eine Weltfriedensordnung voraus, dass die bestehenden wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern reduziert und die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen so verändert werden, dass die systematische Benachteiligung der Entwicklungsländer überwunden und ihre Chancen auf dem Weltmarkt nachhaltig verbessert werden.

Vor allem das 8. Millenniums-Entwicklungsziel greift die Notwendigkeit einer

Millenniums-Entwicklungsziel 8: Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft

Zielvorgabe 12: Ein offenes, regelgestütztes, berechenbares und nichtdiskriminierendes Handels- und Finanzsystem weiterentwickeln.

Zielvorgabe 13: Den besonderen Bedürfnissen der am wenigsten entwickelten Länder Rechnung tragen...

Zielvorgabe 15: Die Schuldenprobleme der Entwicklungsländer durch Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene umfassend angehen und so die Schulden langfristig tragbar werden lassen.

Zielvorgabe 16: In Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern Strategien zur Beschaffung menschenwürdiger und produktiver Arbeit für junge Menschen erarbeiten und umsetzen.

Zielvorgabe 17: In Zusammenarbeit mit den Pharmaunternehmen unentbehrliche Arzneimittel in den Entwicklungsländern verfügbar machen.

Zielvorgabe 18: In Zusammenarbeit mit dem Privatsektor dafür sorgen, dass die Vorteile der neuen Technologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien genutzt werden können.

weltweiten Entwicklungspartnerschaft

auf. Neben den nationalen Regierungen, den regionalen Zusammenschlüssen und den Weltorganisationen tragen auch die Unternehmen, insbesondere die multinationalen Konzerne („Global-Players“) besondere Verantwortung für eine sozial gerechte, umweltschonende und effiziente weltweite Wirtschaftsentwicklung; an einer auf Initiative der UNO zustande gekommenen Vereinbarung, die diese Ziele verfolgt, beteiligen sich inzwischen weltweit mehrere tausend Unternehmen und Organisationen („**Global Compact**“) (W51).

Faire weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Wichtige Voraussetzung für einen Abbau von Ungleichheiten ist die Gestaltung fairer weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Allen Staaten bzw. wirtschaftlichen Akteuren muss eine faire Teilnahme am Wirtschaftsprozess ermöglicht werden. Dazu gehören unter anderem ein weiterer Abbau von Zöllen und anderen Handelshemmnissen, Vermeidung von Diskriminierungen, Chancengleichheit bei Produktion und internationaler Vermarktung von Gütern.

Bis heute schotten die Industrieländer ihre Märkte insbesondere gegen Agrarimporte aus Schwellen- und Entwicklungsländern ab, während sie zugleich ihre eigenen Agrarprodukte kräftig subventionieren, um sie auf dem Weltmarkt und nicht zuletzt in den armen Ländern abzusetzen (C36, C37). Importe aus Entwicklungsländern belegen die Industrieländer hingegen mit viermal so hohen Zöllen wie Importe aus anderen Industrieländern. Die Weltbank hat ausgerechnet, dass dieser Protektionismus die Entwicklungsländer etwa 100 Milliarden Dollar kostet – das ist etwa

so viel wie alle Entwicklungshilfegelder zusammen. Für Industrieprodukte wurden die Zölle in den vergangenen Jahren generell zwar sukzessive gesenkt, aber in einigen Bereichen bestehen nach wie vor hohe Zollbarrieren (W60). Eine der wichtigsten Forderungen der Entwicklungsländer in den Verhandlungsrunden der WTO lautet daher: „*Balance the imbalances*“ („Ausgleich der Ungleichgewichte“).

In einem ganz konkreten Sinne fördert die Kampagne „**Fairer Handel**“ den Export von insbesondere Nahrungs- und Genussmitteln, aber auch Gebrauchsgegenständen aus Entwicklungsländern in Industrieländer. Durch die Akzeptanz höherer Preise sollen Verbraucher in den Industrieländern den Produzenten in Entwicklungsländern ein höheres und verlässlicheres Einkommen ermöglichen (W61). Verkauft werden die Produkte häufig in (Dritte-)Welt-Läden, Biomärkten, zunehmend aber auch in Supermärkten. Im Rahmen der Kampagne „Fairer Handel“ findet seit einigen Jahren die so genannte „*Faire Woche*“ statt (U51). Gefördert wurde das Anliegen auch durch die von 2003 bis 2006 bundesweit durchgeführte Informationskampagne „**Fair feels good**“.



Internationale Institutionen

Zahlreiche nationale und internationale öffentliche bzw. **staatliche Institutionen** widmen sich den Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern; nichtstaatliche Entwicklungszusammenarbeit wird hauptsächlich von Nichtregierungsorganisationen (NROs/NGOs) geleistet. Die Leistungen können unterschieden werden in bilaterale und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit. Bei der **bilateralen Entwicklungszusammenarbeit** findet ein direkter Ressourcentransfer von einem Staat zu einem anderen statt; **multilaterale Entwicklungszusammenarbeit** wird über internationale oder regionale Organisationen geleistet.

Wichtige internationale Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit sind:

- **Weltbank** bzw. **Weltbankgruppe** (engl: **World Bank**). Fördert die internationalen Entwicklungsziele, vor allem nachhaltiges Wirtschaftswachstum und soziale Entwicklung in den weniger entwickelten Ländern; veröffentlicht jährlich den **Weltentwicklungsbericht** (World Development Report).

- **Internationaler Währungsfonds (IWF)** (engl: International Monetary Fund – IMF). Seine Ziele sind ausgewogenes Wachstum des Welthandels, internationale währungspolitische Zusammenarbeit, geordnete Währungsbeziehungen unter den Mitgliedsländern, innere und äußere Stabilität der Währungen sowie Finanzierung und Abbau von Zahlungsbilanzungleichgewichten. Zur Zeit gehören dem IWF 184 Mitgliedsländer an; seine Mittel stammen vorwiegend aus den Quoteneinzahlungen der Mitglieder.

- **Welthandelsorganisation** (engl: World Trade Organization – **WTO**). 1995 aus dem **Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen** (engl: General Agreement on Tariffs and Trade – **GATT**) hervorgegangen. Hauptziele sind, Handelsbarrieren zu vermindern, Zollschränken abzubauen, Handelsdiskriminierungen zu unterbinden und unfaire Handelspraktiken zurückzudrängen. In bisher acht Verhandlungsrunden – die achte, so genannte „**Uruguay-Runde**“, ist 1993 abgeschlossen worden – wurde ein umfassender Abbau von Zöllen und anderen Handelshemmnissen vereinbart (W53). Die seit 2001 laufende neunte Verhandlungsrunde – so genannte „**Doha-Runde**“ – rückt erstmals die Interessen der Entwicklungsländer ins Zentrum der Verhandlungen.

- **Vereinte Nationen (UNO)** mit vor allem folgenden Unterorganisationen (ausführlich S. 183 ff.):

- **Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen** (engl: United Nations Development Programme – **UNDP**). Hauptaufgabe: Technische Zusammenarbeit und Koordination der Millenniums-Entwicklungsziele.

- **Welthandels- und Entwicklungskonferenz** (engl: United Nations Conference on Trade and Development – **UNCTAD**). Aufgabe: Forschungs- und Analysearbeiten sowie Beratung und technische Hilfe für Entwicklungsländer in Handels- und Entwicklungsfragen; 192 Mitglieder, Entwicklungsländer verfügen über die Stimmenmehrheit.

- **Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation** der Vereinten Nationen (engl: Food and Agriculture Organization of the United Nations – **FAO**). Hauptziel: allen Menschen jederzeit Zugang zu genügend Nahrungsmitteln zu gewährleisten und weltweit zu einem höheren Lebensstandard, zu Wirtschaftswachstum und zur Verbesserung der Ernährung beizutragen.

- **Internationale Arbeitsorganisation** (engl: International Labour Organization – **ILO**). Ziel: die Arbeits- und Sozialstandards weltweit zu erhöhen, um die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung zu verbessern.

- **International Trade Center (ITC)**; unterstützt die Entwicklungsländer bei der Förderung des Außenhandels.

- **Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung** (engl: United Nations Industrial Development Organization – **UNIDO**); fördert die Industrialisierung in den Entwicklungsländern.

Für die **Europäische Union** haben Ministerrat, Europäisches Parlament und Europäische Kommission 2005 eine *Gemeinsame Erklärung zur Gemeinschaftlichen Entwicklungspolitik* angenommen; sie beschreibt die Zielsetzungen, Prinzipien und Methoden der europäischen Entwicklungszusammenarbeit. Zu den Schwerpunkten gehören: Handel und regionale Integration; Umwelt und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen; Infrastruktur, Kommunikation und Transport; Wasser und Energie; Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Nahrungssicherheit (ausführlich S. 188 ff.).

Für Deutschland ist vor allem das **Bundesministerium für Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)** Träger der Entwicklungszusammenarbeit. Hauptanliegen der deutschen Entwicklungspolitik sind: Weltweit Armut zu mindern, Frieden zu sichern, die natürlichen Lebensgrundlagen zu wahren, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte zu verwirklichen sowie die Globalisierung gerecht zu gestalten (ausführlich S. 192 ff.) (W54).

Neben den öffentlichen Institutionen fördern auch zahlreiche **Nichtregierungsorganisationen (NRO)** (engl: Non-governmental Organizations – **NGO**) die internationale Entwicklungszusammenarbeit. Sie verfügen in der Regel über Sachkompetenz, hohe Motivation und großen Idealismus; ihre Unabhängigkeit von staatlichen Eingriffen und das Nichtvorhandensein staatlicher Machtmittel sichert ihnen hohe Akzeptanz in der Gesellschaft. In Deutschland bestehen mehrere Tausend entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen. Die wichtigsten Träger sind Kirchen und politische Stiftungen. Ihre Tätigkeit schließt sowohl punktuelle Aktionen als auch dauerhafte entwicklungsrelevante Dialog- und Informationsprozesse ein (ausführlich S. 198 ff.).



Einer von inzwischen 750 „Weltläden“ oder „Dritte-Welt-Läden“ in Deutschland, die das Prinzip „Fair Trade“ befolgen

Entwicklungsfaktor Bildung

So wichtig die Unterstützung der Entwicklungsländer durch internationale Organisationen, die Schaffung fairer weltwirtschaftlicher Rahmenbedingungen und Entwicklungshilfe auch sind: sie müssen letztlich darauf gerichtet sein, die Entwicklungsländer in den Stand zu setzen, langfristig ihre Probleme durch Mobilisierung ihrer internen Ressourcen selbst lösen und chancengleich am weltwirtschaft-

lichen Güteraustausch und an der globalen Entwicklungspartnerschaft teilnehmen zu können. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für einen soliden Aufbau der heimischen Wirtschaft ist Entwicklung und Pflege des Produktionsfaktors „Arbeit“. Gut ausgebildete Arbeitskräfte, deren Wissen und Können, sind die sicherste Grundlage dauerhaften Wohlstands.

An die Stelle von Kinderarbeit – ob gegen Bezahlung oder in der familiären Subsistenzwirtschaft – muss eine ausreichende

Millenniums-Entwicklungsziel 2:

Verwirklichung der allgemeinen Primarschulbildung

Zielvorgabe 3: Bis zum Jahr 2015 sicherstellen, dass Kinder in der ganzen Welt, Jungen und Mädchen, eine Primarschulbildung vollständig abschließen können.

Millenniums-Entwicklungsziel 3:

Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frauen

Zielvorgabe 4: Das Geschlechtergefälle in der Primar- und Sekundarschulbildung beseitigen, vorzugsweise bis 2005 und auf allen Bildungsebenen bis spätestens 2015.

Primar- und Sekundarschulbildung treten, die zu anspruchsvolleren Tätigkeiten im gewerblichen und Dienstleistungssektor befähigt und durch eine adäquate berufliche Aus- und Fortbildung ergänzt wird (S. 123 ff.). Zur Mobilisierung interner Ressourcen durch vermehrte Bildungsanstrengungen gehört auch, die Potenziale der Mädchen und Frauen stärker zu entwickeln und zu nutzen, indem die Gleichstellung der Geschlechter gefördert und die Rolle der Frauen gestärkt wird sowie traditionelle Rollenvorstellungen von der Beteiligung des weiblichen Geschlechts an Bildung und Berufsleben revidiert werden. Hieran mitzuwirken sind nicht nur staatlich-

Internationale Abkommen und Konzepte

Zahlreiche Abkommen und Regelwerke steuern und begleiten die Arbeit der Institutionen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Zu ihnen gehören die Ergebnisse der **Welthandelsrunden** der WTO ebenso wie Abkommen zum Umweltschutz, zum Klimaschutz, zur Arbeitslosigkeit und Kinderarbeit. Zur Entschuldung von Entwicklungsländern haben die Industrieländer Entschuldungsabkommen vereinbart. So haben die G8-Staaten u.a. 1999 für die **Hochverschuldeten armen Länder** (engl: Heavily Indebted Poor Countries – HIPC) und auf dem Weltwirtschaftsgipfel 2005 mit der **multilateralen Entschuldungsinitiative** (engl: Multilateral Debt Relief Initiative – MDRI) **Schuldenerlasse** für die ärmsten Länder beschlossen. Im Juni 1988 beschlossen die UN-Mitgliedsländer im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) so genannte **Kernarbeitsnormen**. Diese fordern das Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit, die Zulassung von Gewerkschaften, ein Recht auf freie Tarifverhandlungen sowie Mindestschutzvorschriften am Arbeitsplatz. Gegen derartige Regelungen wehren sich allerdings etliche Entwicklungsländer, weil sie fürchten, dass ihre Produkte sich dadurch verteuern und ihre Wettbewerbsposition sich verschlechtert.

Weltbank und Internationaler Währungsfonds favorisierten in den 1990er Jahren ein an klassischem ökonomischem Denken orientiertes Konzept für die Entwicklungs- und Schwellenländer, das auf Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Dienstleistungen, auf Liberalisierung des Außenhandels und die Deregulie-

rung der nationalen Wirtschaft setzte. Während der Erfolg dieses als „**Washington Konsensus**“ (W55) bekannt gewordenen Entwicklungskonzepts vielfach ausblieb, konnten Entwicklungsländer, die auf eine starke Beteiligung des Staates und zum Teil auch auf Marktregulierungen setzten (z. B. Indonesien, Malaysia, Singapur, Südkorea, Thailand) einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung verzeichnen. Die Revision des Washington Konsensus durch die Weltbank Ende der 90er Jahre führte zum **Umfassenden Rahmenwerk für Entwicklung** (engl: Comprehensive Development Framework – CDF), das einen ganzheitlichen Ansatz von sozialer, struktureller, ökonomischer und ökologischer Entwicklung verfolgt (W56).

Entwicklungshilfe

Entwicklungshilfe ist die populäre Bezeichnung für das, was offiziell Entwicklungszusammenarbeit genannt wird. Sie wird überwiegend von öffentlichen Haushalten, zum Teil aber auch von privaten Einrichtungen, durch die Bereitstellung finanzieller, technischer und personeller Ressourcen geleistet. Finanzielle Zuwendungen von staatlichen Stellen an Entwicklungsländer werden auch als **Official Development Assistance (ODA)** bezeichnet (C47). An die Anrechnung als ODA knüpft der **Entwicklungsausschuss der OECD** (Development Assistance Committee – DAC) bestimmte Kriterien. Die Industrieländer haben sich zu einer wachsenden ODA-Quote (Entwicklungsleistungen in Prozent des Bruttonationaleinkommens) verpflichtet (W58).

che Stellen aufgerufen, sondern auch die Religionsgemeinschaften und andere bewusstseinsbildende Institutionen.

Eine dauerhafte Lösung der weltwirtschaftlichen Probleme bedingt eine auf Hilfe, Ausgleich und faire Partnerschaft zielende Politik der Industrieländer und setzt in den Entwicklungsländern institutionelle Reformen zur Etablierung eines funktionierenden Rechtssystems und effizienter und korruptionsfreier Verwaltungen, die Bekämpfung von Staatsdefiziten und Inflation, die Umlenkung staatlicher Ausgaben von militärischen und prestigeorientierten Zwecken in Infrastrukturmaßnahmen (Verkehr, Kommunikation, Gesundheit, Bildung u. a.), den Abbau unnötiger Bürokratie und übermäßiger Regulierungen sowie einen Wandel bei entwicklungshemmenden gesellschaftlichen Traditionen und Normen voraus.



Bildung ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für Entwicklung und Überwindung von Armut. Bild: Unterricht in einem Heim für ehemalige Kinderprostituierte aus Thailand.

Entwicklungsländer

Für den Begriff „Entwicklungsländer“, der sich in Deutschland seit Beginn der 1950er Jahre eingepreßt hat, gibt es **keine einheitliche Definition**.

Eine weltweit verbindliche Liste der Entwicklungsländer existiert bisher ebenfalls nicht. Für die Meldung der Öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) ist das Ver-

zeichnis der Länder des Entwicklungsausschusses der OECD (die so genannte DAC-Liste) maßgeblich.

DAC-Liste der Entwicklungsländer

Diese Länderliste wird alle drei Jahre vom DAC überarbeitet. Die Entwicklungsländer werden unterteilt in die am wenigsten entwickelten Länder (LDC), sonstige Niedrigeinkommensländer mit einem Pro-Kopfeinkommen unter 825 US-Dollar, Länder

mit einem mittleren Einkommen der unteren Kategorie (826–3 225 US-Dollar) und Länder mit mittlerem Einkommen der oberen Kategorie (3 256–10 065 US-Dollar). Etwa 97 Prozent der öffentlichen Mittel der Entwicklungszusammenarbeit gehen an die Länder der ersten drei Kategorien, also in Länder mit einem Pro-Kopfeinkommen von unter 3 256 US-Dollar.

DAC-Liste der Entwicklungsländer und -gebiete (2011 – 2013)



W51 Global Compact

Der Globale Pakt der Vereinten Nationen ist eine Vereinbarung zwischen der UNO und Unternehmen und hat zum Ziel, die weltweiten Wirtschaftsbeziehungen sozialer und ökologischer zu gestalten. Der Pakt geht auf eine Initiative der International Chamber of Commerce (ICC; Internationale Handelskammer) zurück und wurde im Januar 1999 vom damaligen UN-Generalsekretär Kofi Annan auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos vorgestellt; im Juli 2000 begann die operative Phase. Durch ihren Beitritt verpflichten sich die Unternehmen zur Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards (u.a. Einhaltung der Menschenrechte; Ausschluss aller Formen von Zwangsarbeit; Abschaffung von Kinderarbeit; Förderung größeren Umweltbewusstseins; Ablehnung aller Formen von Korruption, inklusive Erpressung und Bestechung).

Anfang 2007 hatten 3800 Teilnehmer den Global Compact unterzeichnet, gut 2900 davon waren Wirtschaftsunternehmen aus 100 Ländern; unter den Teilnehmern befinden sich 92 Firmen aus Deutschland. Auf Seiten der UNO beteiligen sich folgende Organisationen:

UNHCR (Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte), ILO (Internationale Arbeitsorganisation), UNEP (Umweltprogramm der Vereinten Nationen), UNDP (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen), UNIDO (Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung).

Weiterhin sind am Global compact beteiligt: Wirtschaftsverbände, Arbeitnehmervertretungen, nichtstaatliche Organisationen (NGO), Städte (u.a. Nürnberg und Berlin) und Börsen (u.a. die Deutsche Börse). Außerdem unterstützen staatliche Institutionen entweder indirekt

den Pakt (u.a. Auswärtiges Amt, BMZ) oder sind wie die bundeseigene Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) selber Mitglied. Kritiker werfen dem Global compact vor, dass seine Standards minimal und darüber hinaus unverbindlich sind. Es gibt keine direkten Sanktionen, wenn ein Teilnehmer die eingegangenen Verpflichtungen nicht einhält; etliche Unternehmen nutzen ihre Beteiligung vor allem zur Imagepflege und als Werbeargument. Einige nichtstaatliche Organisationen haben deshalb gedroht, den Pakt zu verlassen, wenn er nicht verbindlicher wird.

Autorentext

W52 Eine Weltordnungspolitik

Es ist allgemein akzeptiert, dass die nationale Politik Verantwortung für „öffentliche Güter“ (z. B. Polizei, Rechtsprechung, Umweltschutz) übernehmen muss, die der Markt nicht bereitstellen kann. Die gleiche Verantwortung wird bisher auf internationaler Ebene von vielen wichtigen Akteuren nicht akzeptiert. Dabei ist es offensichtlich, dass die Globalisierung der Märkte die Entwicklung eines tragfähigen multilateralen Ordnungsrahmens erforderlich macht.

Eine zu schaffende Weltwirtschaftsordnung muss die folgenden internationalen öffentlichen Güter bereitstellen bzw. sichern und entsprechende institutionelle Säulen entwickeln:

Globale Rechtsstaatlichkeit: Allseitig akzeptierte Regeln, Konfliktregulierungs- und Sanktionsmechanismen bilden die Grundlage eines multilateralen Ordnungssystems.

Finanzstabilität: Ein stabiles Währungssystem, das die Fähigkeit besitzt, größere systembedingte Rückschläge und Krisen zu bewältigen und eine vorausschauende Regulierung internationaler Finanzmärkte zu gewährleisten, muss entwickelt werden...

Handel und Investitionen: Die WTO muss weiterentwickelt werden (Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards). Ein Regelwerk für Direktinvestitionen, deren Bedeutung rasch wächst, muss geschaffen werden. Ein globales Wettbewerbsrecht und eine internationale Wettbewerbspolitik stehen aus.

Umwelt: Zum Schutz globaler Umweltgüter und der Stärkung nachhaltiger Entwicklung wäre die Gründung einer „Global Environmental Organization“ sinnvoll, um bereits existierende, aber unkoordinierte Ansätze auf diesem Gebiet zusammenzuführen.

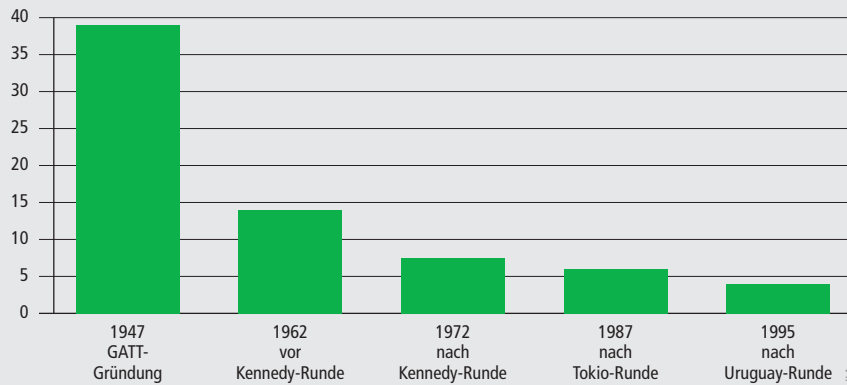
Infrastruktur und Institutionen: Gemeinsame Standards für Maße, Gewichte, technische, ökologische Normen und einvernehmliche Regelungen zur Gestaltung und Gewährleistung der Freiheit der Meere und gemeinsam benutzter Flugsicherungs- und Telekommunikationsnetze müssen entwickelt werden.

Korruptionsbekämpfung: International verbindliche Regeln und Sanktionsmechanismen könnten zur Bekämpfung grassierender Korruption beitragen.

Quelle: Stiftung Entwicklung und Frieden, Globale Trends 1998, S. 165 f.

W53 Zollabbau durch GATT-Verhandlungsrunden

Durchschnittliche Zollsätze in %

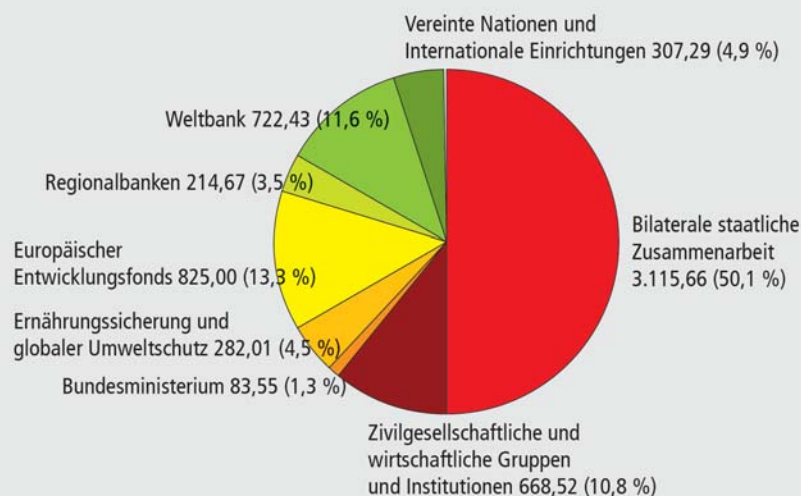


Quelle: GATT / WTO

OMNIA

W54 Der BMZ-Haushalt 2011

Gesamter Haushalt 2011: 6.219,12 Mio. Euro



Quelle: BMZ, www.bmz.de/de/ministerium/haushalt/index.html?follow=adword

OMNIA

W55 Washington Konsens

Washington-Konsens: Allgemein Bezeichnung für die Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF) in Zusammenarbeit mit der Weltbank zur Überwindung der Schuldenkrise (der Schwierigkeit von Entwicklungsländern, Zinsen und Tilgung ihrer Kredite zu Marktbedingungen zu zahlen). In Vereinbarungen mit dem IWF zur Strukturanpassung (SAP) verpflichtete sich das Schuldnerland zu Reformen. Stichwort: Neoliberalisierung. Kennzeichen: Verlagerung der Funktion, die wirtschaftliche Entwicklung zu steuern, vom Staat auf den Markt. Maßnahmen: Liberalisierung (Öffnung der Märkte), Deregulierung (Rücknahme der staatlichen Regulierung der Märkte), Haushaltsdisziplin (Verringerung der Staatsausgaben). Folgen: Neben erwünschten (neue Kreditfähigkeit) auch negative (vor allem im sozialen Bereich, Preissteigerungen, Arbeitslosigkeit).

Autorentext

W57 Was sind SAPs?

Strukturanpassungsprogramme (SAPs) sollen Folgendes erreichen:

- Stabilisierung geschwächter Wirtschaftssysteme durch Senkung der Inflation und Ausgleich der Zahlungsbilanz;
- Anstieg des Wachstums durch eine produktivere und effizientere Wirtschaft und deren Öffnung für das freie Spiel der Marktkräfte. SAPs weisen folgende typische Merkmale auf:
- Steuererhöhungen zur Steigerung der Staatseinnahmen und zum Budgetausgleich;
- Abschaffung von Preis- u. Zinnsatzkontrollen;
- Einschränkung der staatlichen Einfluss-Sphären, Privatisierung staatlicher Unternehmen;
- Zollsenkungen und Verringerung von Außenhandelsbeschränkungen;
- Verringerung von Beschränkungen für die Firmentätigkeit sowie für Kapitalflüsse, um lokale und ausländische Investitionen zu fördern.

Obwohl SAPs dazu beitragen können, ein Land am globalen Markt wettbewerbsfähiger zu machen, können sie die Armen hart treffen. Dies ist der Fall, wenn:

- Sozialausgaben (besonders für Gesundheit, Bildung und Sozialwesen) gekürzt werden, um Budgetdefizite auszugleichen;
- Angestellte im öffentlichen Sektor gekündigt werden, um den Staatsapparat zu reduzieren,
- lokale Unternehmen schließen, da sie dem Wettbewerb aus dem Ausland nicht Stand halten können.

Autorentext

W56 Umfassendes Rahmenwerk für Entwicklung

Die folgenden **Prinzipien** kennzeichnen das umfassende Entwicklungskonzept*:

- Entwicklungsziele und Programme werden von den Entwicklungsländern selbst formuliert und nicht von den Geberländern oder Geberinstitutionen („Ownership“ by the Country). Im Vordergrund stehen dabei so genannte Strategiepapiere zur Reduzierung von Armut (Poverty Reduction Strategy Papers – PRSP), die von den betroffenen Ländern selbst zu entwickeln sind. Die Mittel, die zur Realisierung der Armutsreduzierungsprogramme notwendig sind, werden in Zusammenarbeit mit der Regierung, der Zivilgesellschaft und des privaten Sektors des betroffenen Landes festgelegt. Von den Entwicklungsländern wird **gute Regierungsführung** („good governance“) verlangt, d.h. die Regierungen müssen auf gesetzlicher Grundlage handeln, demokratischen Prinzipien folgen und Menschenrechte achten, ihr Handeln muss für die Öffentlichkeit transparent sein, sie müssen effizient arbeiten, ihre Maßnahmen und deren Ergebnisse offen legen und Korruption ausmerzen.

- Der Zeitrahmen für die Entwicklung ist langfristig angelegt und die Maßnahmen sollen von der Bevölkerung dauerhaft unterstützt werden.
- Soziale und strukturelle Faktoren werden als genauso wichtig angesehen wie ökonomische Faktoren und gleichrangig gefördert.
- Landesspezifische Ursachen für die Armut sind herauszuarbeiten. Priorität haben Maßnahmen mit hoher Wirkung für die Armen.

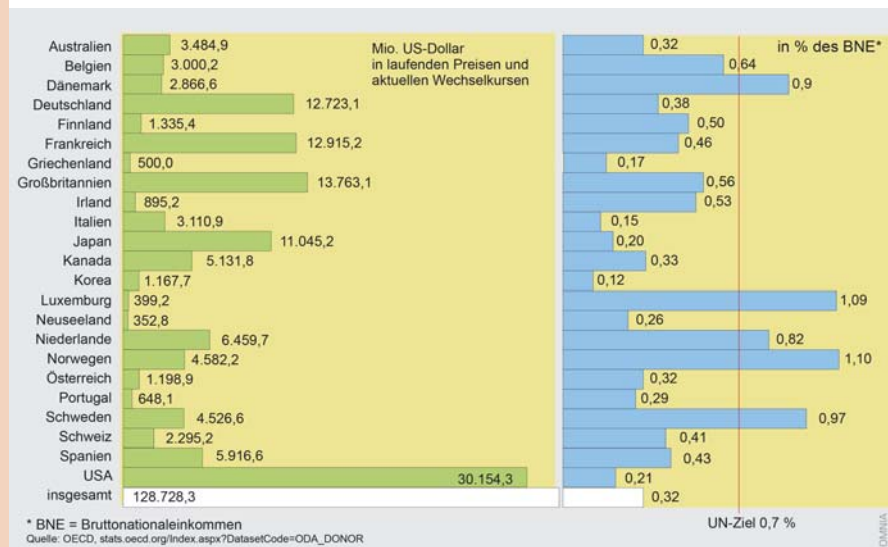
• Kennzeichnend für den Ansatz ist im Gegensatz zum Washington Konsensus auch, dass der Staat eine wichtige Rolle im Entwicklungsprozess einnehmen soll. Beispiele für wesentliche Felder staatlicher Aktivität sind: Makroökonomische Stabilisierung (über das Ziel der Inflationsbekämpfung hinaus), Wettbewerbsaufsicht und Wettbewerbsförderung, Etablierung eines funktionsfähigen Finanzsystems, Schaffung eines sozialen Netzes, Grundschulausbildung, Gesundheitswesen, Straßenbau, Umweltschutz, Herstellung von Recht und Ordnung. Technologieförderung und Sicherung des Technologietransfers sowie der Verfügbarkeit anderer **internationaler öffentlicher Güter****. Primärer Motor der Entwicklung soll aber der private Sektor einer Volkswirtschaft sein, indem Rahmenbedingungen geschaffen werden, die Anreize für heimische und ausländische Investitionen bieten.

Quelle: U. Baßler; J. Heinrich; B. Utrecht, Grundlagen und Probleme der Volkswirtschaft. Schäffer/Poeschel, Stuttgart 2006¹⁸, S. 920 f.

* Comprehensive Development Framework (CDF; Umfassendes Rahmenwerk für Entwicklung), 1999 von der Weltbank vorgestellter ganzheitlicher Ansatz, in dem die Interdependenz von sozialer, menschlicher und struktureller, von ökonomischer und ökologischer Entwicklung betont wird.

**Internationale (globale) öffentliche Güter sind solche öffentliche Güter (Nichtausschluss und Nicht-Rivalität), deren Nutzen über die Grenzen hinaus reicht (intakte Umwelt, Frieden, Sicherheit, Wissen, finanzielle Stabilität)

W58 Gesamtleistungen an Entwicklungsländer 2010



W59 Zusammenwirken von Markt und Staat

Fünf fundamentale Aufgaben bilden den Kernbereich jeder Regierungsaktivität, ohne die eine tragfähige, ausgewogene und die Armut reduzierende Entwicklung unmöglich ist: die Errichtung eines Rechtsfundaments; die Aufrechterhaltung eines verzerrungsfreien politischen Umfelds, einschließlich gesamtwirtschaftlicher Stabilität; investieren in grundlegende soziale Leistungen und in die Infrastruktur; der Schutz der Schwachen; der Schutz der Umwelt. Ob-

wohl die Bedeutung dieser fundamentalen Aufgaben seit langer Zeit weitgehend anerkannt ist, haben sich doch neue Einsichten ergeben, und zwar bezüglich der angemessenen Mischung von marktwirtschaftlichen und staatlichen Aktivitäten, um diese Aufgaben zu erfüllen. Am wichtigsten ist, dass man jetzt die Märkte und die Regierungen als komplementär ansieht: Der Staat ist unentbehrlich, wenn es darum geht, die geeigneten institutionellen Grundlagen für

die Märkte in Kraft zu setzen. Und die Glaubwürdigkeit der Regierung ... kann für die Attraktivität privater Investitionen ebenso wichtig sein wie der Inhalt dieser Regelungen und Maßnahmen... Um die Entwicklung stabil und nachhaltig zu gestalten, muss der Staat sein Augenmerk auf die sozialen Grundlagen richten.

Quelle: Weltbank, Weltentwicklungsbericht 1997, S. 4 ff.
komplementär = sich gegenseitig ergänzend

W60 Import-Zölle

Zölle in Prozent des Warenwertes

	EU	USA
Durchschnittszoll für Industriegüter	4,2	4,6
Durchschnittszoll für Agrarprodukte	19,0	9,9
Spitzenzoll für Agrarprodukte	506,3	350,0

Diese Zollsätze gelten jedoch nicht für alle Lieferländer. Die EU erhebt von den nach UN-Kriterien 50 ärmsten Entwicklungsländern (LDC) gar keine Zölle (Ausnahmen: für Zucker bis Juli 2009, für Reis bis September 2009).

Für die übrigen Entwicklungsländer gelten entweder die niedrigen Zollsätze des AKP-EU-Abkommens oder des Allgemeinen Präferenzsystems (APS). Ausgenommen davon sind nur Länder, die von der Weltbank in drei aufeinander folgenden Jahren als Länder mit hohem Einkommen eingestuft wurden (Schwellenländer).

W63 Mobilisierung interner Entwicklungspotenziale

Mobilisierung interner Entwicklungspotenziale. Es geht ... bei der Mobilisierung interner Ressourcen nicht nur um die Bekämpfung der Korruption und des Missbrauchs öffentlicher Gelder, den Aufbau effektiver und transparenter Steuersysteme, die Verhinderung der Kapitalflucht, die Schaffung von Rechtssicherheit, die Beseitigung von Fehlallokationen im Staatshaushalt (z. B. durch Kürzung von überhöhten Militärausgaben) sowie die Förderung des Spar- und Kreditwesens. Es geht auch um die Entwicklung mikroökonomischer Kompetenzen, Technologietransfer, Qualifikationsentwicklung und um makroökonomische Rahmensetzung in einem sich schnell ändernden weltwirtschaftlichen Umfeld.

Quelle: Deutscher Bundestag (Hg.): Schlussbericht der Enquete-Kommission Globalisierung der Weltwirtschaft. Opladen 2002, S. 109

W64 Schuhe aus China

Immer mehr Konsumgüter, die in Deutschland gekauft werden, werden aus Niedriglohnländern importiert.

Der Anteil der importierten Schuhe am gesamten Schuhverkauf in Deutschland lag 2004 bereits bei 98 Prozent, bei Fernsehern lag die Quote bei 77 Prozent.

Fast die Hälfte aller in Deutschland gekauften Kühlschränke kam 2004 aus den Ländern mit niedrigen Löhnen, 15 Prozent der Sofas und ebensoviel an Teppichrollen oder Auslegeware stammten aus asiatischen Entwicklungsländern.

Und die Importe werden zunehmen. 2015 soll auch für importierte Fernseher und Kühlschränke die 90-Prozent-Marke und für Sofas oder Autolenkräder die 50-Prozent-Marke erreicht sein.

Quelle: Boston Consulting Group, Stuttgart

W61 Fairer Handel

Der Anbau von Kaffee bietet die Lebensgrundlage für 100 Millionen Menschen in 76 Entwicklungsländern. Kaffee ist nach Erdöl weltweit der wichtigste Exportrohstoff. Seit Januar 1999 sinkt der Weltmarktpreis für Kaffee ununterbrochen. Ein Überangebot an Kaffee, neue Anbieter auf dem Markt und ein gleichzeitig stagnierender Konsum in den Industrieländern – all das hat zu der Krise geführt. Ab Mitte 2000 wurden die Produktionskosten nicht mehr gedeckt und derzeit erhalten die Produzenten nur noch etwa 50 Prozent ihrer Aufwendungen. Anders bei TRANSFAIR: Der Faire Handel hilft, dass die Kleinbauernorganisationen (Genossenschaften und Kooperativen) zusammen bleiben, zunehmend ökologischer Landbau betrieben

wird und die soziale Struktur in den Regionen intakt bleibt. Trotz der historischen Tiefpreise und der extrem billigen Preispolitik der konventionellen Anbieter konnten die TRANSFAIR-Lizenznehmer im Jahr 2001 mehr Kaffee als im Vorjahr verkaufen. Der Absatz von fair gehandeltem Röstkaffee ist von 3 099 Tonnen im Jahr 2000 auf 3 127 Tonnen im Jahr 2001 gestiegen. Die Kaffeegenossenschaften konnten allein durch den deutschen Markt Direktinnahmen von 12 Millionen Euro erzielen.

Quelle: TransFair, Verein zur Förderung des Fairen Handels mit der „Dritten Welt“ e.V., Köln

W62 Verhaltenskodex für die Kaffeewirtschaft

Kaffee ist nach Rohöl das weltweit bedeutendste Handelsgut, das überwiegend in Entwicklungsländern produziert und in Industrieländern konsumiert wird. Circa 25 Mio. Produzentenfamilien, also circa 100 Mio. Menschen, leben von Einkommen aus dem Kaffeesektor. Der dramatische Preisverfall auf den Weltmärkten vor wenigen Jahren, teilweise sogar unter die Produktionskosten, stürzte zahlreiche von ihnen in die Armut. Aber auch auf Konsumentenseite wirkt sich diese Entwicklung langfristig nachteilig aus, da die Qualität des produzierten Kaffees abnimmt.

Ziel einer internationalen Initiative in der Kaffeebranche ist es, einen universell gültigen Verhaltenskodex für nachhaltigen Anbau, Verarbeitung und Handel mit mainstream-Kaffee zu entwickeln und umzusetzen. Das Projekt bezieht im Sinne eines Multi-Stakeholder-Ansatzes die gesamte Wertschöpfungskette ein: Kaffeeproduzenten, Rohkaffeehändler, Röster und Vermarkter, aber auch Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften. Diese internationale Allianz hat seit Anfang 2003 gemeinsam einen Verhaltenskodex entwickelt, der derzeit in weltweiten Pilotprojekten getestet und

weiterentwickelt wird. Diese Zusammenarbeit wurde als öffentlich-privatwirtschaftliche Partnerschaft vom Entwicklungsministerium gemeinsam mit dem Deutschen Kaffeeverband initiiert, wird mittlerweile aber international von verschiedenen Partnern getragen.

Der gemeinsame Kodex für den Kaffeesektor (Common Code for the Coffee Community) beinhaltet grundlegende soziale, ökologische und wirtschaftliche Standards für mehr Nachhaltigkeit bei Anbau, Verarbeitung und Handel von Rohkaffee. Durch den freiwilligen Verhaltenskodex sollen bessere Lebensbedingungen für die Produzenten, Umweltschutz und effizienteres Wirtschaften erreicht werden. Das heißt etwa eine bessere Unterbringung der Saisonarbeiter, Zugang zu Schulbildung und Gesundheitsversorgung, umweltschonende Verwendung von Agrarchemikalien, besserer Umgang mit Abwässern und Schutz des tropischen Regenwaldes. Damit soll auch die Qualität des Kaffees wieder steigen. Die Richtlinien umfassen den gesamten Kaffeesektor, Kleinproduzenten und Plantagenarbeiter ebenso wie Handel und Industrie.

Quelle: BMZ, Medienhandbuch Entwicklungspolitik 2006/2007, S. 305 f.

Aufgaben

1. Welche weltwirtschaftlichen Probleme müssen nach Ihrer Meinung besonders dringlich gelöst werden?
2. Was können multinationale Unternehmen in Ihren Augen zur Lösung weltwirtschaftlicher Probleme beitragen? Gehen Sie dabei auch auf den „Global compact“ ein.
3. Nennen und beschreiben Sie kurz mindestens drei für die internationale Entwicklungsarbeit bedeutsame Institutionen.
4. Informieren Sie sich – z.B. im Internet – über wichtige Nichtregierungsorganisationen (NRO bzw. NGO), über ihre Zielsetzungen und ihre Vorgehensweisen (vgl. auch S. 198 ff.).
5. Zahlreiche Institutionen und Initiativen fordern ein Verbot von Kinderarbeit. Was können Sie selbst hierzu beitragen?
6. Erläutern Sie die Aussage: „Entwicklungshilfe soll vor allem Hilfe zur Selbsthilfe sein“.
7. Prüfen Sie, wo in Ihrem persönlichen Marktumfeld Produkte mit dem Fairtrade-Siegel verkauft werden.
8. Erläutern Sie die Rolle von „Bildung“ bei der Entwicklung unterentwickelter Länder.